Proletarier aller Länder vereinigt euch! Proletarier aller Länder und unterdrückte Völker vereinigt euch!

Kommunistische Volkszeitung

Zentralorgan des Kommunistischen Bundes Westdeutschland (KBW) – Ausgabe Nord

10. Oktober 1977
5. Jg. Nr. 41

Herausgeber: Zentrales Komitee des Kommunistischen Bundes Westdeutschland (KBW) – Für die Redaktion verantwortlich: H.J.Hager – Erscheint im Verlag Kühl KG Verlagsgesellschaft Kommunismus und Klassenkampf. Mainzer Landstr. 147, 6000 Frankfurt 19 – Gedruckt in Frankfurt

Wochenzeitung 50 Pfg.
D 21903 C

Carters Energieprogramm wird ausgefeilt

Bevor der Senat Carters Energieprogramm behandelt, beschwor dieser den Senat, die nationalen Interessen zu wahren. Daß der Senat jetzt 3 Vorlagen des Energieprogramms Carters verworfen hat, hat nichts mit einem Scheitern des Programms zu tun. Das Energieprogramm ist auf die umfassende Verschärfung der Ausplünderung der Volksmassen angelegt, für die der Senat ebenfalls ist, aber nur verschiedenen Detailverbesserungen dabei durchgesetzt haben will.

Im Gegensatz zu Carters Plänen sollen laut Senat keine Preiskontrollen für die Öl- und Erdgasindustrie vorgenommen werden. Soll das Importöl nicht besteuert werden und zu keiner Kostenanhebung der Energiekosten für die Industrie führen. Ebenfalls soll die stärkere Besteuerung der Autos mit hohem Benzinverbrauch nicht eingeführt werden. Carter hat schon sein Veto angekündigt für diese Fragen. Zweifellos wird die gemeinsame Sitzung zwischen Kongreß und Senat zwecks gemeinsamer Gesetzesvorlage dazu führen, daß Detailverbesserungen in der Subventionierung der Kapitalisten und der Verschärfung der Ausplünderung der Massen herauskommen.

der Massen herauskommen.

Ehmkes Maßstäbe: Gestapo-Qualitäten müssen es schon sein

Ehmke am Mittwoch letzter Woche im Bundestag zur „Verteidigerüberwachung": „Unser Kollege Egon Franke ist von den Nationalsozialisten ins Zuchthaus geworfen worden. Vielleicht unterhalten Sie sich einmal mit Egon Franke, bevor wir weiter darüber reden, was er von der Effektivität einer Überwachung solcher Gespräche hält. Bei ihm haben nicht irgendwelche mit der Sache nicht vertrauten Gerichtsassessoren gesessen, sondern geschulte Gestapo-Beamte!" Diese Belehrung mußte sich der Vorsitzende der CDU erteilen lassen von einem der Bourgeoisfachleute, die auf dem Gebiete der „Inneren Sicherheit" die Schreibtischmörder-Qualitäten haben wie Ehrenberg für „Arbeit und Soziales". Ehmkes Entgegnung auf die ängstlich besorgten Vorhaltungen Kohls: „Ich sage, da saßen Leute, die geschult waren, und man konnte sie trotzdem überspielen. Sie sollten sich erst einmal mit der Sache vertraut machen …"

Demonstration der spanischen Arbeiter und Bauern

Der Regierung Soarez gelingt es immer weniger, die politische und wirtschaftliche Krise im Land für die Imperialisten unter Kontrolle zu halten. In 5 von 8 Provinzen Andalusiens haben die Olivenbauern am 25. September eine Demonstration gegen die Agrarpolitik des Regimes durchgeführt, während ihre am 22. September aufgenommenen Aktionen blockierten sie mit über 20000 Traktoren die Straßen, bereits im Februar haben in 15 Provinzen des Nordens und Zentralspaniens über 100000 Bauern Streik- und Boykottaktionen durchgeführt.

Am 7.10. demonstrierten in Madrid einem Aufruf der verschiedenen Gewerkschaften folgend 800000 Arbeiter gegen die Verschlechterung der Lebenslage, die steigende Arbeitslosigkeit. Dem Versprechen des Regimes, innerhalb 3 Monaten alle politischen Häftlinge freizulassen, stellten sie die Forderung nach sofortiger Freilassung aller politischen Gefangenen entgegen, sie forderten den Sturz der Regierung und die Spanische Republik.

Sozialimperialisten aus argentinischen Hoheitsgewässern vertrieben

Seit Jahren plündern die Sozialimperialisten und andere Mitglieder des Comecon die Fischreichtümer vor der argentinischen Küste. Innerhalb der 200-Meilenzone legen sie ihre Netze aus und verletzen so die Souveränitätsrechte Argentiniens. Diese Provokationen der Sozialimperialisten, die sie in aller Welt durchführen, stoßen auf den entschiedenen Widerstand der Völker. Vor kurzem haben argentinische Marineeinheiten sowjetische und bulgarische Fangschiffe durch gezieltes Kanonenfeuer an der Räuberei gehindert. Ein Schiff wurde getroffen, alle wurden gezwungen, argentinische Häfen anzulaufen, wo ihre Kapitäne vor Gericht gestellt und zeitweise festgesetzt wurden; die Beute wurde ihnen abgenommen. In den letzten Monaten sind 9 Fangschiffe an ihrem Vorhaben gehindert worden. Diese vollkommen gerechten Maßnahmen Argentiniens haben zu großem Geschrei der Sozialimperialisten geführt, „deren Kapitäne geschworen haben, außerhalb der 200-Meilenzone gefischt zu haben", was aber auf die Maßnahmen Argentiniens keinen Einfluß hatte.

Arbeitsverwaltung: Erpresserpläne der Kapitalistenklasse

Offensive der Reaktion für Arbeitsdienst und Zwangsarbeit

„Die Arbeitslosenzahlen sind im September 1977 stärker zurückgegangen als vielfach angenommen worden ist", berichtete am letzten Dienstag das Zweite Deutsche Fernsehen. 911200 Arbeitslose werden offiziell für September angegeben, 52200 weniger als im August. Tatsächlich sind wesentlich mehr Lohnabhängige arbeitslos, denn in den Bourgeoisstatistiken erscheinen all diejenigen nicht, die sie als Arbeitslose nicht anerkennen, und diejenigen, die sich schon gar nicht mehr arbeitslos gemeldet haben, wie die arbeitslosen Schulabgänger, Hausfrauen und alle die Arbeitslosen, die schon ein Jahr oder mehr ohne Arbeit sind und die Suche bereits aufgegeben haben. Offen verhöhnt Stingl, Präsident der

fen verhöhnt Stingl, Präsident der

Bundesanstalt für Arbeit, die Arbeiterklasse: Die Lage habe sich günstiger entwickelt als man habe erwarten dürfen. SPD und FDP reden von „erfüllten Erwartungen".

Die Erwartung der Kapitalisten ist Profit und nochmal Profit. Um 63100 ist die Zahl der Kurzarbeiter vom August bis September 1977 gestiegen, um 66,6% auf 175800 Arbeiter. Mit der Kurzarbeit verschärfen die Kapitalisten die Ausbeutung im Betrieb und senken sie den Lohn. Rund eine Million Arbeitslose gab es offiziell in diesem Jahr. Mindestens fünfmal haben sie das Arbeitslosenheer in dieser Zeit umgewälzt. Das heißt, es ist ihnen gelungen, über fünf Millionen Arbeiter rauszuschmeißen und für geringeren Lohn wieder einzustellen. Knapp einem Viertel der westdeutschen Arbeiterklasse haben sie den Lohn auf diese Weise direkt gekürzt und damit den Druck und Angriff auf den Lohn der ganzen Arbeiterklasse immens verschärft. Jeder Arbeiter weiß: Ist er erst aus dem kapitalistischen Produktionsprozeß rausgeschmissen, wird er in der Regel nur eine Arbeit finden zu geringerem Lohn, wenn überhaupt. Die Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen zur „Bekämpfung der Arbeitslosigkeit" dienen der Bourgeoisie direkt dazu, Arbeit zu niedrigerem Lohn zu erzwingen.

Am vorletzten Freitag feierte die westdeutsche Bourgeoisie das fünfzigjährige Bestehen der Bundesanstalt für Arbeit. Hanns-Martin Schleyer, dem es nicht vergönnt war, an diesem „feierlichen Akt" teilzuhaben, hat dieser Anstalt kürzlich den Namen „Arbeitsverwaltung" gegeben. Das ist es auch, in was die Bourgeoisie die Arbeitslosenversicherung verwandelt hat: Verwaltung und Organisierung der Zwangsarbeit und des Arbeitsdienstes, Bespitzelung und Kontrolle der Arbeitslosen.

Anläßlich dieser „Feierstunde" verkündete Kanzler Schmidt: „Vollbeschäftigung bleibt oberstes Ziel", denn „Schaffung und Erhaltung ausreichender sicherer Arbeitsplätze (bleibt) ihrer aller erster sozialer Auftrag". (Süddeutsche Zeitung, 1. Oktober)

Ein Zuchthaus für die Arbeiterklasse zu errichten, das ist ihr Ziel, wenn diese Schmarotzer von Erreichung der „Vollbeschäftigung" schwätzen.

Ehrenberg, der sich schon durch seine Pläne zur Beseitigung der Rentner für die Bourgeoisie verdient gemacht hat, erklärte auf dieser Feier: „Jeder Arbeitslose, der arbeiten will und das nicht kann, ist einer zuviel in unserer Republik, und er hat einen Anspruch darauf, daß wir das Unsrige tun, seine Situation zu ändern." Man kann schon sicher sein, man hat sich auf einiges gefaßt zu machen. Der Arbeiter hat für ein Kapitalistenhirn den einzigen Zweck, Profit zu schaffen. Sind die Bedingungen für die Profitproduktion schlecht, kann der Kapitalist den aus dem Arbeiter herausgepreßten Mehrwert nicht realisieren, entläßt er ihn. In der Fabrik ist er „einer zuviel". Auf die Straße geworfen, dient er als Teil der industriellen Reservearmee dem Kapitalisten als Druckmittel gegen die ganze Arbeiterklasse. Das System der Lohnarbeit, das die Arbeitskraft zur Ware macht, gibt dem Kapitalisten die Möglichkeit dazu.

Die Arbeitslosigkeit ist zwangsläufiges Ergebnis der kapitalistischen Profitwirtschaft. Um die Arbeiter der direkten Lohnsklaverei zu unterwerfen und den Lohn der ganzen Arbeiter-

Fortsetzung Seite 2



Knapp 20000 Arbeiter, Angestellte, Schüler und Studenten kamen am Samstag, dem 8. Oktober, zur Kundgebung nach Bonn für die Organisationsfreiheit der Arbeiterklasse. Mit den Forderungen und Losungen: „Weg mit den Verbotsanträgen gegen KBW, KPD, KPD/ML! Der Marxismus-Leninismus läßt sich nicht verbieten! Es lebe die Partei des Proletariats!" antworteten sie auf die Absichten der Bourgeoisie, mit den Verbotsanträgen gegen KBW, KPD und KPD/ML die Kommunisten zu isolieren, die kommunistischen Organisationen zu zerschlagen und die Organisationsfreiheit der Arbeiterklasse zu unterdrücken.

Zusammenschluß der Völker gegen den Imperialismus!

32. UNO-Vollversammlung: Unterstützung für das palästinensische Volk und die Völker des südlichen Afrika

USA-Präsident Carter hat auf der 32. UNO-Vollversammlung versucht, die Völker der Dritten Welt bei ihrem Zusammenschluß gegen den Imperialismus auseinanderzudividieren und zu spalten. Aufgetreten ist er als Friedensapostel und „Vermittler" zwischen den Völkern. Zweck seines Auftretens war weiterhin, dem angeschlagenen USA-Imperialismus festere Startlöcher zu graben bei seinem Kampf mit der Supermacht UdSSR um die Weltherrschaft. Schaffen wollen sich die USA-Imperialisten weiterhin, und darin sehen sie sich mit den anderen imperialistischen Mächten einig, neue Interventions- und Aggressionsgründe gegenüber der Dritten Welt, um ihre Jagd nach Höchstprofiten, ihr Geschäft der Ausplünderung und Unterdrückung betreiben zu können. In salbungsvollen Worten ist der USA-Präsident gegenüber dem bewaffneten Befreiungskampf im südlichen Afrika und im Nahen Osten aufgetreten und hat in heuchlerischer Manier die „außenstehenden Staaten aufgefordert, sich strenge Zurückhaltung bei ihren Aktionen in Zimbabwe und Namibia aufzuerlegen", wo gleichzeitig bekannt ist, daß die USA-Imperialisten dabei sind, gemeinsam mit den britischen Imperialisten die Befreiungsbewegungen in diesen Ländern zu spalten und eine neokoloniale Lösung herbeizuführen. Gegenüber dem Nahen Osten bekräftigte Carter die Absicht der USA-Imperialisten, den Kettenhund Israel zu unterstützen, gleichzeitig sprach er von Anerkennung der legitimen Rechte der Palästinenser. Auch das ist mittlerweile weltweit bekannt, was er damit meint. Die Palästinenser sollen in ein Reservat gesteckt werden unter internationaler Aufsicht. Beide Supermächte haben auf der Vollversammlung lange Reden über die „Abrüstung" gehalten, an der alle arbeiten müßten, wie sie es ja „schon lange tun".

Diese Manöver der Imperialisten sind von den Delegierten der Dritten Welt gründlich durchkreuzt worden. Als der französische Außenminister analog zu Carters Menschenrechtskampagne Kampuchea wegen Verstoßes gegen diese angegriffen hatte, erntete er eine vernichtende Niederlage. Unter Beifall der überwiegenden Mehrheit der Teilnehmer verurteilte der Vertreter Kampucheas Frankreich als das Land, das ein Jahrhundert das Volk der Khmer schamlos unterdrückt und ausgebeutet hat. Im demokratischen Kampuchea leben die Menschen heute in Würde und Ehre, nachdem sie sich endlich vom Kolonialismus befreit haben, führte der Vertreter Kampucheas aus. In der Frage der „internationalen, wirtschaftlichen Zusammenarbeit" ist es zu schroffen Widersprüchen zwischen Dritter Welt und Imperialisten gekommen und zu keinerlei Ergebnissen. Die Staaten der Dritten Welt haben keinerlei Abstriche von ihren Forderungen nach einer gerechten Weltwirtschaftsordnung gemacht, die sie schon auf der Nord-Süd-Konferenz im Frühjahr erhoben haben. Weiterhin haben die Staaten scharf die Politik der Imperialisten im Nahen Osten und in Afrika angegriffen. Israel ist verurteilt worden, ebenso die rassistischen Regimes im südlichen Afrika, und die Delegierten haben ihre Unterstützung ausgesprochen für den bewaffneten Kampf, der von den afrikanischen Völkern geführt wird. Ismail Fahmi, der stellvertretende Ministerpräsident und Außenminister von Ägypten, hat erklärt: „Der afrikanische Kontinent, der immer Opfer der Machenschaften der Imperialisten und der ausländischen Ausbeutung war, wendet sich jetzt gegen diese Politik der Imperialisten. (…) Die ausländische Einmischung wird versteckt unter anderen Formen und verschiedenen Vorwänden weitergeführt." Zur Lage im Nahen Osten sagte Fahmi, daß die Situation von weder Krieg noch Frieden „vergleichbar ist mit einem Vulkan, der in regelmäßigen Abständen ausbricht" und den Völkern dieser Region, die den Frieden herbeisehnen, immense Leiden zufügt. „Niemand soll daran zweifeln, daß die arabische Nation sich wie ein Mann zusammenschließt, wenn es notwendig ist, und zwar in der Form, die die beste ist, um jedem Angriff, woher er auch komme, zu widerstehen."

Abul Hakim Khaddam, der stellvertretende Ministerpräsident und Außenminister Syriens, hat erklärt, daß die hysterischen Kriegsdrohungen Israels „uns weder einschüchtern noch in Panik versetzen können". „Die Geschichte hat uns gelehrt, daß die Partei, die wilde Drohungen ausstößt, keineswegs immer der Sieger sein wird." (Hsinhua, 2.10.)

Immer deutlicher werden auch der Abrüstungsschwindel der beiden Supermächte erkannt und ihre Kriegsvorbereitungen angeprangert. „Seewoosagur Ramoolan, der Premierminister der Insel Mauritius, sagte, daß die größte Bedrohung für die Völker der Welt vom Rüstungswettlauf der beiden Supermächte käme." „Agha

Fortsetzung Seite 2

(Fortsetzung von Seite 1)

Arbeitsverwaltung: Erpresserpläne der Kapitalistenklasse

klasse zu senken, führt die westdeutsche Bourgeoisie mit Hilfe der Ehrenbergschen Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen den Arbeitsdienst ein. „Auch gesamt- und finanzwirtschaftlich sind Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen vorteilhaft. Die Kosten für die Beschäftigung von Arbeitslosen in Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen sind geringer als die Summe aus Arbeitslosengeld oder Arbeitslosenhilfe und dem Ausfall an Steuern und Beiträgen zu den Sozialversicherungen. Außerdem werden damit Werte geschaffen." (Sozialpolitische Informationen des Bundesministers für Arbeit und Sozialordnung, 5. April 1977) Für den erbärmlichsten Lohn werden die Arbeitslosen in den neu errichteten Arbeitsdienst der westdeutschen Bourgeoisie und ihres Staatsapparates gepreßt.

Zum Straßenbau, Wälder forsten, zum Bau von Grünanlagen oder Schwimmbädern werden sie gezwungen. Sind sie nicht bereit, sich zu diesen Bedingungen ausbeuten zu lassen, oder schlagen sie eine schlechter bezahlte Arbeit bei einem Kapitalisten aus, verlieren sie ihren Anspruch auf Arbeitslosenunterstützung.

Ehrenbergs „Richtlinie zur Förderung der Arbeitsaufnahme" regelt die Zwangsarbeit bei einem Kapitalisten für bis zu drei Monate. Erhält der Arbeiter danach keinen Vertrag, wird das Arbeitslosengeld für einen Monat gesperrt. Klappt es beim zweiten Mal auch nicht, ganz. 34300 Arbeitslosen war im ersten Halbjahr 1977 das Arbeitslosengeld gesperrt, weil sie „zumutbare Arbeit" abgelehnt hatten, 10,6% mehr als 1976. FDP-Bundestagsabgeordneter Schmidt gibt in ei-
tagsabgeordneter Schmidt gibt in ei-
nem Interview in der „Zeit" am 9. September sogar zu, daß 57% aller „anerkannten" Arbeitslosen weder Arbeitslosengeld noch -hilfe erhalten.

Die Forderung der Revisionisten nach „Recht auf Arbeit" – die Bourgeois sind dabei, sie zu verwirklichen. „Recht auf Arbeit" unter kapitalistischen Verhältnissen bedeutet immer vom Staat organisierte Zwangsarbeit, bedeutet Arbeitsdienst. Dies einzuführen, sind die Revisionisten und die Sozialdemokraten in den Gewerkschaften den Bourgeois getreue Gehilfen.

Die Losung Loderers, wichtiger als Lohnerhöhung sei jetzt die Sicherung der Arbeitsplätze, dient direkt der Spaltung der Arbeiterklasse. Lohnverzicht und Unterwerfung unter die Zwangsmaßnahmen der Bourgeoisie, dahin wollen sie die Arbeiterklasse kriegen.

18,1% aller „offiziell" Arbeitslosen waren im Mai 1977 mehr als ein Jahr arbeitslos, 6,2% mehr als zwei Jahre. Nicht die Ausbeutung, sondern die Tatsache, keinen Ausbeuter zu finden, erscheint als das größte Übel, das einem Arbeiter widerfahren kann. Aber die Unsicherheit der Arbeiterexistenz hat ihre Ursache im Lohnsystem selbst. Um die Absichten der Bourgeoisie, weitere Lohnsenkung und Einführung des Arbeitsdienstes, zu zerschlagen, muß der Kampf um den Lohn im kommenden Herbst verbunden werden mit dem Kampf für die „Umwandlung der Arbeitsämter aus staatlichen Einrichtungen in Einrichtungen, die ausschließlich von den Lohnabhängigen selbst verwaltet und aus dem Versicherungsfonds unterhalten werden". (Programm des KBW) Auf der „Feierstunde" der Bourgeoisie kündigte Ehrenberg eine „Vermittlungsoffensive der Arbeitsverwaltung" an. Die Arbeitsamtschefs müßten „vor Ort ausschwärmen, um Arbeitslose und Arbeitsplätze zueinander zu bringen". Das einzige, was verhindert, daß die Arbeiter die stillgelegten und vor sich hinrottenden Maschinen bedienen, ist die Dazwischenkunft des Kapitals. Die kapitalistische Produktionsweise legt der Arbeiterklasse Fesseln an und verhindert die Entfaltung der Produktivkräfte durch die Arbeiterklasse. Um diese Fessel zu sprengen, muß die Herrschaft der Kapitalistenklasse gestürzt und die Herrschaft der Arbeiterklasse, die Diktatur des Proletariats, errichtet werden.



Handelsblatt



Kommunistische Volkszeitung

Die Kapitalisten versuchen, den Normalarbeitstag zu durchlöchern

Ein Mittel der Kapitalisten, ihre Profite zu erhöhen, ist die Ausdehnung des Normalarbeitstages. Ob sieben Arbeiter an sieben Drehbänken sieben mal 40 Stunden in der Woche arbeiten oder fünf Arbeiter an fünf Drehbänken fünf mal 56 Stunden in der Woche arbeiten, beides ergibt 280 Arbeitsstunden. Im zweiten Beispiel jedoch brauchen die Kapitalisten weniger Kapital, konkret für den Ankauf zweier zusätzlicher Drehbänke, vorzuschießen, um in der Woche 280 Stunden an den Drehbänken arbeiten zu lassen. Seit Ende 1974 haben die Vulkankapitalisten 600 Arbeiter weniger zu entlohnen. Lagen die im Jahresdurchschnitt 1971 geleisteten Stunden pro Beschäftigten bei 1988 Stunden, die durchschnittliche Fehlzeit (Urlaub, Krankheit, Unfall usw.) bei 20%, so war das Wochenmittel pro Beschäftigten 48,7 Stunden (gerechnet durchschnittlich 51 Wochen wegen der Feiertage).

Überall dort, wo moderne Maschinerie zum Einsatz kommt, wird von den Kapitalisten Schichtarbeit durchgedrückt. Z. B. an numerisch gesteuerten Drehbänken, Baudocks, Paneelstraßen, Plattenlagern, Profillagern usw. Überstunden und Schichtarbeit sind einige Maßnahmen der Kapitalisten zur Steigerung des Profits. Wie sich diese Maßnahmen auf die Arbeitszeit der Arbeiter auswirken, zeigt die Ableistung der
auswirken, zeigt die Ableistung der
Überstunden 1974: Die im Jahresdurchschnitt geleisteten Stunden pro Beschäftigten 1810, die durchschnittliche Fehlzeit 28,9%, das Wochenmittel pro Beschäftigten 49,9 Stunden.

Der Verschleiß der Arbeitskraft, den die Überstundenschinderei bedeutet, und die Verkürzung der Lebenszeit werden durch ein paar Zulagen nicht ausgeglichen und können überhaupt nicht durch Geld ausgeglichen werden.

Die Ausbeutung wächst ins Maßlose, wenn ihr die Arbeiter keine Schranke setzen. Verbunden ist diese maßlose Schinderei nebenbei mit der langsamen, aber stetigen Kürzung der Akkordvorgabezeiten. Der Durchschnittsakkord fällt. Die Reihe von Arbeitern, die ihre Vorgabezeiten überziehen, wird immer größer. Immer häufiger steht 0% Akkord auf den Lohnabrechnungen. Zusätzlich werden in einigen Bereichen vermehrt Abfallprodukte zur Verarbeitung eingesetzt. An den Brennmaschinen bedeutet das, bestimmte Teile aus Kleinschrott zu brennen. Ein Fallen der Akkordprozente um 10% ist dabei keine Seltenheit. Mit Überstunden steht der Brenner heute neuneinhalb Stunden pro Tag an der Maschine. Bis auf Tarifpausen können keine anderen gemacht werden.

In bestimmten Abteilungen werden Arbeiter zu Überstundenarbeiten gezwungen mit der Drohung der Versetzung in ein anderes Gewerk. Es ist deshalb in den Branchen, besonders bei den Brennern, das Verbot der, Akkordarbeit, der Nacht- und Schichtarbeit sowie der Siebenstundentag bei vollem Lohnausgleich gefordert worden.

Ständig haben die Vulkan-Kapitalisten durch ihre Maßnahmen den Normalarbeitstag durchlöchert, mehr Profit aus den Arbeitern gepreßt. Allein die Steigerung des Rohertrags von 1972: 147,1, 1973: 198,6, 1974: 251,0, 1975: 273,4, 1976: 277,5 (Mio. DM) im Vergleich zur Steigerung des Rohertrags pro Beschäftigten 1972: 27000 DM, 1973: 37000 DM, 1974: 45000 DM, 1975: 48000 DM, 1976: 51000 DM, zeigt nochmals die gesteigerte Ausbeutung.

Die Forderungen der Arbeiter werden diesem Bestreben der Kapitalisten Schranken setzen.

(Fortsetzung von Seite 1)

Zusammenschluß der Völker

Shahi, Generalsekretär im pakistanischen Außenministerium, erklärte: „Das ständige Wachstum des nuklearen Arsenals der beiden Supermächte bedroht den internationalen Frieden und die internationale Zusammenarbeit." Der Premier von Westsamoa hat die beiden Supermächte wegen ihres wütenden Kampfes um die Weltherrschaft verurteilt, der sich auch auf den südpazifischen Raum erstreckt. Er hat festgestellt: „Westsamoa tritt entschlossen allen Versuchen entgegen, eine Rivalität zu schaffen. Kein Land soll sich in die Belange eines anderen einmischen dürfen. Die Rechte aller Länder müssen geschützt werden." „Wir gehören zur Dritten Welt, wir werden mitreden, nicht nur die Supermächte." Der chinesische Außenminister Huang Hua hat in seiner Rede zur Bildung einer „internationalen Einheitsfront gegen den Hegemonismus, gegen die Aggressions- und Kriegspolitik der Supermächte" aufgerufen. Er hat die Unterstützung der Volksrepublik China für die Kämpfe der Völker erklärt, speziell für den Kampf des koreanischen Volkes und der Völker des südlichen Afrika. Über das Verhältnis von Kampf gegen die Kriegsgefahr und revolutionärem Kampf der Völker sagt Huang Hua: „ Es ist offensichtlich, daß je breiter die internationale Einheitsfront gegen den Hegemonismus sein wird und je besser es gelingt, die Supermächte zu isolieren, um so günstigere Bedingungen sind da für den Befreiungskampf der Völker und unterdrückten Nationen, und ebenso für den Kampf aller Völker vor allem der Dritten Welt für die Eroberung und Aufrechterhaltung ihrer nationalen Unabhängigkeit, die Verteidigung der staatlichen Souveränität und die Entwicklung ihrer nationalen Wirtschaft. Alle Siege, die die Völker in ihren revolutionären Kämpfen erringen, tragen unweigerlich dazu bei, die Kräfte der Supermächte zu schwächen, ihre aggressiven und expansionistischen Ziele zu durchkreuzen, ihre Pläne und Vorbereitungen für den Krieg zu stören und den Ausbruch eines neuen Weltkrieges hinauszuzögern." (Hsinhua, 30.9.77)

Heißhunger nach Profit aus dem imperialistischen Kernenergieprogramm – Furcht vor dem Widerstand der Volksmassen

Mitte Oktober veranstaltet die CDU ihren Kongreß „Energie und Umwelt". Im November ist in Hamburg Parteitag der SPD, wo der Bau der Kernkraftwerke ebenfalls im Zentrum stehen soll. Der Innenausschuß des Bundestages hat gefordert, daß die Diskussion wieder verstärkt „ins Parlament gezogen werden" solle. Auch die Kapitalisten melden sich jetzt direkt zu Wort und lassen nicht mehr nur ihre Politiker sprechen: „Unbefriedigend" sei das Kernkraftwerksgeschäft, erklären die Brown, Boveri & Cie. AG-Kapitalisten in Mannheim.

„Auch die technische Entwicklung werde auf diesem Gebiet durch ein Moratorium zum Erliegen gebracht, auf dem die deutschen Hersteller mit den amerikanischen Konkurrenten gleichgezogen und große Exportaufträge ins Land geholt haben, stellte der Siemens-Aufsichtsratsvorsitzende fest." (Handelsblatt, 3. Oktober 77) „Schon heute argumentieren unsere französischen und nordamerikanischen Konkurrenten auf dem Weltmarkt damit, daß die Entwicklung in ihren Ländern vorwärts geht, und raten den Kunden ab, bei der deutschen Industrie zu kaufen, weil es so aussieht, daß die Betätigung unserer Industrie auf dem Kernenergiegebiet ausläuft."

Der Stachel der Konkurrenz sitzt den westdeutschen Imperialisten im Nacken. 15 Milliarden DM, jammert das Wirtschaftsministerium, lägen brach durch Bürgerinitiativen und Gerichtsurteile.

Die Genehmigungsverfahren dürften keine gerichtlichen Instanzenläufe sein, sondern bedürften rascher politischer Entscheidungen; für „völlig unnötig" wird von dem niedersächsischen Ministerpräsidenten und Folterknecht Albrecht die „Koppelung des Baus von Kernkraftwerken mit der Errichtung eines Entsorgungszentrums für radioaktive Abfälle gehalten", teilt „Die Welt" am 3. Oktober mit. Regierungsmitglieder seien nur an ihren Amtseid gebunden, ermahnen die Kapitalisten. Entlassungen seien nicht zu vermeiden, werden die Beschäftigten bei den Elektrizitätsgesellschaften unter Druck gesetzt. Die Imperialisten und ihre Politiker schreien einhellig nach Durchsetzung des imperialistischen Kernenergieporgramms. In ihrer Gier nach den Extraprofiten und in der Hoffnung, die anderen Imperialisten auskonkurrieren zu können, gehen sie über Leichen.

Das reaktionäre Programm der Regierung steht nach Anläufen im März und im Juni jetzt erneut zur Behandlung im Bundestag bevor. Sie haben Angst, daß ihnen der Kampf der Arbeiter und der Volksmassen diese verbrecherischen und abenteuerlichen Pläne und ihre Träume von Superprofiten zum Platzen bringen wird. – (Z-Red.)

Labour-Parteitag und Arbeiterbewegung

Bourgeoisie um Demonstration der Labour-Einheit gegen Lohnkampf bemüht

„Wir haben versucht, in einem Wirbelsturm nicht unterzugehen. Wir waren gezwungen, die Segel zu reffen und einige sehr wertvolle Ladungen über Bord zu werfen. Aber das ist nun vorbei." So stellte Schatzkanzler Healey auf dem Parteitag der Labour Party die gegenwärtige Lage Großbritanniens dar.

Ein Jahrhundert lang war Großbritannien führende imperialistische Weltmacht. Die Ausplünderung fremder Völker ermöglichte es der britischen Bourgeoisie, der Arbeiterklasse lange Zeit Zugeständnisse zu machen, die Maschinerie veralten zu lassen und trotzdem hohe Profite und Extraprofite zu schinden. Im internationalen Konkurrenzkampf blieb die Produktivität gegenüber den anderen imperialistischen Ländern zurück.

Die Krise des Kapitalismus trifft die britische Arbeiterklasse mit doppelter Wucht. Mit dem Fortschritt des Kampfes der ausgeplünderten Länder gegen imperialistische Abhängigkeit verstärkt die imperialistische Bourgeoisie die Ausbeutung im eigenen Land. Unter dem Druck der „produktiveren" Konkurrenz setzt sie alle Hebel an, den Lohn zu senken und die Arbeitsintensität zu steigern. Seit 1973 ist der Reallohn ständig gesunken, in einigen Branchen bis zu 15 Prozent. Die Zahl der Arbeitslosen hat sich seit Anfang 1975 von 800000 auf 1,6 Millionen verdoppelt. Die Zahl der Lohnabhängigen, die von ihrem Lohn allein nicht mehr leben können, ist seit 1971 etwa um 20 Prozent gestiegen und beträgt jetzt etwa 1,2 Millionen.

Die Profite müssen steigen, verlangt die Bourgeoisie, und dieser Schlachtruf vereint die Delegierten des Labour Parteitages. Der Streit geht lautstark über die Methoden. „Mehr Planung und entschiedenere Eingriffe in die britische Industrie", wurde verlangt.

Gemeint ist die Fortsetzung der Regierungspolitik, den Lohnerhöhungen Schranken zu setzen. Einige Jahre dieser Politik haben zu allgemeiner Reallohnsenkung bei gleichzeitiger relativer Annäherung der verschiedenen Lohnniveaus geführt. 1968 verdiente ein Arbeiter der niedrigsten Lohngruppe 67 Prozent des durchschnittlichen Lohnes, 1975 waren es 69 Prozent. Ein hochbezahlter Facharbeiter, der bis 1968 noch 150 Prozent des Durchschnittslohns erhielt, bekam 1975 nur noch 144 Prozent.

Diese Entwicklung hatten die Reformisten und Revisionisten zur Spaltung nutzen können, mit der die Arbeiterklasse bis zum Sommer dieses Jahres nicht fertig geworden ist. Unter der Führung revisionistischer Vertrauensleute haben Facharbeiterkolonnen der staatlichen Leyland-Autofabriken vor allem im Pkw-Bau mehrfach gestreikt mit dem Ziel, den alten Lohnvorsprung wieder herzustellen. Das hat die Arbeiterklasse in eine schwierige Lage gebracht. Der Kampf gegen weitere Verelendung muß gegen die Lohnleitlinien der Regierung geführt und gewonnen werden. Die Forderungen der Leyland-Arbeiter sind Angriffe gegen die Lohnleitlinien. Wenn aber 20000 Arbeiter nicht für höheren Lohn streiken, während 3000 Arbeiter für größeren Lohnvorsprung streiken, wenn es zu Demonstrationen der Belegschaft gegen den Streik kommt, wenn bei Jaguar in einer Unterschriftensammlung der Rücktritt von 110 Vertrauensleuten gefordert wird, hat die Labour Regierung leichtes Spiel.

Inzwischen hat sich die Lage verändert. Trotz der Warnung der Regierung waren mehrere kleine Firmen gezwungen, Lohnerhöhungen zwischen 20 und 35 Prozent abzuschließen. James Meckee, eine Textilmaschinenfabrik in Nordirland, hat die Regierung nach einer Lohnerhöhung von 22 Prozent die Kreditzusage für zwei Verträge mit Vietnam und Tansania entzogen. Die erhoffte Wirkung blieb aus. Beinahe täglich gibt es neue Abschlüsse mit 20 oder 30 Prozent.

Doch die Entscheidungsschlacht steht noch bevor. Die Gewerkschaften der Ford-Arbeiter fordern 15% plus Verbesserungen bei Sonntagsarbeit. Ford hat sein erstes Angebot bereits auf 11,5 Prozent erhöht.

Die 57000 Ford-Arbeiter in den Gewerkschaften sind entschlossen, die Lohnleitlinie der Regierung zu sprengen. Healey beschwor den Parteitag zu neuerlichen Spaltungsmanövern: „Es ist sehr viel besser, eine Erhöhung des Lebensstandards durch Senkung der Steuern und maßvolle Lohnerhöhungen zu erreichen als durch überhöhte Lohnsteigerungen und keine Steuersenkungen."

„Die nächsten 20 Jahre werden anders werden als alles, was dieses Land bisher gesehen hat, seit es vor 200 Jahren eine Industriemacht geworden ist", erklärte der britische Premierminister Callaghan dem Parteitag. Er meinte die Profite des englischen Finanzkapitals, und alle Delegierten, die sich vorher und hinterher mit entrüsteten Zurufen bedacht hatten, klatschten ihm stehend einhellig Beifall. – (mt, Liverpool)

Kommunistische Volkszeitung – Ausgabe Nord – Herausgeber: Zentrales Komitee des Kommunistischen Bundes Westdeutschland (KBW) – Für die Redaktion verantwortlich: H.J. Hager – Erscheint im Verlag Kühl KG. Verlagsgesellschaft Kommunismus und Klassenkampf. Postfach 190240. Mainzer Landstraße 147. 6000 Frankfurt 19. Telefon 0611 / 730236 – Gedruckt in Frankfurt – Redaktion: Hindenburgstraße 15. Postfach 3406. 3000 Hannover. Telefon 0511 / 814045 – Zu bestellen über: Buchvertrieb Hager GmbH. Postfach 190240. Mainzer Landstraße 147. 6000 Frankfurt 19 – Jahresabonnement incl. Porto: 36 DM – Gesamtauflage der Kommunistischen Volkszeitung Nr.41/ 1977: 32 000

Kundgebung gegen die Verbotsanträge gegen KBW, KPD und KPD/ML 8. Oktober in Bonn

Es lebe die Partei des Proletariats!

Resolution der Kundgebung vom 8.10.1977 in Bonn

vorgeschlagen von KBW, KPD und KPD/ML

Wir, die Teilnehmer der Kundgebung „Weg mit den Verbotsanträgen gegen KBW, KPD und KPD/ML!" haben uns im Kampf gegen die Verbotsdrohungen gegen diese drei und andere revolutionäre Organisationen zusammengeschlossen. Der Beschluß des CDU-Bundesvorstandes, über den Bundesrat Verbotsanträge gegen KBW, KPD und KPD/ML an das Bundesverfassungsgericht zu richten, ist ein Angriff auf den Marxismus-Leninismus und die Organisationsfreiheit der Arbeiterklasse.

Organisationsfreiheit, das ist eines der Rechte, das die Arbeiterklasse im Kampf für ihre elementaren Interessen gegen die Ausbeutung und Unterdrükkung wie im Kampf für ihre historische Aufgabe, sich und die Menschheit von jeder Ausbeutung und Unterdrückung zu befreien, unbedingt verfechten muß. Organisation, darin besteht die Stärke und Kraft der Arbeiterklasse.

Zusammen mit den Kommunisten trifft der Angriff der Bourgeoisie alle fortschrittlichen, demokratischen und antifaschistischen Kräfte, alle, die die gerechten Forderungen der Arbeiterklasse und des werktätigen Volkes un-
fortschrittlichen, demokratischen und antifaschistischen Kräfte, alle, die die gerechten Forderungen der Arbeiterklasse und des werktätigen Volkes un-
terstützen und dafür im Kampf stehen.

Wird der Arbeiter unterdrückt, dann wird auch der Bauer unterdrückt, dann werden die Volksmassen insgesamt unterdrückt.

Es ist im Interesse der Volksmassen insgesamt, den Kampf für die Organisationsfreiheit der Arbeiterklasse zu führen.

Werden die Organisationen der Kommunisten verboten, dann ist die Arbeit jeder Gewerkschaftsgruppe, in der Arbeiterinteressen vertretern werden, bedroht.

Die Arbeit jedes demokratischen Komitees ist bedroht.

Die Bourgeoisie behauptet, es gäbe keine Klassen mehr. Ihre Angriffe auf die Organisationsfreiheit der Arbeiterklasse dienten aber stets und dienen auch heute der Verschärfung der Ausbeutung und Unterdrückung der werktätigen Massen. Sie sind Ausdruck der Unversöhnlichkeit des Klassengegensatzes. Diese Kundgebung, zu der KBW, KPD und KPD/ML die Initiative ergriffen haben, ist der Auftakt im Kampf gegen diesen Angriff auf die Organisationsfreiheit der Arbeiterklasse. Wir fordern alle revolutionären und demokratischen Organisationen, alle Kommunisten, Sozialisten, Demokraten und Antifaschisten auf, alles zu tun, um eine breite Aktionseinheit im Kampf für die Organisationsfreiheit und die Rechte der Arbeiterklasse und des Volkes zustandezubringen. Als nächster Schritt müssen dabei die Verbotsanträge gegen KBW, KPD und KPD/ML sowie alle Verbotsdrohungen der Bourgeoisie gegen Organisationen zurückgeschlagen werden, in denen sich Arbeiter und fortschrittliche Menschen zusammengeschlossen haben, um für ihre Interessen zu kämpfen.

Wir begrüßen es, daß KBW, KPD und KPD/ML zu einem Treffen noch im Oktober einladen, auf dem weitere Schritte beraten und beschlossen werden sollen, um diesen Kampf auf einer breiten Basis gemeinsam zu führen. Wir fordern alle fortschrittlichen, demokratischen, antifaschistischen und kommunistischen Organisationen und Kräfte auf, an diesem Treffen teilzunehmen, um über die Aktionseinheit im Kampf für die Organisationsfreiheit der Arbeiterklasse und für die demokratischen Rechte des Volkes zu beraten und weitere Schritte zu beschließen.

Weg mit den Verbotsanträgen gegen KBW, KPD und KPD/ML!
Weg mit dem KPD-Verbot!
Aktionseinheit im Kampf für die Organisationsfreiheit der Arbeiterklasse und für die demokratischen Rechte des Volkes!





Demonstrationszug in Bonn des Regionalverbandes Mitte des KBW zur Kundgebung auf dem Rathausplatz



Während des gesamten Aufmarsches zur Kundgebung nach Bonn und in Bonn wurden mit Flugblättern, Parolen und Plakaten Propagandaaktionen gegen die Verbotsanträge durchgeführt

Westberlin: 8.10.1977



Autokolonne der Westberliner Teilnehmer

Mit Polizei und Bundesgrenzschutz versucht die Bourgeoisie den Westberliner Zug an den Grenzübergängen Dreilinden und morgens in Helmstedt an der Weiterfahrt zur Kundgebung in Bonn zu hindern.





Die Autos werden abgestellt und ein Demonstrationszug wird formiert.



Mit dem Spielmannszug vornweg marschiert die Demonstration gegen die Absperrung des Bundesgrenzschutzes.



Die Demonstration zieht entlang der Bundesgrenzschutzeinheit, um mit Parolen und Flugblättern die Truppen des BGS ideologisch zu zersetzen und für die gerechten Ziele der Demonstration und Kundgebung in Bonn zu gewinnen.



Erneut marschiert der Zug direkt auf die Absperrung zu.



Wenn auch mit Verspätung, aber erfolgreich gegen die Schikanen und Behinderungsversuche der Bourgeoisie zieht der Demonstrationszug des Nord-Verbandes des KBW zur Kundgebung auf den Rathausplatz in Bonn.

Organisation und Einheit bilden Stärke und Kraft der Arbeiterklasse

Dokumentation der Auseinandersetzung um die Aktionseinheit am 8. Oktober 1977 in Bonn

Dokument Nr. 1: Vorschlag der Vertreter des ZK des KBW in den Verhandlungen mit KPD und KPD/ML am 27.9.

Der Marxismus-Leninismus läßt sich nicht verbieten!

Am Montag, dem 26.9., hat der Bundesvorstand der CDU beschlossen, daß die CDU-regierten Länder einen Verbotsantrag beim Verfassungsgericht gegen den Kommunistischen Bund Westdeutschland (KBW), gegen die Kommunistische Partei Deutschlands (KPD) und gegen die Kommunistische Partei Deutschlands / Marxisten-Leninisten (KPD/ML) im Bundesrat einbringen sollen.

Heute, Dienstag den 27.9., haben wir Vertreter der ZKs des KBW, der KPD und der KPD/ML gemeinsam beraten, wie wir den Kampf gegen diese Verbotsmaßnahmen der Bourgeoisie führen wollen. Gemeinsam werden wir diesen Angriff auf die Organisationsfreiheit der Arbeiterklasse zurückschlagen. Wenn der Feind uns bekämpft, ist es gut und nicht schlecht, das hat Mao Tsetung wiederholt festgestellt. Der Feind, diese Handvoll Ausbeuter und Unterdrücker, bekämpft uns, wenn wir die Interessen der Arbeiterklasse und der Volksmassen verfechten. Das aber ist unsere Absicht. Deshalb überraschen uns die Verbotsmaßnahmen der Bourgeoisie keinesfalls. Sie werden niemand überraschen, der ernstlich nachdenkt.

Man muß das Rad der Geschichte aufhalten, das ist der schrille Schrei der Bourgeoisie. Dieses Rad der Geschichte ist der Klassenkampf des Proletariats, der unvermeidlich die Herrschaft der Bourgeoisie stürzen, die Diktatur der Bourgeoisie durch die Diktatur des Proletariats ersetzen und zum Kommunismus, der klassenlosen Gesellschaft, führen wird. Der Faschismus hat der Bourgeoisie dagegen nicht geholfen. Das Verbot der KPD 1956 hat ihr nichts geholfen. Die jetzt geplanten Verbotsmaßnahmen werden nichts helfen. Die Interessen der Arbeiterklasse sind revolutionär. Der Klassenkampf des Proletariats kennt Siege und Niederlagen, doch er ist unaufhaltsam. Die geplanten Verbotsmaßnahmen werden zu einer Niederlage der Bourgeoisie werden, wenn wir gestützt auf die Massen den Kampf führen. Das werden wir tun.

Der Marxismus-Leninismus läßt sich nicht verbieten! Unter dieser Losung werden wir am 8.10. gemeinsam eine Kundgebung auf dem Rathausplatz in Bonn durchführen. Zu dieser Kundgebung rufen wir gemeinsam auf.

Alle zur Kundgebung gegen den geplanten Angriff auf die Organisationsfreiheit der Arbeiterklasse!

Es lebe der Marxismus-Leninismus, die immer siegreiche Wissenschaft des Proletariats!

Es lebe die Partei des Proletariats!

Es lebe die proletarische Revolution!

Dokument Nr. 2: Aufuruf von KBW, KPD und KPD/ML zur Kundgebung, beschlossen am 27.9.

Weg mit den Verbotsanträgen gegen KBW, KPD und KPD/ML! Aufruf zur Kundgebung 8. Oktober auf dem Rathausplatz in Bonn

Am Montag, dem 26.9., hat der Bundesvorstand der CDU beschlossen, daß die CDU-regierten Länder einen Verbotsantrag beim Verfassungsgericht gegen den Kommunistischen Bund Westdeutschland (KBW), gegen die Kommunistische Partei Deutschlands (KPD) und gegen die Kommunistische Partei Deutschlands / Marxisten-Leninisten (KPD/ML) im Bundesrat einbringen sollen.

Dieser Vorstoß ist ein schwerer Angriff auf die Organisationsfreiheit der Arbeiterklasse und auf den Marxismus-Leninismus, ihre wissenschaftliche Theorie. Die Kommunisten sollen illegalisiert werden, weil sie das grundlegende Interesse der Arbeiterklasse, die sozialistische Revolution, die Befreiung von Ausbeutung und Unterdrückung, die Errichtung der Diktatur des Proletariats und die klassenlose Gesellschaft verfechten. Der Vorstoß der CDU ist Bestandteil der Flut reaktionärer Maßnahmen, wie die Berufsverbote, der Gewaltparagraph 88 a, die Einschränkung der Verteidigerrechte und die Pläne für ein einheitliches Polizeigesetz, mit der die Bourgeoisie die demokratischen Rechte des Volkes beseitigt. Zusammen mit den Kommunisten sind alle fortschrittlichen, demokratischen und antifaschistischen Kräfte von diesem Vorstoß getroffen, alle, die die gerechten Forderungen der Arbeiterklasse und des werktätigen Volkes unterstützen und dafür im Kampf stehen.

Gegen die DKP, Agentur der westdeutschen Bourgeoisie und des sowjetischen Sozialimperialismus, stellt der CDU-Vorstand keinen Verbotsantrag, damit die Bourgeoisie sie jetzt noch wirkungsvoller als Spalter in der Arbeiterklasse einsetzen kann.

KBW, KPD und KPD/ML haben sich zu einer Initiative zusammengeschlossen, die zu einer breiten Aktionseinheit gegen die Verbotsdrohungen aufruft. Im festen Vertrauen auf die Kraft der Arbeiterklasse und der Volksmassen werden Kommunisten, Sozialisten, Demokraten und Antifa-, schisten gemeinsam diesem Angriff der Bourgeoisie entschlossen entgegentreten und die Organisationsfreiheit der Arbeiterklasse verteidigen.

Der Marxismus-Leninismus läßt sich nicht verbieten!

Für den 8. Oktober rufen wir gemeinsam zu einer Kundgebung auf dem Rathausplatz in Bonn auf.

Weg mit den Verbotsanträgen!

Alle zur Kundgebung gegen den geplanten Angriff auf die Organisationsfreiheit der Arbeiterklasse!

Kommunistischer Bund Westdeutschland (KBW)
Kommunistische Partei Deutschlands (KPD)
Kommunistische Partei Deutschlands / Marxisten-Leninisten (KPD/ML)

Köln, den 27. September 1977

Dokument Nr. 3: Resolutionsvorschlag des Ständigen Ausschusses des ZK des KBW, veröffentlicht in KVZ-extra vom 6.10.

Es lebe die Partei des Proletariats!

Man muß die erreichte Einheit im Kampf gegen die Verbotsanträge gegen KBW, KPD und KPD/ML unbedingt stärken. Die Propagandaaktion am Samstag, dem 8. Oktober, die Demonstration und Kundgebung in Bonn sind nur ein erster Schritt. Man muß auf dem eingeschlagenen Weg der Aktionseinheit unbedingt weiterschreiten. Dies jedenfalls ist die Auffassung des KBW und seines ZK. In diesem Sinne legen wir KPD und KPD/ML in den jetzt stattfindenden Gesprächen einen Resolutionsentwurf vor, der von den drei Organisationen gemeinsam der Kundgebung am Samstag in Bonn vorgetragen werden soll. Wir sind der Auffassung, daß Tausende von Arbeitern, Angestellten, Bauern, Schüler und Studenten nicht auseinandergehen können, ohne die nächsten Schritte im Kampf festgelegt zu haben. Wir veröffentlichen unseren Resolutionsentwurf, damit sich alle eine Auffassung bilden können.

Resolutionsvorschlag

Wir, die Teilnehmer der Kundgebung „Weg mit den Verbotsanträgen gegen KBW, KPD und KPD/ML“ stellen gegenüber den Angriffen der Bourgeoisie auf die Organisationsfreiheit der Arbeiterklasse fest: Niemals wird sich der Marxismus-Leninismus, die revolutionäre Theorie der Arbeiterklasse, verbieten lassen, niemals wird die Arbeiterklasse darauf verzichten, sich zur revolutionären Partei zu organisieren, um die Herrschaft der Ausbeuterklasse zu stürzen, die Diktatur des Proletariats zu errichten, das Privateigentum der Kapitalisten an den Produktionsmitteln zu beseitigen und Schritt für Schritt die klassenlose Gesellschaft, den Kommunismus, aufzubauen.

Wir treten ein für die Einheit der Arbeiterklasse in ihrem Kampf gegen die kapitalistische Ausbeuterklasse, wir sind für die Einheit des Volkes im Kampf gegen Imperialismus und Reaktion.

Wir sind für die Einheit der Marxisten-Leninisten, weil wir wissen, daß die Arbeiterklasse nur so ihre revolutionären Ziele erfolgreich verfechten kann.

Wir rufen dazu auf, im Kampf für die Organisationsfreiheit der Arbeiterklasse zusammenzustehen. Wir werden jeden Schritt unterstützen, der die Einheit in diesem Kampf stärkt, wie wir überhaupt jeden Schritt zur Einheit im Kampf für die Rechte der Arbeiterklasse und des Volkes unterstützen.

Wir begrüßen es, wenn die Marxisten-Leninisten die kommenden Wahlkämpfe ausnutzen, um die revolutionäre Einheit im Kampf gegen Imperialismus und Reaktion zu fördern und zum Ausdruck zu bringen. Wir begrüßen es, daß KBW, KPD und KPD/ML in diesen Wahlkämpfen in den Wahlkreisen nicht gegeneinander kandidieren werden, sondern jeweils einen Kandidaten unterstützen werden und daß sie ihre Landeslisten nicht gegeneinander stellen werden, sondern der Auffassung sind, daß die Stimmen für diese Listen allesamt den Willen der Arbeiterklasse und der Volksmassen zum Ausdruck bringen, die proletarische Revolution vorzubereiten und zu machen.

Wir werden die Legalität der Organisationen der Arbeiterklasse verteidigen. Setzt die Bourgeoisie jedoch die Verbotsanträge durch, werden wir den Kampf für die Organisationsfreiheit der Arbeiterklasse fortsetzen.

Wir begrüßen es, daß KBW, KPD und KPD/ML gemeinsam die Initiative für diese Kundgebung ergriffen haben und daß es damit möglich wurde, einen einheitlichen Gegenangriff gegen die Verbotsanträge, gegen Imperialismus und Reaktion einzuleiten.

Wir fordern alle demokratischen Organisationen auf, alles zu tun, um die Aktionseinheit der Massen im Kampf für die Organisationsfreiheit der Arbeiterklasse und die Rechte der Arbeiterklasse und des Volkes zustandezubringen und als nächstes die Verbotsanträge gegen KBW, KPD und KPD/ML sowie alle Verbotsdrohungen der Bourgeoisie gegen Organisationen zurückzuschlagen, in denen sich Arbeiter zusammengeschlossen haben, um ihre Interessen zu verfechten.

Wir begrüßen es, daß KBW, KPD und KPD/ML zu einem Treffen einladen, auf dem weitere Schritte beraten und beschlossen werden können, um den gemeinsamen Kampf gegen Imperialismus und Reaktion gemeinsam fortzusetzen. Wir fordern alle demokratischen Organisationen auf, an diesem Treffen teilzunehmen.

Weg mit den Verbotsanträgen gegen KBW, KPD und KPD/ML!

Der Marxismus-Leninismus läßt sich nicht verbieten!

Es lebe die Partei des Proletariats!

Nieder mit Imperialismus und Reaktion!

Es lebe die Aktionseinheit gegen Reaktion und Faschismus!

Ständiger Ausschuß
des Zentralen Komitee
des KBW

Dokument Nr. 4: Resolutionsvorschlag der Vertreter des ZK des KBW in den Verhandlungen mit KPD und KPD/ML am 7.10.

Resolutionsvorschlag

Wir, die Teilnehmer der Kundgebung „Weg mit den Verbotsanträgen gegen KBW, KPD, KPD/ML“, haben uns im Kampf für die Organisationsfreiheit der Arbeiterklasse zusammengeschlossen. Organisationsfreiheit, das ist eines der Rechte, die die Arbeiterklasse im Kampf für ihre elementaren Interessen, gegen die Ausbeutung und Unterdrückung, wie im Kampf für ihre historische Aufgabe, sich und die Menschheit von jeder Ausbeutung und Unterdrückung zu befreien, unbedingt braucht. Organisation, darin besteht die Macht der Arbeiterklasse. Zerschlagung der Organisation der Arbeiterklasse, darin besteht die einzige Möglichkeit der herrschenden Ausbeuterklasse, ihren Sturz hinauszuschieben. Wir führen den Kampf gegen die Verbotsanträge. Wir sagen aber gleich: Daß sich die Arbeiterklasse organisiert, kann keine Macht der Welt verhindern.

Wird der Arbeiter unterdrückt, dann wird auch der Bauer unterdrückt, dann werden die Volksmassen insgesamt unterdrückt. Werden die Organisationen der Kommunisten verboten, dann ist die Arbeit jedes demokratischen Komitees und jeder Gewerkschaftsgruppe bedroht. Wir alle wissen, wo für die Interessen des Volkes gekämpft wird, da sind auch die revolutionären Arbeiter und ihre Vorkämpfer, die Kommunisten. Sind die marxistisch-leninistischen Organisationen verboten, dann wird die Bourgeoisie auch mit der legalen Arbeit der demokratischen Komitees und der gewerkschaftlichen Organisation Schluß machen wollen.

Wir stellen fest: Es ist im Interesse der Volksmassen insgesamt, den Kampf für die Organisationsfreiheit der Arbeiterklasse zu führen.

Es gibt keine Klassen mehr, schreit die Bourgeoisie! Ihre Angriffe auf die Organisationsfreiheit der Arbeiterklasse sind Eingeständnis der Unversöhnlichkeit des Klassengegensatzes. Je mehr das Kapitalistenregime verfault, um so mehr treibt die Bourgeoisie offene Reaktion. Der Faschismus wird vorbereitet. Mit riesigen Geldmitteln will die Bourgeoisie eine faschistische Bewegung ausbrüten.

Aktionseinheit gegen Reaktion und Faschismus ist notwendig.

Wir begrüßen es, daß KBW, KPD und KPD/ML sofort die Initiative ergriffen haben zu dieser Kundgebung.

Wir fordern alle demokratischen Organisationen auf, alles zu tun, um die Aktionseinheit der Massen im Kampf für die Organisationsfreiheit der Arbeiterklasse und die Rechte der Arbeiterklasse und des Volkes zustande zu bringen und als nächstes die Verbotsanträge gegen KBW, KPD und KPD/ML sowie alle Verbotsdrohungen der Bourgeoisie gegen Organisationen zurückzuschlagen, in denen sich Arbeiter zusammengeschlossen haben, um ihre Interessen zu verfechten.

KBW, KPD und KPD/ML wollen die Initiative für einen gemeinsamen Kongreß aller demokratischen Organisationen im Januar in ... ergreifen, der die Grundlagen der Aktionseinheit gegen Reaktion und Faschismus untersuchen, klären und dieser Aktionseinheit dienen soll. Wir begrüßen und unterstützen diese Initiative.

Weg mit den Verbotsanträgen gegen KBW, KPD, KPD/ML!

Weg mit dem KPD-Verbot!

Aktionseinheit gegen Reaktion und Faschismus!

Ständiger Ausschuß
des Zentralen Komitee
des Kommunistischen Bundes
Westdeutschland (KBW)

(Fortsetzung Seite 5)

Politik der Aktionseinheit ist Kampf gegen Opportunismus

Nebenstehend haben wir einige Dokumente abgedruckt zu der Aktionseinheit die der KBW, die KPD und die KPD/ML im Kampf gegen die Verbotsanträge gebildet haben. Durch diese Aktionseinheit ist die Demonstration und Kundgebung als rasche Antwort auf die Verbotsanträge des CDU-Vorstandes zustandegekommen.

Von nichts kommt nichts. Das bißchen Erfolg, das wir bisher erzielt haben, ist durch Kampf gegen Opportunismus und Spaltertum erzielt worden. In diesem Kampf ist man zu Kompromissen gezwungen, um das Quentchen revolutionäre Einheit unbedingt festzuhalten, das überhaupt erreichbar ist. Damit sich alle eine Vorstellung machen können, drucken wir die Dokumente ab. Man sieht, daß der KBW im Verlauf der Verhandlungen jeweils beträchtliche Zugeständnisse hat machen müssen, um gegenüber Opportunismus und Spaltertum durchzusetzen, daß die Aktionseinheit überhaupt zustandekommen und erhalten werden konnte.

Allerdings ist es uns doch gelungen, schlimme Fehler aus den gemeinsamen Dokumenten fernzuhalten. So hieß es zum Beispiel in einem Entwurf der KPD für den Aufruf: „Nicht nur die Kommunisten, sondern alle fortschrittlichen, demokratischen und antifaschistischen Kräfte sind von diesem Vorstoß betroffen.“ Wenn also nur die Kommunisten von den Verbotsanträgen betroffen wären, könnt's den fortschrittlichen, demokratischen und antifaschistischen Kräften auch egal sein.

Oder es hieß:

„Die Pseudokommunisten der DKP, Agenturen des sowjetischen Sozialimperialismus und der westdeutschen Bourgeoisie, sollen ausgespart werden.“ Was bedeutet das anderes, als daß die Pseudokommunisten eben nicht ausgespart werden sollen? So kann man auch gegen die Ungerechtigkeit der Welt protestieren.

Spaß beiseite. Es wird beträchtliche Schwierigkeiten machen, sich zwischen KBW, KPD und KPD/ML auf einen gemeinsamen Vorschlag an das noch für Oktober beschlossene Treffen zu einigen. Was die praktische Seite des Kampfes betrifft, ist die KPD/ML besonders dickfellig. Für so was hat sie wenig Sinn. Das ist aber längst nicht mehr Ausdruck vergangenen Linksopportunismus. Es ist jetzt Ausdruck des Rechtsopportunismus. Treffen mit allen Demokraten und Antifaschisten werden als solche hochgehalten. Den Vorschlag eines Kongresses, der die wichtigsten theoretischen und praktischen Fragen des Kampfes gegen die Reaktion und der Aktionseinheit der Massen im Kampf gegen die Reaktion klärt, hat die KPD/ML abgelehnt. Einen anderen Vorschlag hat sie nicht gemacht.

Was die KPD/ML fürchtet wie die Pestilenz, ist die Beschlußfassung der Massen und die Verantwortung gegenüber den Massen. Deshalb um Gottes Willen keine praktischen Vorschläge und Festlegungen. Dabei sind es doch die allein, die eine Einigung ermöglichen, wenn ideologische und politische Differenzen da sind.

Die Aktionseinheit zwischen KBW, KPD und KPD/ML ist noch viel zu schwach. Das liegt nicht daran, daß sie nicht „breit“ genug wäre. Es liegt an ihrer schmalen politischen Basis, die in jeder Verhandlung mit anderen Organisationen sehr schnell zum Bruch zwischen den drei Organisationen führen kann. Die bisher erreichte Einheit ist dünn, und das gibt der Spaltung breiten Raum. Diese Tatsache hat bereits die Demonstration und Kundgebung am 8.10. und so die Aktion gegenüber dem bürgerlichen Staat geschwächt.

Die Demonstration und Kundgebung hat uns in unserem Willen, für die Einheit der Marxisten-Leninisten und die Aktionseinheit der Massen zu kämpfen, bestärkt. Sie hat uns aber auch erneut gezeigt, welche Aufgaben wir noch vor uns haben.

Schlag und Gegenschlag

Die Arbeiter von Orenstein und Koppel kämpfen für 60 Pfennig mehr/Sozialdemokraten angeschlagen Kundgebung in Bonn wird unterstützt

Westberlin. Wie in der letzten KVZ berichtet, fanden in der vergangenen Woche in den beiden Betriebsteilen von Orenstein und Koppel (O & K) die Betriebsversammlungen statt. Auf beiden Betriebsversammlungen wurde die Forderung nach 60 Pfennig mehr für alle erhoben. Vorbereitet wurde das von Arbeitern auf gemeinsamen Sitzungen und durch die Festlegung, Unterschriften im Betrieb für diese Forderung zu sammeln. Es wurden über 80 Arbeiter für diesen Kampfschritt gewonnen, und sie unterschrieben diese Liste. 50 davon kamen aus dem Baggerbau, aus dem Waggonbau, der größeren Abteilung, jedoch nur 30. Im Baggerbau war es bereits möglich, eine Entscheidung auf der Betriebsversammlung zu suchen. Die Forderung, daß der Betriebsrat die Abstimmung durchzuführen hat und daß er mit der Geschäftsleitung über die 60 Pfennig verhandeln soll, hatte klar die Mehrheit. Die Sozialdemokraten retteten sich über die Zeit und weigerten sich, diese Abstimmung zu machen. Die Kapitalisten stützten sich deshalb natürlich auf die Sozialdemokraten und verbreiteten die Ansicht, daß sie niemals das bezahlen werden, wie ja der Betriebsrat schon feststellte. Der IGM-Vertreter Krumpelt forderte die Kollegen auf, dafür zu streiken, wenn sie das richtig finden, aber sagte auch gleich, daß sie niemals von der IGM unterstützt werden. Sehr viele Arbeiter waren empört über das Verhalten. Doch es war klar, die Lage war noch nicht so, daß man den Streik ausrufen konnte. In den drei Tagen nach diesen Betriebsversammlungen wurde versucht, die falschen Ansichten unter den Arbeitern zu schlagen.

Am Wochenende organisierte die Geschäftsleitung den Gegenschlag. Sie entließ zwei Arbeiter, die auf der Betriebsversammlung gesprochen hatten. Die Sozialdemokraten im Betriebsrat haben die Entlassung unterschrieben. Die Arbeiter haben nicht damit gerechnet, daß so etwas geschehen kann. Wir auch nicht. Am Montag kam ein Flugblatt unserer Zelle heraus, das versuchte, die Widersprüche im Betriebsrat, die bestehen mußten, offen hervorzutreiben. Es kam dann auch so. Die Betriebsräte wußten nicht alle Bescheid davon. In den Abteilungen gab es viel Unruhe. Vertrauensleute wurden aufgefordert, etwas dagegen zu unternehmen. Arbeiter aus der Großmontagehalle forderten den Betriebsrat bei einem Besuch auf, diese Unterschrift zurückzuziehen. Bei einer Sondersitzung des Betriebsrates, die einberufen werden mußte, gab es einen schriftlichen Antrag, die Unterschrift zurückzuziehen. Die sozialdemokratische Regierungsfraktion im Betriebsrat konnte noch einmal die Mehrheit bekommen. Ob sie das auch im Vertrauensleutekörper bekommt, ist fraglich. Sind die Betriebsräte auf den Betriebsversammlungen einheitlich gewesen, sind sie es jetzt nicht mehr. Das ist gut so.

In dem Flugblatt der Zelle wurde die Verbindung zu den Verbotsanträgen gegen KBW, KPD und KPD/ML gezogen. Wir stellten fest, daß diese Maßnahmen nur zwei Seiten einer Medaille sind. In beiden Fällen soll der Kampf der Arbeiterklasse gegen die Ausbeuter unterdrückt werden. Beides ist ein lächerliches Unterfangen, weil Ausbeutung und Unterdrückung immer den Widerstand hervorbringen und letztlich mit dem Sturz der Ausbeuterordnung enden wird. Darüber gab es Streit. Es gab Stimmen, die sagten, erst mal die Entlassungen zurückschlagen, es gab auch Stimmen, die sagten, mit den 60 Pfennigen kommen wir nicht mehr durch, Hauptsache, die schmeißen die beiden nicht raus. Die Lage änderte sich dann. Warum, drückte ein Arbeiter so aus: „Die Polizei hat mir viel geholfen." In der Großmontagehalle war auch am Montag einer der entlassenen Arbeiter, dies obwohl er seit Montag seinen offiziellen Jahresurlaub hatte. Die Polizei sollte ihn aus dem Betrieb holen. Das gelang nicht. Sofort war eine Traube um die Polizei. „Wir brauchen euch nicht, wir haben euch nicht gerufen." Die Polizisten sagten: „Wir werden draußen warten." Der Arbeiter war bis zum Schichtschluß da.

Am Dienstag sind die Kapitalisten nervös geworden, und sie verhandelten mit einem der Entlassenen noch mal. Sie wollen ihre Entscheidung mitteilen, ob sich noch was ändert. Am Mittwoch sind die Kapitalisten böse geworden, denn in vielen Stellen im Baggerbau tauchten Kleber auf, „Zurücknahme der Entlassungen, 60 Pfennige durchsetzen!" KBW-Mitglieder wurden am Mittwochabend und am Donnerstag regelrecht beschattet von Antreibern. Am Donnerstag soll es nach Berichten in den Chefetagen zu Tobsuchtsanfällen gekommen sein. An dem Fabrikschornstein stand die Parole über 25 Meter lang: „Weg mit den Verbotsanträgen, 8.10. Bonn, KBW". Die Arbeiter freuten sich, und die Kapitalisten ärgerten sich. Um 11 Uhr war sie wieder weg, und jeder im Betrieb wußte Bescheid, was am 8.10. in Bonn los sein wird.

Bei allen diesen Maßnahmen konnten wir uns auf Arbeiter stützen. Der Angriff der Geschäftsleitung mit Hilfe von Sozialdemokraten scheiterte. Die Belegschaft ist nicht gebrochen worden. Der Zusammenschluß ist gefestigt. Eines ist nicht geschafft, die politische Spaltung innerhalb der Belegschaft existiert weiter fort. Ob durch Klassenversöhnung oder durch Klassenkampf die notwendigen Fortschritte erreicht werden, das ist der Streitpunkt. Man kann diesen Streit nicht anders entscheiden, als den wirtschaftlichen Kampf fortzusetzen, daran zu arbeiten, daß die Abteilungen die 60 Pfennige im Streik durchsetzen, daß sich der Zusammenschluß herstellt über die Forderung von 220 DM im Metalltarifkampf. Gewonnen wird dieser Kampf nur, wenn die Regierungsmaßnahmen ebenso wie die Absichten des Finanzkapitals in der Belegschaft enthüllt werden. Man muß all denen, die noch dem Reformismus anhängen, die Last der Wahrheit aufbürden, weil sie anders den Weg des Kampfes nicht finden werden. Das hat unsere Zelle noch zu wenig gemacht. Das wird sie jetzt machen. Die Bedingungen sind wirklich günstig, wir werden aus dem Betrieb wenigstens zehn Arbeiter sein, die nach Bonn fahren werden und demonstrieren. – (Zelle Orenstein und Koppel/Westberlin)

Seeleute bereiten Streik vor – 60% Lohnerhöhung auf Oetkerschiff erkämpft

Hamburg. Am letzten Montag, dem 3.10., ist die fünfte Verhandlungsrunde in den Manteltarifverhandlungen der ÖTV Abteilung Seeschiffahrt und Fischerei ohne Ergebnis abgebrochen wor.en. Die Seeleute bereiten den Streik vor, um die Forderungen nach der 40-Stundenwoche und mehr Urlaub durchzusetzen.

In einem Flugblatt der ÖTV heißt es: „Ihr dürft nicht vergessen, die Schiffe fahren nicht ohne uns."

Am letzten Freitag setzten sich die Offiziere und Mannschaften des 90000 t-Tankers St. Raphael in einem sechsstündigen Streik durch. Oetker muß eine 60%-Lohnerhöhung bezahlen, nachdem der Streik von der ÖTV und ITF unterstützt wurde und 85000 Dollar mußten an Heuer nachbezahlt werden. Dieser erfolgreiche Streik hat die Seeleute unter deutscher Flagge ermutigt, Auf Anfrage teilte das Abteilungssekretariat der ÖTV mit, daß demnächst „wahrscheinlich die Seeleute Versammlungen machen werden".

Streik für ITF-Heuer

Kiel. 20 indische, pakistanische und philippinische Seeleute streiken auf dem cyprischen Frachter „Pantazis Caias" für ITF-Heuer. 750 DM bei unerträglichen Arbeitsbedingungen zahlt der Reeder.

Auf ausgehängten Handtüchern rufen sie zur Unterstützung auf. Die Sozialdemokraten in der ÖTV wollen den Streik nicht unterstützen. Als Vorwand dient ihnen, daß die Seeleute den Heuerkontrakt unterschreiben mußten, wollten sie nicht auf eigene Kosten wieder nach Hause fahren.

Bundesgrenzschutz hatte das Schiff zur Landseite, Wasserpolizei zur Wasserseite abgeriegelt. Ein Schlepper hat inzwischen den Frachter auf See geschleppt. Auf See ist Streik Meuterei.

Die ÖTV-Führung muß gezwungen werden, den Streik zu unterstützen. Dies stärkt den derzeitigen Kampf der westdeutschen Seeleute um höhere Heuer.

Stahlarbeiter für 200 DM Festbetrag

Mannesmann Hilden. Der Vertrauensleutekörper hat bei den Arbeitern eine Umfrage durchgeführt zur Forderung, die im diesjährigen Tarifkampf gestellt werden soll. Xerlei Möglichkeiten waren angegeben, Prozente, Sockel und Prozente, Festgeldbeträge von 70 DM bis 200 DM. 97 Prozent haben sich bei dieser Umfrage für den höchsten angegebenen Festgeldbetrag ausgesprochen, 200 DM für alle.

Auf der Betriebsversammlung bei Mannesmann Hilden, die am Samstag, dem 8.10. stattfand, wurde unter großem Beifall vorgetragen, daß die Betriebsversammlung diese 200 DM als Forderung an die Kapitalisten beschließen sollw.

Mit folgenden Argumenten verhinderten sozialdemokratische Betriebsräte die Abstimmung:

1. Daß man für die 200 DM sei,sei sowieso klar. 2. Der Vertrauenskörper habe sich dem Umfrageergebnis angeschlossen und 200 DM als Forderung erhoben und habe 3. die Forderung schon an den IG Metall Ortsvorstand Hilden weitergeleitet.

Rohstofflager an der Nordsee für imperialistische Expansion

Wilhelmshaven. Die Ratsherren von SPD und CDU haben den Bebauungsplan 130a, die Ansiedlung des ICI-Werkes, durchgebracht. Dagegen gibt es heftigen Widerstand. Die ICI will eines der größten PVC-Werke Westdeutschlands in Wilhelmshaven aufbauen. Das Werk soll 500 Meter neben dem Kurort Hoocksiel aufgebaut werden. Dabei geht es hektisch zu, die Bauten sollen schon beginnen. Die Bourgeoisie hat es eilig, startet ideologische Manöver. Reibungsverluste sollen gering sein beim Aufbau ihrer Rohstoffbasis an der Nordsee, um Rotterdam zu umgehen, davon unabhängig zu sein.

Vor einigen Wochen erschien ein Artikel, daß in Wilhelmshaven „Kurortluft" sei. Gleichzeitig hat die Bourgeoisie das nächste Projekt im Auge. 185 ha Land vom Rüstersieler Groden hat das Land Niedersachsen der Stadt abgekauft. Die neuen Verhandlungen laufen schon, um in der imperialistischen Industrieansiedlungspolitik fortzufahren. Die ganze Nordseeküste möchten sie haben. Dazu wollen sie weitere Landgewinnung durchführen. Die Pläne liegen schon parat. Die größten künstlichen Erdöllager der Welt haben sie in Wilhelmshaven angelagert, neue Erzlager sollen eingerichtet werden. Küpker ist ständig auf Reisen, durch USA, Norwegen usw. Ein riesiges Rohstoffdepot soll die Nordseeküste werden, um die Profite der westdeutschen Bourgeoisie zu sichern. Kein Preis ist der Landesregierung zu hoch für jede Industrieansiedlung in Niedersachsen, hat Albrecht im Landtag verkündet. Der notwendige Kampf gegen die Untergrabung der Lebensbedingungen der Volksmassen muß hart geführt werden.

(Fortsetzung von Seite 4)

Dokument Nr. 5: Resolution, auf die sich die Vertreter von KBW, KPD und KPD/ML zunächst am 7.10. einigen konnten, veröffentlicht in KVZ-extra vom 7.10. (siehe Vorbemerkung dazu)



Einheit tut not!

Wir hatten in der letzten Extraausgabe der KVZ einen Resolutionsvorschlag veröffentlicht, auf den wir uns in Gesprächen mit KPD und KPD/ML einigen wollten, um ihn gemeinsam der Kundgebung in Bonn vorzulegen. Es ist nicht gelungen, auf Grundlage dieses ersten Resolutionsvorschlages eine Einigung zu erzielen. Die Festlegungen in unserem Resolutionsvorschlag gingen den anderen Organisationen zu weit. Freitag morgen wurden erneut Gespräche zwischen KBW, KPD und KPD/ML geführt. Auf Grundlage eines Resolutionsentwurfs der KPD/ML und eines neuen Resolutionsvorschlages des KBW wurde schließlich der folgende Resolutionsvorschlag an die Kundgebung vereinbart. Diesen Resolutionsvorschlag werden KBW, KPD und KPD/ML gemeinsam der Kundgebung zur Verabschiedung vorlegen. Die Vorschläge in unserem ersten Resolutionsentwurf an KPD und KPD/ML erhalten wir aufrecht. Schließt sich die Kundgebung auf dem jetzigen Resolutionsvorschlag zusammen, wird das auf jeden Fall ein Schritt voran sein.

7.10.77

Kommunistischer Bund Westdeutschland (KBW)
Zentrales Komitee
Ständiger Ausschuß

Nachdem sich die Verhandlungskommission von KBW, KPD und KPD/ML auf die vorliegende Resolution geeinigt hatten, erhob – wie uns als letzte Meldung erreicht – die KPD/ML Einwendungen gegen den Kongreß im Januar. Die Verhandlungen werden fortgesetzt. Die Ergebnisse kann man auf den Veranstaltungen, die heute Abend überall stattfinden, erfahren.

Resolution

Wir, die Teilnehmer der Kundgebung „Weg mit den Verbotsanträgen gegen KBW, KPD und KPD/ML!" haben uns im Kampf gegen die Verbotsdrohungen gegen diese drei und andere revolutionäre Organisationen zusammengeschlossen. Der Beschluß des CDU-Bundesvorstandes, über den Bundesrat Verbotsanträge gegen KBW, KPD und KPD/ML an das Bundesverfassungsgericht zu richten, ist ein Angriff auf den Marxismus-Leninismus und die Organisationsfreiheit der Arbeiterklasse.

Organisationsfreiheit, das ist eines der Rechte, das die Arbeiterklasse im Kampf für ihre elementaren Interessen gegen die Ausbeutung und Unterdrükkung wie im Kampf für ihre historische Aufgabe, sich und die Menschheit von jeder Ausbeutung und Unterdrückung zu befreien, unbedingt verfechten muß. Organisation, darin besteht die Stärke und Kraft der Arbeiterklasse.

Zusammen mit den Kommunisten trifft der Angriff der Bourgeoisie alle fortschrittlichen, demokratischen und antifaschistischen Kräfte, alle, die die gerechten Forderungen der Arbeiterklasse und des werktätigen Volkes unterstützen und dafür im Kampf stehen.

Wird der Arbeiter unterdrückt, dann wird auch der Bauer unterdrückt, dann werden die Volksmassen insgesamt unterdrückt. Werden die Organisationen der Kommunisten verboten, dann ist die Arbeit jedes demokratischen Komitees und jeder Gewerkschaftsgruppe, in der Arbeiterinteressen vertreten werden, bedroht.

Es ist im Interesse der Volksmassen insgesamt, den Kampf für die Organisationsfreiheit der Arbeiterklasse zu führen.

Die Bourgeoisie behauptet, es gäbe keine Klassen mehr. Ihre Angriffe auf die Organisationsfreiheit der Arbeiterklasse dienten aber stets und dienen auch heute der Verschärfung der Ausbeutung und Unterdrückung der werktätigen Massen. Sie sind Ausdruck der Unversöhnlichkeit des Klassengegensatzes. Diese Kundgebung, zu der KBW, KPD und KPD/ML die Initiative ergriffen haben, ist der Auftakt im Kampf gegen diesen Angriff auf die Organisationsfreiheit der Arbeiterklasse. Wir fordern alle revolutionären und demokratischen Organsationen, alle Kommunisten, Sozialisten, Demokraten und Antifaschisten auf, alles zu tun, um eine breite Aktionseinheit im Kampf für die Organisationsfreiheit und die Rechte der Arbeiterklasse und des Volkes zustandezubringen. Als nächster Schritt müssen dabei die Verbotsanträge gegen KBW, KPD und KPD/ML sowie alle Verbotsdrohungen der Bourgeoisie gegen Organisationen zurückgeschlagen werden, in denen sich Arbeiter und fortschrittliche Menschen zusammengeschlossen haben, um für ihre Interessen zu kämpfen.

Wir begrüßen es, daß KBW, KPD und KPD/ML zu einem Treffen noch im Oktober einladen, auf dem weitere Schritte beraten und beschlossen werden sollen, um diesen Kampf auf einer breiten Basis gemeinsam zu führen. Dort wollen KBW, KPD und KPD/ML die Initiative für einen gemeinsamen Kongreß aller fortschrittlichen, demokratischen, antifaschistischen und kommunistischen Organisationen und Kräfte im Januar ergreifen, der die Grundlagen der Aktionseinheit im Kampf für die Organisationsfreiheit der Arbeiterklasse und für die demokratischen Rechte des Volkes untersuchen, klären und dieser Aktionseinheit dienen soll. Das unterstützen wir.

Weg mit den Verbotsanträgen gegen KBW, KPD und KPD/ML!

Weg mit dem KPD-Verbot!

Aktionseinheit im Kampf für die Organisationsfreiheit der Arbeiterklasse und für die demokratischen Rechte des Volkes!

Besoldungserhöhungsgesetz – Beschluß des Vermittlungsausschusses

Am 5. Oktober hat der Vermittlungsausschuß zwischen Bundesrat und Bundestag getagt. Der Bundesrat hat am Tag darauf den Beschlüssen des Vermittlungsausschusses zugestimmt.

Bekannt geworden sind folgende Beschlüsse:

1. Die im 6. Besoldungserhöhungsgesetz festgelegten allgemeinen Kürzungen der Anwärterbezüge für diejenigen, die nach dem 30.9.77 eingestellt werden, sind zurückgenommen worden.

Gleichzeitig wurde eine Aufforderung an die Bundesregierung beschlossen, eine Neuregelung der Anwärterbezüge vorzubereiten und diese mit vergleichbarem Rechtsstatus wie das BAFöG (das heißt der völligen Rechtlosigkeit) und die Graduiertenförderung (z.B. 900 Mark) auszustatten. Man erinnert sich, daß dies der Sozialdemokrat Koschnick bereits *vor* dem Gesetz vorgeschlagen hat.

2. Es wird ein Übergangsparagraph (§ 77) eingeführt für die Stufenlehrer. Die allgemeine Absicht der Herunterstufung aller Lehrer der Sekunderstufe I und Primarstufe wurde zunächst aufgegeben. Bis 1981 sollen die Stufenlehrer für Sekundarstufe I und Primarstufe nach A 12 eingestuft werden und als Ausnahme in Hamburg und Bremen wie bisher nach A 13. Die Stufenlehrer mit Schwerpunkt Sonderpädagogik werden nach dem § 77 in A 13, in Berlin, Hamburg, Bremen wie bisher in A 13 plus ruhegehaltsfähige Zulage eingestuft. Sekundarstufe II – Lehrer sollen nach dem Gesetz A 13 plus ruhegehaltsfähige Zulage bekommen.

Nach dem bisherigen Stand der Kenntnis sind es also allein die hessischen Stufenlehrer für Sekundarstufe I, die eine *direkte* Lohnkürzung spüren sollen.

Dieser Beschluß ist Ergebnis des Kampfes der Lehrer und Anwärter gegen das Gesetz. Bekannt sind die Demonstrationen, die in verschiedenen Städten Westdeutschlands durchgeführt wurden, bekannt der Hamburger Streik, den die Gewerkschaftsmitglieder führten und den die Gewerkschaftsführung in eine Eintagsveranstaltung verwandelte.

Man muß jedoch festhalten: Die Kürzung für die hessischen Lehrer kann nicht hingenommen werden. Weiter: Es ist keineswegs ausreichend für die Lehrer und Anwärter, wenn sie jetzt den gleichen Lohnraubabschluß von 5,3% plus 100 Mark (bzw. 40 Mark) wie die Beschäftigten im öffentlichen Dienst bestätigt bekommen haben. Daß es zuwenig war, hat man damals schon gewußt, jetzt weiß man es noch besser.

Der öffentliche Dienstherr bereitet einen frechen Angriff vor auf die Anwärter, also die Beamten zur Ausbildung. Sie sollen von den übrigen Beschäftigten abgespalten werden, weiter entrechtet werden und ihnen soll der Lohn drastisch gekürzt werden. Nichts anderes bedeutet die Aufforderung der „Neuregelung" des Anwärtergehalts. Die Gewerkschaftsführer werden Jubeln ob der Kompromißbereitschaft der Regierung. Man muß sich daran erinnern, daß Frister die Kürzung vor 5 Monaten als notwendig zur Schaffung weiterer Ausbildungsplätze bezeichnet hat und nur der Druck und der Kampf der Lehrer und Anwärter selbst etwas ausgerichtet hat. Das wird erst recht so sein, wenn es gilt, die BAFöG-Regelung für Anwärter zurückzuschlagen. Gelingt es dem bürgerlichen Staatsapparat, sich hier durchzusetzen, hat er einen bedeutenden Schritt bei der Lohnkürzung bis zur Verelendung, der Verschärfung der Konkurrenz und der Verschärfung der Unterdrückung erreicht. Dagegen müssen alle im öffentlichen Dienst antreten, und sie können auf Unterstützung zählen. – (Z-Red.)

Tarifkampf im öffentlichen Dienst wird vorbereitet

Wuppertal/Niederberg. Der KJA der ÖTV Wuppertal/Niederberg hat auf seiner letzten Sitzung vor einer Woche folgenden Beschluß zur Vorbereitung des Tarifkampfes gefaßt:

1.Flugblatt zu den Vorbereitungen der Lohnauseinandersetzungen. Aufforderung zu Beschlüssen in Betrieben und Betriebsgruppen bis Ende Oktober.
2. Erhebung, welche Forderung die Kollegen aufstellen wollen.
3. Erhebung von Wegrationalisierungen von Arbeits- und Ausbildungsplätzen.
4. Ein 2. Flugblatt mit dem Vorschlag des KJA im November.
5. Einberufung von Jugendversammlungen Ende November.
6. Einberufung der Kreisjugendmitgliederversammlung der ÖTV im Januar zur Aufstellung der Beschlüsse für die Kreisdelegiertenkonferenz.

Zu den Forderungen gab es heftige Auseinandersetzungen, ob der Ausbildungstarif an eine Lohn- (Gehalts-)gruppe angekoppelt werden soll oder nicht. Darüber kam man zu keinem Ergebnis. Es wurde ein Arbeitskreis eingerichtet, der regelmäßig tagen soll, um den Tarifkampf vorzubereiten.

Deutsche Bundespost: Vorreiter der Rationalisierung in den öffentlichen Diensten

12. Gewerkschaftstag/Sozialdemokratie wird mit Forderungen der Arbeiterbewegung konfrontiert

Göttingen. Vor einigen Wochen ist in Göttingen ein 31jähriger Fernmeldehandwerker am Herzinfarkt gestorben. Bis 18 Stunden war er unterwegs am Tag. Große Empörung hat das gegeben. Beschäftigte aus dem Fernmeldeamt haben einen Brief an die Gewerkschaft und den Personalrat verfaßt und die Beseitigung der Überstunden gefordert.

Einer, der am Herzinfarkt stirbt, taucht in der Statistik des Bundespostministeriums nicht unter Arbeits- und Dienstunfällen auf. Trotzdem hat sich bei verringertem Personalbestand die Zahl der Arbeits- und Dienstunfälle nach der Statistik von 15418 auf 16232, also 5,02%, von 1975 auf 1976 erhöht. Wegeunfälle, die am besten die gesteigerte Arbeitshetze widerspiegeln, sind im gleichen Zeitraum um 7,59% gestiegen. 58,3% aller

Der Lohn reicht nicht und zwingt dazu, Arbeiten zu machen, auf die es Zulagen gibt. „Bis ich mich von einer Nachtschicht erhole, brauche ich zwei Tage", berichtet eine Kollegin aus der Auskunft. Statt 30 bis 40 Anrufe pro Stunde früher werden heute in den Spitzenzeiten bis zu 60 Anrufe abgefertigt. „Sollen wir da stillhalten?"

Heftige Diskussionen gibt es mit den Arbeitern aus den Bautrupps, wie man die Einheit herstellen kann. „Die Spaltung, daß die einen Fahrgeld- und Lötzulage bekommen und die anderen nicht, muß weg. Für den Lohnkampf geht nur eine Festgeldforderung", sagen viele. Die Forderung nach 200 DM, auf der die Einheit möglich ist, wird diskutiert.

Vom 9. bis 15. Oktober 1977 soll in Mainz der 12. Gewerkschaftskongreß der Deutschen Postgewerkschaft stattfinden. Die sozialdemokratische Gewerkschaftsführung hat ihn unter das Motto gestellt: „Reformen für Bürger und Beschäftigte". Angesetzt wird in den fünf Antragspaketen an den Kämpfen der Postler, um sie hernach zu spalten und auf das Gleis der Bourgeoisie zu führen. „Heftige Kritik an Rationalisierungsmaßnahmen" wird geführt (1. Antragspaket). Hauptvorwurf an die Verwaltung: „zu schnell und zu viel auf einmal". Grundsätzlich aber soll man einverstanden sein. Unterdrückt werden sollen die Anträge auf Einstellung aller Rationalisierungsmaßnahmen. Statt Siebenstundentag bei vollem Lohnausgleich, soll die Spaltung der Lohnabhängigen betrieben werden.

Im Aktionsprogramm der Deutschen Postgewerkschaft heißt es: „Jeder Beschäftigte muß entsprechend seiner Tätigkeit bezahlt werden; soziale Belange sind zu berücksichtigen." Überschrieben ist das mit „Bessere und gerechtere Bezahlung". Was soll das anders sein, als daß behauptet wird, daß die Tätigkeit des Amtsvorstehers bezahlt wird und das seine Richtigkeit hat. Direkt auf Mästung der Antreiber und Spaltung der Lohnabhängigen läuft dieser Vorschlag hinaus. Schließlich soll nicht irgendeine Tätigkeit bezahlt werden und wird auch nicht, sondern die Arbeitskraft, die dem Dienstherrn zur Verfügung gestellt wird. Sind wir denn noch dafür, daß den Antreibern ihre Unterdrükkertätigkeit honoriert wird?

Was die Gewerkschaftssozialdemokraten mit dieser Spaltung erreichen wollen, führen sie an anderer Stelle aus: „Die Absichten der Post, für die die Beschäftigten – in Sorge um den Postpaketdienst – ein hohes Maß an Verständnis aufbringen, können für viele Lohnabhängige zu mehr Früh-, Spät- und Nachtdiensten führen" (Deutsche Post 9/77) Gegen die Privatisierung der öffentlichen Dienste geben die Sozialdemokraten vor zu sein und schüren die Konkurrenz unter den Arbeitern, um das Lohnniveau der Postler auf ein ähnliches Lohnniveau wie z.B. beim United Parcel Service, wo es nicht einmal einen Tarifvertrag gibt, zu drücken.

Den Sozialdemokraten schwant in der Gewerkschaftszeitung: „Die Delegierten werden es nicht leicht haben, eine möglichst alle zufriedenstellende Lösung zu finden." Die Sozialdemokraten beziehen sich dabei auf Anträge nach Festgeldforderungen, nach Urabstimmung, wenn das ausgehandelte Ergebnis grundsätzlich und erheblich von den gestellten Forderungen abweicht, sowie die Forderungen nach Kündigung des Schlichtungsabkommens.

Das sind richtige Anträge, und die müssen unterstützt werden. Lehrlinge der Ausbildungsstelle haben beschlossen, ein Telegramm an den Gewerkschaftstag zu schicken mit den Forderungen: Siebenstundentag bei vollem Lohnausgleich! Übernahme aller Lehrlinge! Keine Rationalisierung! Festgeldforderungen!– (Zelle Innenstadt Göttingen)

Gscheidles Ausplünderungstaktik mit dem Zeittakt

Postminister Gscheidle hat angekündigt, 1.6 Milliarden würden *jetzt* investiert für die Einführung der Telefon-Nahbereiche und des Zeittaktes. Vor wenigen Monaten noch erklärte er, der Zeittakt werde erst nach „sorgfältiger Prüfung" eingeführt, und es müßten Versuche gemacht werden, die über die bisherige 8-Minuten-Regelung hinausgingen, also mit 12 bzw. 16 Minuten.

Jetzt wird im Laufe der „Förderungsmaßnahmen für die Fernmeldeindustrie" die endgültige Einführung des Zeittaktes nebenbei verkündet. Die ersten Überlegungen über den Zeittakt haben sich die entsprechenden Beamten im Postministerium 1970 gemacht. Zunächst habe man wegen der hohen Investitionskosten weder Zeittakt noch Nahbereich eingeführt, schreibt die „Deutsche Zeitung". Inzwischen sind die Gebühren so erhöht worden, daß sich Gscheidle an fünf Fingern ausrechnen kann, daß er die 1,6 Milliarden, die von den Massen über die Telefongebühren bezahlt worden sind, in kürzester Zeit wieder zur Verfügung hat – erneut gezahlt von den Massen über höhere Telefongebühren. Vor allem dann, wenn die ursprüngliche Überlegung eines *4-Minuten-Taktes* nach einiger Zeit eingeführt wird, was technisch kein Problem ist, oder auch der 2-Minuten-Takt, es gibt da keine Grenze.

Zunächst jedoch muß in einem bisherigen Ortsgespräch sagen wir von 20 Minuten (23 Pfennig) jetzt das Dreifache gezahlt werden (69 Pfennig). Dafür kann man in diesem Takt in einem Nahbereich von 25 km telefonieren. Was für die Staatspost allemal ein großes Geschäft ist.

Für die Kapitalisten bringen Gscheidles Pläne Millionen. Einmal als „Investitionssummen" der Post, dann als Zins auf die Postanleihen (die günstig im Kurs stehen). Weiter vor allem bei Durchsetzung der weiteren Gscheidle-Pläne: Zukünftig sollen Ferngespräche in ähnlichen Zeittakten abgerechnet werden wie die Nahbereichsgespräche. Wer seinen Kollegen zwei Straßen weiter anruft und zehn Minuten redet, soll das Gleiche zahlen wie die Deutsche Bank, wenn sie ihre Filialen in ganz Westdeutschland nach den neuesten Profiten befragt.

Für Industriearbeit nicht geeignet

Betriebsärzte orten verbrauchte Arbeitskraft für die Auslese

Osnabrück. Für die Kapitalisten haben die Arbeiter nur eine Daseinsberechtigung, solange sie für den Profit schuften.

In Osnabrück ist ein Betriebsärztezentrum aufgebaut worden, das genau nach dem Willen der Kapitalisten ausgerichtet ist. 16 Groß- und Kleinkapitalisten aus dem Raum Osnabrück haben sich dort zusammengeschlossen. Diese Kapitalisten sind also in der Lage, sich einen genauen Überblick über den Gesundheitszustand fast der gesamten Arbeitskräfte am Ort zu verschaffen.

Die Arbeiter haben mit diesem Gesetz genug Erfahrung sammeln können. Bei Karmann werden häufig Arbeiter entlassen mit der Begründung, daß sie fü[illegible]striearbeit nicht geeignet sind, unterschrieben vom Werksarzt Dr. Josten. Für Industriearbeit nicht geeignet ist zum Beispiel ein Arbeiter, der nach Jahren Nacht- und Schichtarbeit Magengeschwüre bekommen hat und bei dem eine Genesung nicht absehbar ist. Vernutzt im kapitalistischen Produktionsprozeß. In Osnabrück wird es ihm dann schwer möglich sein, noch eine Anstellung zu finden. Das ist die gute Zusammenarbeit der Kapitalisten mit den Betriebsärzten, die das Gesetz fordert.

Die Ursachen von Gesundheitsschäden liegen in der kapitalistischen Produktionsweise und nirgendwo anders. In den Preßhallen herrschen Arbeitsbedingungen, die man im Normalzustand nicht aushalten kann. Vor Schichtbeginn holen sich viele Arbeiter stangenweise Kopfschmerztabletten, um die acht Stunden Dreck, Gestank und Lärm aushalten zu können. Kippt dann doch einmal einer um, werden oftmals Tropfen eingeflößt, Hauptsache, man steht auf den Beinen und schafft. Selbst Grippeerkrankungen, wo jeder Hausarzt einen krank schreibt, werden mit Pillen behandelt. Fünf verschiedene Sorten werden den Arbeitern mitgegeben, wo sie dann selbst ausprobieren sollen, welche am besten helfen. Tips, wie „nimm doch zuerst die grünen, Grün ist die Farbe der Hoffnung", bekommt der Arbeiter dann noch mit auf den Weg.

Wird dennoch ein Arbeiter vom Hausarzt krankgeschrieben, entrinnt er der Gesundheitsfürsorge der Kapitalisten nicht. Spätestens bei der zweiten Ausfallzeit durch Krankheit in zwölf Monaten bekommt man eine Vorladung zur amtsärztlichen Untersuchung.

Das Beispiel eines Arbeiters aus dem Werkzeugbau zeigt deutlich, welchen Zweck diese Vorladungen haben. Durch die gesteigerte Arbeitshetze, die Ausweitung der Schichtarbeit und die Angst vor Umbesetzungen hat dieser Arbeiter binnen vier Wochen 30 Pfund abgenommen. Er war ein Wrack. Er wurde krankgeschrieben. Innerhalb von drei Tagen kam dann so eine Vorladung. Der Amtsarzt verhöhnte ihn und sagte, daß man doch einen Kopf hat zum Denken, daß man Beine hat zum Gehen und Arme zum Anpacken und daß einer Wiederaufnahme der Arbeit nichts im Wege stehe. Er sei früher lediglich zu fett gewesen.

Dieses Beispiel, die Überprüfung der Gesundheit jeder einzelnen Arbeitskraft durch die Kapitalisten selbst soll Schule machen. Im Lager wurde den Arbeitern angekündigt, sie demnächst direkt ins Ärztezentrum zu schicken. Freiwillig geht kein Arbeiter. Man muß sie schon dazu zwingen. Die Voraussetzung dafür haben sich die Kapitalisten durch das Betriebsärztegesetz geschaffen.

Bei den letzten Betriebsratswahlen wurden in einigen Abteilungen Forderungen zum Betriebsgesundheitswesen aufgestellt, auf deren Grundlage Arbeiter kandidierten. Das jetzige Betriebsgesundheitswesen wurde abgelehnt und die Forderung nach einem werkseigenen Unfallwagen und einem ständig verfügbaren Arzt, der nur Anweisungen des Betriebsrats zu befolgen hat, aufgestellt. Das durchzusetzen steht auf der Tagesordnung. – (Karmann-Zelle, Bezirk Osnabrück-Emsland)



In den überbetrieblichen „Gesundheits"zentren soll für die Kapitalistenklasse „wissenschaftlich" festgestellt werden, daß nicht die Profitproduktion die Gesundheit der Arbeiter ruiniert.
Einem VW-Arbeiter, der seit sechs Jahren im Preßwerk arbeitet, wurde vom Arzt erklärt, daß seine Taubheit nicht vom Krach dort kommt; wie die „Untersuchung" ergeben habe, seien ganz andere Frequenzen gestört. Gleichzeitig werden in diesen Zentren die kranken Arbeiter erfaßt und gespeichert, damit kein Kapitalist „die Katze im Sack" kauft, weil es heute schon so ist, daß junge Arbeitskraft ruiniert ist.

„Die Betriebsärzte erfüllen ihre Aufgabe für den Arbeitgeber"

„Aspirin und Grippeimpfung, Reihenuntersuchung und Penicillin scheinen wenig zu helfen: Westdeutsche Industriearbeiter werden gegen Krankheit immer anfälliger." „Was unsere Firmen beispielsweise an ‚Feierschichten' erleben, ... ist ein Trauerspiel. Zu leicht wird heute krank geschrieben. Seit Einführung des Lohnfortzahlungsgesetzes am 1. Januar 1970 ... werde das ‚Krankfeiern' leicht werde das ‚Krankfeiern' leicht gemacht!" (Spiegel 13/1973) Wenn schon früh und gründlich ruiniert, dann gleich so, daß die Rentenversicherung nicht belastet wird.

Am 12.12.1973 hat die Kapitalistenklasse dazu das „Gesetz über die Betriebsärzte, Sicherheitsingenieure und andere Fachkräfte für Arbeitssicherheit" (ASiG) erlassen. Bis dahin gab es lediglich Verordnungen z.B. die „Richtlinie zur werksärztlichen Betreuung der Arbeitnehmer und zur Einrichtung werksärztlicher ienste in den Betrieben und Unternehmen" von 1966.

Verordnungen sind aber nur mehr oder weniger verbindlich. Die Kapitalistenklasse fordert ein Gesetz.

§ 3 ASiG:
Aufgaben der Betriebsräte
(1) Die Betriebsräte haben die Aufgabe, den Arbeitgeber beim Arbeitsschutz und bei der Unfallverhütung in allen Fragen des Gesundheitsschutzes zu unterstützen. Sie haben insbesondere
1. den Arbeitsgeber ... zu beraten, insbesondere bei
d) arbeitspolitischen, arbeitspsychologischen und sonstigen ergonomischen sowie arbeitshygienischen Fragen, insbesondere des Arbeitsrhythmus, der Arbeitszeit und der Pausenregelung, der Gestaltung der Arbeitsplätze, des Arbeitsablaufs und der Arbeitsumgebung ...
2. die Arbeitnehmer zu untersuchen, arbeitsmedizinisch zu beurteilen und zu beraten, sowie die Untersuchungsergebnisse zu erfassen und auszuwerten ..."

Offen enthüllen die Anmerkungen zum Gesetz den Zweck:
„In §3 werden die *Aufgaben beschrieben*, die der Arbeitgeber den Betriebsärzten ... zu übertragen hat ... Der Betriebsarzt erfüllt diese Aufgaben für den Arbeitgeber."
Zu 5. „Eine systematische Arbeit des Betriebsarztes setzt voraus, daß er die *Untersuchungsergebnisse* (...) und sonstige arbeitsmedizinische Informationen dokumentarisch *erfaßt und auswertet* ..." (alle Gesetzeszitate: Arbeit und Sozialordnung, Karl Heymann Verlag, 1974)

Kein Atemzug der Arbeiterklasse ohne Kontrolle. Auf Grundlage dieses Gesetzes werden jetzt überall Gesundheitszentren aufgebaut. „Das medizinische Untersuchungs- und Beratungszentrum der Bau-Berufsgenossenschaft Hamburg wird am Freitag der Öffentlichkeit vorgestellt. ... Sechs weitere sind im Aufbau ... Die Hamburger Einrichtung dient der medizinischen Betreuung von 117809 Beschäftigten in knapp 11000 Betrieben der Länder Hamburg und Schleswig-Holstein." (Kieler Nachrichten, 4.10.1977)

Sicherlich ist die „Erbringung von Gesundheitsleistung" „wirtschaftlich", sehr zur Zufriedenheit des Schreibtischmörders Ehrenberg, nach dessen Kostendämpfungsgesetz nur noch solche Einrichtungen zum Beispiel von der Krankenkasse bezahlt werden. Arbeiterleben werden dort umgebracht, bevor sie ins Krankenhaus eingeliefert werden müßten. Das haben die bürgerlichen Politiker im Auge, wenn sie von dem riesigen Bettenberg in Zukunft reden. – (N-Red.)

Meldungen über den Kampf gegen die Senkung des Lohnstandards

Freiburg. Auf der Betriebsversammlung bei Spohn, einem Chemiebetrieb in Freiburg, der Plastiksäcke herstellt, wurde die Geschäftsleitung von allen Seiten angegriffen. Ein Arbeiter entwickelte, daß die Schichtarbeit zur frühzeitigen Ruinierung seiner Arbeitskraft führt und daß in seiner Abteilung die Arbeiter nicht bereit sind, eine weitere Ausdehnung auf vier Schichten hinzunehmen. Daß es stattdessen notwendig ist, einen Lohn zu fordern, der nicht zur Schichtarbeit zwingt. Eine Arbeiterin aus dem Nähsaal prangerte die mörderischen Arbeitsbedingungen an bei Lärm und Dreck und daß ihnen jetzt noch die Schmutzzulage gestrichen wurde. Der Versuch von Geschäftsleiter Schmidt, die Arbeiter mit Drohungen einzuschüchtern („Wenn Ihnen der Arbeitsplatz nicht zusagt, steht es Ihnen frei ..." usw.) oder die Beiträge abzuwürgen, ging in die Hose.

Die Grundlage, auf der die Spohn-Kapitalisten die Ausbeutung verschärfen, ist der Lohn, der ohne Zulagen und Überstunden hinten und vorn nicht reicht. Auf den Kampf um eine Lohnerhöhung von mindestens 220 DM müssen die Arbeiter jetzt ihre Kräfte konzentrieren. Dazu war die Betriebsversammlung, auf der viele Arbeiter zum erstenmal gegen die Kapitalisten aufgetreten sind, ein Anfang.

Bremen. Am Dienstag dieser Woche fand bei der Firma Nordmende die Betriebsversammlung statt. Dies in einer Lage, in der die Stückzahlen an den Bändern drastisch erhöht worden sind bei gleichzeitiger Reduzierung der Belegschaft an den einzelnen Bändern um bis zu 34%. Der Lohn eines Bandarbeiters beträgt im Schnitt 1100 Mark, die Frauen verdienen noch weniger, zwischen 700 und 900 Mark. In der Entwicklung und in der Technologie wird das SMJ-System (Arbeitsplatzstudien) eingeführt zur Rationalisierung. Seit August wird täglich eine halbe Stunde länger gearbeitet, in einzelnen, von den Bändern unabhängigen Bereichen wurden zur Funkausstellung Überstunden gemacht. Dafür soll zwischen Weihnachten und Neujahr dann frei sein. Jetzt heißt es wieder, daß die Angestellten zur Fertigstellung der Bilanz zusätzlich zwischen Weihnachten und Neujahr arbeiten sollen.

Auf der Betriebsversammlung wurde die Forderung nach 220 Mark mehr erhoben und das SMJ-System angegriffen. Der Betriebsrat wurde aufgefordert, zur Frage des Lohns Stellung zu nehmen. Für diesen Beitrag erhielt der Arbeiter viel Beifall von der Versammlung. – (Betriebszelle Nordmende, Bremen-Unterweser)

Neumünster. Am 5.10. fand bei VAW-Neumünster eine Betriebsversammlung mit dem Gesamtbetriebsrat statt. Die Sozialdemokraten im Gesamtbetriebsrat erzählten, daß bis auf das Werk Grevenbroich alle mit Verlust arbeiten und daß man jetzt bis zur Aufsichtsratssitzung am 4.11. warten müsse, um zu sehen, was mit dem Werk Neumünster geschieht. Die Arbeiter hat das nicht interessiert. Wir haben bereits berichtet, daß das Werk Umsetzungen im großen Umfang durchführt, um Entlassungen vorzubereiten und überall die Arbeitshetze zu verschärfen. Wer nicht freiwillig in eine andere Abteilung geht, dem wird mit Entlassung gedroht. Auf der Betriebsversammlung haben die Arbeiter gesagt, daß sie das nicht hinnehmen wollen. Der Betriebsrat hat die Umbesetzungen bis jetzt noch nicht genehmigt und die Kollegen aufgefordert, auf ihrem alten Arbeitsplatz zu bleiben.

Die Umbesetzungen müssen vollständig zurückgeschlagen werden. Viele Debatten hat es im Betrieb um die Frage des Lohnes gegeben. 60 Pfennig mehr sofort finden die Kollegen richtig. Ebenso, daß man im nächsten Tarifkampf mindestens 220 DM für alle fordern muß. Die Geschäftsleitung hat höllische Angst davor, daß die Arbeiter jetzt zu Kampfmaßnahmen greifen. Sie versucht das mit allen Mitteln zu verhindern. Auf der Betriebsversammlung hat Abteilungsleiter Kion die Kollegen der Profilweiterverarbeitung zusammengerufen und eröffnet, daß es mehr Lohn geben soll. Einige Arbeitsplätze, wie z.B. an den Tresen, sollen höher eingestuft werden. Außerdem soll Akkord erst freiwillig eingeführt werden. Fein ausgedacht! Ein paar sollen mehr Lohn kriegen, um dann gegen die Front für 60 Pfennig mehr eingesetzt zu werden. Die Einführung des Akkords noch dazu. Weil der Lohn nicht reicht, soll man sich noch mehr abrackern, um ein paar Pfennig mehr zu kriegen. Darauf gibt es nur eine Antwort: weiterer Aufbau einer Streikfront für 60 Pfennig und Aufstellung der Forderung nach 220 DM mehr für alle für die nächste Tarifrunde und Beschlüsse, die das Verbot der Akkord-, Nacht- und Schichtarbeit beinhalten.

Westberlin. Im Siemens-Hausgerätewerk haben 16 Arbeiter die Forderung nach 60 Pfennig mehr pro Stunde aufgestellt und den Vertrauensleutekörper aufgefordert, zusammenzutreten und die nötigen Kampfschritte festzulegen.

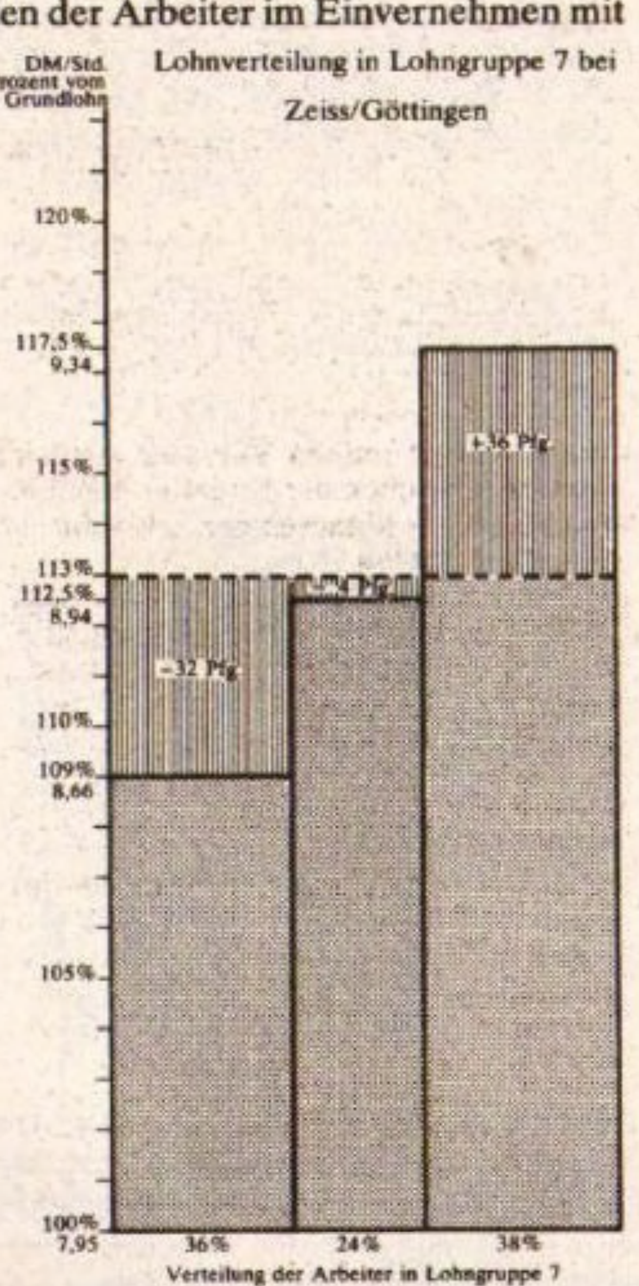
Im Lager bei SEL hat eine Abteilung geschlossen die Forderung nach 60 Pfennig mehr pro Stunde aufgestellt.

Die Bestandteile des Zeitlohns

Tariflohn, tarifliche Zulagen, außertarifliche Zulagen, – Instrumente der Spaltung und der Lohndrückerei in der Hand der Kapitalisten, gefördert durch die Tarifpolitik der Sozialdemokraten

„Tariflöhne sind Mindestlöhne. Den Zeitlohnarbeitern wird eine Leistungszulage gewährt, die im Gruppendurchschnitt des Betriebes mindestens 13 Prozent beträgt. Sie wird im Einverständnis mit dem Betriebsrat festgelegt." (Lohntarifvertrag für die niedersächsische Metallindustrie ausschließlich nordwestliches Niedersachsen und Osnabrück)

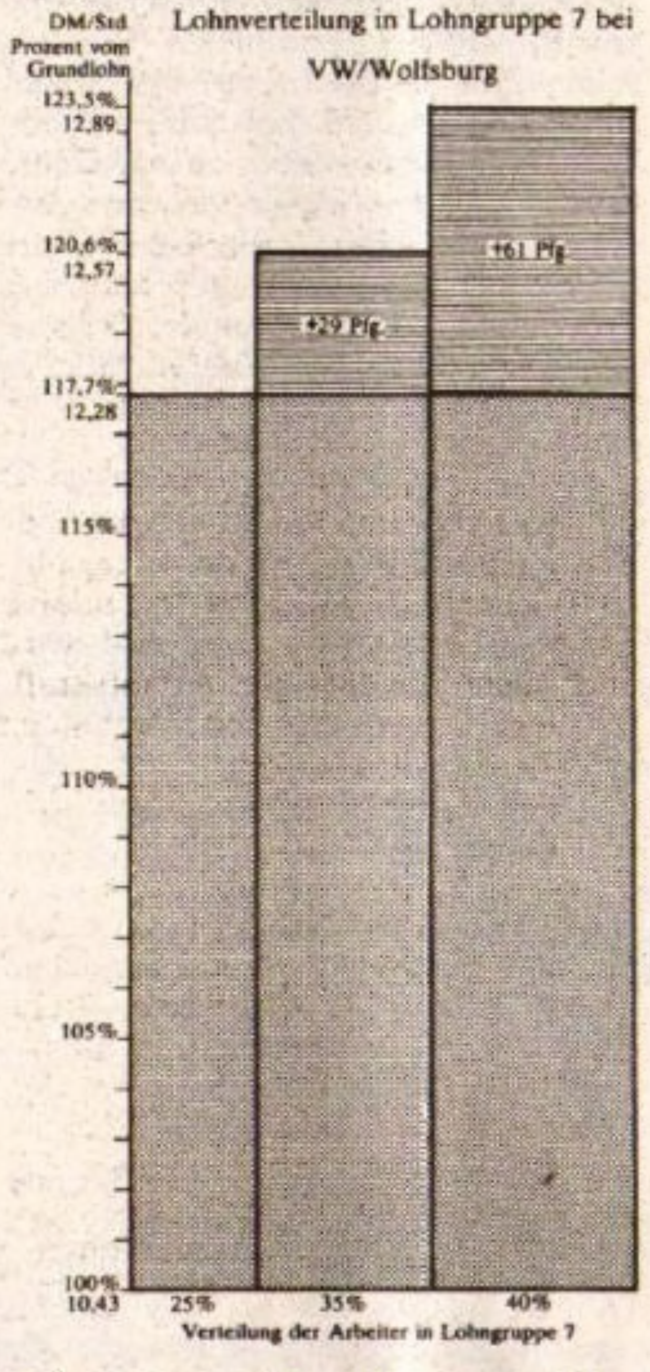
Betriebsratsvorsitzender Fahlbusch der Carl Zeiss-Belegschaft Göttingen hat am 31.8.77 eine Regelung für die Zeitlohnarbeiter unterschrieben, nach der die Meister und Leiter vier Noten auf die Leistung und das Wohlverhalten der Arbeiter im Einvernehmen mit



dem Betriebsrat verteilen sollen: Note vier 100% des Grundlohns – Eckgrundlohn ist derzeit Tarif 7,95 DM –, Note drei 109%, Note zwei 112,5% und Note eins 117,5%. Der fiktive Tariflohn von 13 Prozent auf den Grundlohn existiert nicht. Was existiert und tariflich von der Sozialdemokratie in der Gewerkschaftsführung festgemacht ist: 13 Prozent Durchschnitt auf die bestimmte Lohngruppe. Will ein Arbeiter innerhalb einer Lohngruppe eine höhere Prozentzahl erreichen, geht das nur, wenn die anderen dafür entsprechend weniger kriegen, sonst werden die 13 Prozent Durchschnitt überschritten, das ist gegen den Tarifvertrag. Wird ein Arbeiter – von dem fiktiven Durchschnittslohn 13 Prozent ausgehend – in die Note eins genommen, ist gleich 117,5% ist gleich 36 Pfennig über dem Durchschnitt am Beispiel der Ecklohngruppe 7, so müssen dafür mindestens neun Arbeiter nach 112,5% bezahlt werden, das sind 4 Pfennig unter dem Durchschnitt, oder: Ein Arbeiter muß auf 109% festgesetzt werden, das sind 31 Pfennig weniger als der Durchschnitt plus ein weiterer Arbeiter in 112,5% (siehe Schaubild).

Die Durchschnittsregelung bedeutet innerhalb der Lohngruppe mit einem Durchschnitt als tariflichem Fixum, daß die Arbeiter nur höheren Lohn innerhalb ihrer Lohngruppe erreichen können, wenn dafür einer Reihe Klassenbrüdern der Lohn gedrückt wird. Das machen die Arbeiter natürlich nicht, das macht der Kapitalist im „Einvernehmen" mit dem Betriebsrat.

Tariflöhne sind Mindestlöhne – das kann man sagen, sie sind schon so mindest, daß eine Arbeiterfamilie schon



seit langem nicht mehr davon leben kann, jetzt reicht es kaum noch für den einzelnen Arbeiter. Die Kapitalisten haben den Tariflohn derart gedrückt, und mit Hilfe der Sozialdemokratie in der Gewerkschaftsführung suchen sie die Spaltung der Arbeiterbewegung für ausreichenden Tariflohn über betriebliche Treuezulagen – bei Zeiss z.B. zwei Pfennig pro Jahr auf den Stundenlohn – und Prozente zu organisieren. Das machen sie gemischt über Tarifverträge und Betriebsvereinbarungen.

Genau in diesem Sinne ist 1972 das Betriebsverfassungsgesetz geregelt worden: „Neu" ist da: „Arbeitsentgelt und sonstige Arbeitsbedingungen, die durch Tarifvertrag geregelt sind oder üblicherweise geregelt werden, können nicht Gegenstand einer Betriebsvereinbarung sein. *Dies gilt nicht,* wenn ein Tarifvertrag den Abschluß ergänzender Betriebsvereinbarungen ausdrücklich zuläßt." Und zur Stärkung der Durchsetzung des so beträchtlich erweiterten Feldes für Betriebsvereinbarungen: „Betriebsvereinbarungen gelten unmittelbar und zwingend."

Gegen die „Lohntarifkämpfe der Zeiss-Belegschaft haben die Zeiss-Kapitalisten und die IG Metall eine weitere Vereinbarung getroffen: „Wird über Tarifvereinbarungen für das Tarifgebiet Niedersachsen verhandelt, so warten die Firma Carl Zeiss, Werk Winkel, und die IG Metall den Abschluß der Verhandlungen ab. Bei Abschluß eines Tarifvertrages wird die Firma Carl Zeiss, Werk Winkel, diesen Vertrag als auch für sich bindend behandeln." Die Belegschaft wartet meistens nicht. Mit Hilfe der Sozialdemokraten versuchen die Kapitalisten damit vor allem das gemeinsame Vorgehen der Arbeiter mehrerer Betriebe, ganzer Branchen, ja der gesamten Arbeiterklasse zu verhindern. Denn die Arbeiter eines Tarifgebietes, einer Branche, die gesamte Arbeiterklasse, können sich aufgrund ihrer gleichen Interessen gegen ihre Ausbeuter leicht einig werden.

Das zeigt sich zum Beispiel schon an den Unterschieden in der Zeitlohnregelung, wo große Belegschaften zusammengefaßt sind wie VW, wo derzeit knapp 100000 Arbeiter in der Produktion und damit objektiv klassenmäßig organisiert sind. 100000 gegen ein Kapital ist schon nochmal was anderes als 1100, wie es bei Zeiss die Belegschaftsgröße in Göttingen ist. Dort gibt es die 13 Prozent-Zeitlohnregelung wie bei Zeiss nicht, sondern die VW-Arbeiter haben sich einen Tariflohn gesichert, wo praktisch jeder Zeitlöhner fest die 13 Prozent als Grundlohn hat. „Zeitlohnarbeit wird mit einem festen Stundenlohn bezahlt" (Lohntarif für die Volkswagenwerk AG), dieser Satz liegt bei 117,5% des Grundlohns. Die Hilfstätigkeit der Sozialdemokraten für die Kapitalisten hat auch hier Spaltungen eingebaut. In den verschiedenen Lohngruppen dürfen laut Tarifvertrag lediglich maximal 60 Prozent der Arbeiter in der Lohngruppe 5 in die Stufen F und H eingestuft werden, in den Lohngruppen 7, 8 und 9 maximal 75 Prozent der Arbeiter der jeweiligen Lohngruppe (siehe Schaubild).

Auch hier haben die Sozialdemokraten einer Nasenklausel zugestimmt, nach der die Unterdrückung, Schikane zum Zwecke der Auspressung von mehr Mehrarbeit mit Hilfe des Betriebsrats organisiert werden kann; Protokollnotiz zum Lohnrahmentarif: „Der Personenkreis zu 3, 4, 5 und 6 (verschiedene Regelungen für die einzelnen Zeitlohngruppen) wird von den Meistern und Abteilungsleitern bzw. Hallenleitern im Einvernehmen mit der Lohnkommission (des Betriebsrates) (...) *individuell* bestimmt."

„Individuell" vermögen die einzelnen Arbeiter aber nichts gegen die Macht des Kapitals, sondern lediglich ihr klassenmäßiger Zusammenschluß bringt sie im Kampf um ausreichenden Tariflohn voran, der die Grundlage aller Kämpfe der Arbeiterklasse ist bis zum Sturz der Bourgeoisie durch den bewaffneten Aufstand der politisch geeinten Arbeiterklasse. – (N-Red.)

Arbeiter beseitigen die Spaltung im Lohnkampf

Auf den Betriebsversammlungen in den VW-Werken haben die Sozialdemokraten herausgelassen, daß sie bereits Verhandlungen um mehr Lohn mit den VW-Kapitalisten führten, allerdings über eine Erhöhung des Weihnachtsgeldes. Schmücker hatte auch gleich seine „Verständigungsbereitschaft" bekundet. Die Untersuchung der Weihnachtsgeldauszahlung zeigt, wieso. Nach § 10 des VW-Manteltarifvertrages wird die Höhe des Weihnachtsgeldes mit folgender Formel berechnet:

Alle Werksangehörigen, die am 30. November beschäftigt sind, erhalten eine Weihnachtsgratifikation. Sie wird nach dem Familienstand, der Werkszugehörigkeit und dem Prozentsatz der Bemessungsgrundlage wie folgt gewährt:

Gruppe I: Ledige, Geschiedene, Verwitwete – bis 50 Jahre ohne Kinder

Gruppe II: Verheiratete ohne Kinder; Ledige, Geschiedene, Verwitwete – über 50 Jahre ohne Kinder

Gruppe III: Verheiratete, Ledige, Geschiedene, Verwitwete – mit Kindern

Gruppe IV: Jungarbeiter, Auszubildende und Jungboten

Gruppe	Im Laufe des Jahres eingetretene Werksangehörige	Werkszugehörigkeit am 30. November bis 10 Jahre	über 10 Jahre
I	40 %	71 %	77 %
II	48 %	85 %	100 %
III	53 %	100 %	116 %
IV	40 %	53 %	—

Bemessungsgrundlage (100 %) ist das 48fache des Durchschnittsstundenverdienstes (ohne Zuschläge) der Lohnempfänger aller VW-Werke im Oktober des Jahres, in dem das Weihnachtsgeld gezahlt wird.

b.w.

Neun verschiedene Auszahlungshöhen ergeben sich danach. Das Ergebnis dieser Weihnachtsgeldauszahlung, die Spaltung nämlich, wurde bei der Untersuchung eines Bandabschnittes eines Golf-Endmontage-Bandes durch die Arbeiter dieses Bandabschnittes handgreiflich:

Golfendmontage Band 5
Abschnitt 2 Schicht 1

Arbeiter	DM Grundbetrag	Festbetrag 280 DM	Betriebszugehörigkeit	Summe
Gruppe I				
11	230,40	nein	Neueinst.	23,40
16	406,96	ja	unter 10 J.	688,96
2	443,52	ja	über 10 J.	733,52
Gruppe II				
4	276,48	nein	Neueinst.	276,48
6	489,60	ja	unter 10 J.	769,60
1	576,00	ja	über 10 J.	856,00
Gruppe III				
1	305,28	nein	Neueinst.	305,28
10	576,00	ja	unter 10 J.	856,00
10	668,16	ja	über 10 J.	948,16

Schon bei der Durchführung dieser Untersuchung gab es Streit: Ist es gerecht, daß ein Arbeiter, der erst eineinhalb Jahre bei VW arbeitet, 50 DM mehr bekommt als eine Arbeiterin, die schon elf Jahre die Knochen hingehalten hat? Ein Arbeiter fand, daß noch eine weitere Unterteilung über 20 Jahre Werkszugehörigkeit sein müßte. Die Arbeiter in diesem Bandabschnitt wurden sich allerdings schnell darüber einig, daß Schnücker genau so einen Streit unter den Arbeitern braucht, um den Lohnstandard weiter drücken zu können und deshalb auch mit dem Weihnachtsgeld lockt. Die Forderung 600 DM für alle gleich auf den Tarif wurde bekräftigt. Daß dieser Weg gangbar ist, zeigt auch die Erfahrung: 1973 wurde eine Teuerungszulage von 280 DM erkämpft, die im Weihnachtsgeld als Festbetrag abgesichert wurde. Allerdings haben die Kapitalisten auch hier eine Spaltungslinie eingebaut: Neueingestellte Arbeiter kriegen die 280 DM überhaupt nicht, Lehrlinge und Jungarbeiter bloß die Hälfte. Diese Spaltungslinie kann dieses Jahr gleich mit beseitigt werden. Ein großer Unterschied besteht allerdings zu 1973. Heute ist das ganze Lebensniveau der Arbeiter bereits so gedrückt, daß sie nur die Wahl zwischen absolutem Elend und Kampf haben. Für die Arbeiter heißt das, jetzt den Kampf um die 600 DM mit tariflicher Absicherung aufnehmen und sich im Tarifkampf mit den Arbeitern der ganzen Branche und der ganzen Klasse für 220 DM für alle gleich zusammenzuschließen, um die Kapitalisten zu schlagen. – (Betriebszelle VW-Wolfsburg)

IGM kündigt das Rationalisierungsschutzabkommen

Der sozialdemokratische IGM-Vorstand hat seit 1968 zum ersten Mal das Rationalisierungsschutzabkommen für die 4 Millionen Beschäftigten der Metallindustrie gekündigt. Die Kündigung ist Ergebnis der Klausurtagung des Hauptvorstands, auf dem der anstehende Lohntarifkampf beraten worden ist.

Die „Frankfurter Allgemeine Zeitung" (FAZ), Sprachrohr der Finanzbourgeoisie, hat dazu folgende Auffassung: „Ein konkretes Konzept für die Verhandlungen mit den Arbeitgebern ist dem Vernehmen nach noch nicht fertig. Die Verhandlungen sollen allem Anschein nach auch nicht unmittelbar aufgenommen werden. Wie zu hören ist, könnte die Gewerkschaft versuchen, das Thema Rationalisierungsschutz mit der Lohnrunde 1978 zu verbinden."

Eine gut mögliche Variante der Spitzensozialdemokraten des IGM-Hauptvorstands, die um so denkbarer ist, als sie das bisher einzige Ergebnis der Klausurtagung ist, die sich mit den kommenden Lohntarifkämpfen beschäftigt hatte. Dabei ist es so, daß der Kampf gegen die kapitalistische Rationalisierung nicht dem Kampf um den Lohn entgegensteht, es kann sich im Gegenteil gut stützen und den Kampf um den Lohn befördern, wenn Forderungen erhoben werden, die dem frühzeitigen Verschleiß der Arbeitskraft entgegentreten und der gesamten Klasse nutzen.

Ist das mit dem Rationalisierungsschutzabkommen möglich? Das Abkommen geht von folgendem Grundsatz aus: Die Rationalisierung schafft notwendige Voraussetzungen für das wirtschaftliche Wachstum und soll dazu beitragen, den Lebensstandard zu sichern und zu verbessern. Allerdings, so meinen die Sozialdemokraten, können dabei auch Nachteile für den Arbeiter entstehen, diese soll das Abkommen nach Möglichkeit vermeiden oder vermindern. Betreffen tut es die Umsetzungen, die Ergebnis kapitalistischer Rationalisierung sind, bei denen nach Möglichkeit gleichwertige Ersatzarbeitsplätze angeboten werden sollen, oder die Zahlung von Abfindungen für Arbeiter, die 40 sind und länger als 10 Jahre im Betrieb arbeiten.

Kurz gesagt, für die gesamte Arbeiterklasse nutzt dieses Abkommen nichts. Die Kapitalisten haben bei Strafe ihres Untergangs gar nicht die Alternative, zu rationalisieren oder es sein zu lassen. Ohne Rationalisierungen großen Umfangs und die massenhafte Freisetzung der Arbeiter würden die derzeitigen Profite für die Kapitalisten der Automobilbranche nicht anfallen. Genutzt hat den VW-Arbeitern dieses Abkommen nichts. Es wird der ganzen Arbeiterklasse nicht nutzen, wenn Erweiterungen in dieser oder jener Frage im Rationalisierungsschutzabkommen, wie zum Beispiel Ausweitung der Lohngarantie bei Umschulungen von 6 auf 8 Monate, wenn dies gegen den Lohnkampf ausgespielt wird, das aber scheint die Absicht zu sein, warum sonst das jetzige Herausheben der Kündigung des Rationalisierungsschutzabkommens und gleichzeitiges Stillschweigen bei den Lohnforderungen.

Das Abkommen der Sozialdemokratie räumt diese Möglichkeit ein, für weniger Lohn mehr zu arbeiten und einen Teil der Arbeiterklasse auf der Straße liegen zu haben. Es soll nach „Möglichkeit" verhindert werden. Die Bedingungen aber sind durch die Produktion auf Aussicht nach Profit gegeben, und die beruht auf immer stärkerer Schweißauspressung der Arbeiter.

Die Interessen der beiden Klassen, Arbeiter und Kapitalisten, sind unvereinbar. Wie wenig die Sozialdemokratie daran denkt, Forderungen aufzustellen, die der gesamten Klasse nutzen im Kampf gegen die kapitalistische Rationalisierung, sieht man daran, daß die vom IGM-Gewerkschaftstag aufgestellte Forderung nach 35-Stunden-Woche nach Beendigung des Kongresses von den sozialdemokratischen Gewerkschaftsführern bereits wieder unter den Tisch gekehrt wird. – (Z-Red.)

Betriebsratswahl Bremer Vulkan

Am 5.10. wurden die vorgezogenen Betriebsratswahlen durchgeführt. Danach besteht der Betriebsrat jetzt aus acht Vertretern der Richtung um den bisherigen Vorsitzenden Bettelhäuser, während die Mehrheit von den SPD-Vertretern gestellt wird. Kein kommunistischer Kandidat wurde in den neuen Betriebsrat gewählt. Bettelhäuser erhielt mit 1826 Stimmen von 2991 gültigen die meisten; bei der Liste der Arbeiter benötigte der letztgewählte noch 635 Stimmen, um gewählt zu werden. Die sieben Kandidaten, die die Betriebszelle des KBW propagiert hatte, erreichten zwischen 287 und 136 Stimmen.

Programmvorschau, Sonntag 16.10., 21.15 Uhr ZDF

Dokumente deutschen Daseins: „Zwei Schwerter in einer Hand!" – Der Aufstieg des Preußentums

(Mit den beiden Disputanten Professor Hellmut Diwald und Sebastian Haffner sowie der Gesangsgruppe „Ougenweide")

„Er saß zehn Stunden hintereinander auf dem Pferd und sagte: ‚Es ist nicht nötig, daß ich lebe, sondern daß ich tätig bin.' Da war der Preußenkönig Friedrich II. schon ein alter todgeweihter Mann. Heute sind Preußens Tugenden wieder im Gespräch. Berlins Bürgermeister und seine SPD streiten sogar über eine Ausstellung im Reichstag, die an den Staat und seine Ideen erinnern soll." (Welt am Sonntag, 7.8.77) Die Fernsehsendung ist also Teil weitgespannter Bemühungen der deutschen imperialistischen Bourgeoisie. Wie seinerzeit Preußen, gilt ihr auch die BRD nur als Basis für einen neuen „Aufstieg". Man muß sich nicht wundern, daß es die regierende Sozialdemokratie ist, die heute „Preußens Tugenden", diese Schindmähre der Geschichte, wieder aus dem Stall holt und ihr das Fell bürstet. Von „Preußens Tugenden" geprägt ist auf jeden Fall z.B. Ehrenbergs Gesundheitskostendämpfungsprogramm. Wozu braucht ein alter Arbeiter noch teure Medizin, wenn dies dem Wohl des Staates widerspricht? Das ist die „Idee" Preußens. „Es ist nicht nötig, daß ich lebe, sondern daß ich tätig bin" – ein ausgezeichneter Leitspruch für die Arbeiter, die heute die Konkurrenzschlachten der herrschenden Klasse schlagen sollen. Zehn Stunden „im Sattel" sind das mindeste, was man da erwarten muß.

Preußen verstand es damals, mit solcher „Tugend" ausgerüstet, aus den Massen seiner verknechteten Bauern, Landarbeiter, Handwerker und Manufakturarbeiter den Unterhalt einer alles erfassenden Staatsmaschine und vor allem einer der größten Armeen der Welt herauszupressen. So wurde Preußen als kleiner Staat zu einer Großmacht.

Natürlich kann man als Sozialdemokrat heute das nicht so offen heraus sagen. So wird in der Sendung wohl ein Schuß Freiheitlich-Demokratisches als Soße darübergegossen und das ganze mit kritischen Fragen garniert.

„Friedrich II. überrascht gleich zu Beginn seiner Amtszeit. Überraschend führt er die religiöse Toleranz ein, hebt Presse-
er die religiöse Toleranz ein, hebt Presse-
zensur und Folter auf. Ebenso überraschend der plötzliche Einmarsch in Schlesien. ‚Kalt geplante Aggression', sagt Diwald. Führt ein direkter Weg von Friedrich II. zu Hitler? Oder war Friedrich II., wie Haffner sagt, ein ‚Held der Deutschen'?" So der Ankündigungstext der „Hör zu". Man ahnt, wie der Hase laufen soll. „Stern"-Kolumnist Haffner wird uns den alten Fritz als einen verkappten Sozialliberalen „wiederentdecken". War nicht eines seiner geflügelten Worte, daß „in Preußen jeder nach seiner Fasson selig werden" kann? War er nicht ein großer Liebhaber der französischen „Aufklärung"? Und dazu noch ein „Reformer", der die Kartoffeln z.B. als Volksnahrungsmittel in großem Maßstab einführte? Doch, da ist wirklich vieles, was unsere heutigen sozialchauvinistischen Politiker von dem alten Fritz lernen können. Äußerste Reaktion mit liberalen Fortschrittsphrasen tarnen – genau, was heute gebraucht wird!

Schon als Kronprinz hatte Friedrich aus einer Denkschrift des Präsidenten der Oberrechenkammer erfahren, daß nach Abzug des Mehrwerts für den kapitalistischen Grundbesitzer und Abzug aller Steuern für den Staat rechnerisch unklar sei, wovon die leibeigenen Fronbauern (als Menschenreserve des Staates) eigentlich lebten. Mit der Einführung der Kartoffel, die an die Stelle des teuren Brots aus Getreide trat, war es möglich, daß sich die Land- und Manufakturarbeiter mit einem winzigen Flecken Kartoffelacker, den sie am Freitagabend selbst bebauten, das ganze Jahr ernähren konnten. Sie mußten ja nicht fett werden wie eine Sau dabei! So konnte ihr reales Einkommen fast auf Null gesenkt werden. Das war eine entscheidende Grundlage für Preußen-Deutschlands kommende „Größe".

Die andere Grundlage war die erstmalige rücksichtslose Anwendung der Militärmaschine, die den Friedrich erst so richtig zu „dem Großen" für die imperialistische Geschichtsschreibung macht. Als sich die beiden Großmächte England und Frankreich um den Weltmarkt und die Kolonien prügelten, ergriff Friedrich, kaum König geworden, die Gelegenheit, um Schlesien durch „Blitzkrieg" an sich zu bringen. Im 7-jährigen Krieg verteidigte er die Beute um die Gefahr der völligen Vernichtung Preußens gegen eine feindliche Übermacht.

Das Land wurde völlig verarmt, Schlesien selbst eine rauchende Wüste – aber preußisch! Hier gibt's Probleme: Friedrich hatte allzu unvorsichtig die Allianzen gewechselt, zu sehr auf eigene Faust gearbeitet. Hier liegt der „kritische" Vergleich mit Hitler, dem die imperialistische Bourgeoisie ja nur vorwirft, daß er den Krieg *verloren* hat. Nur im richtigen Bündnis will sich der westdeutsche Imperialismus noch einmal an neue Kriegsabenteuer heranwagen. „Preußische Tugenden" (sprich: Militärzuchthaus) nach innen und eigenständige Kriegsrüstung, aber die richtige imperialistische Allianz nach außen – das wäre den Bourgeois eine „Ougenweide". – (Z-Red.)

Eltern, Schüler und Klassenlehrerin gegen reaktionäre Unterrichtsinhalte

Hameln. Seit Beginn des Schuljahres führen die Schüler der Klasse 7 des III. Gymnasiums in Hameln einen Kampf gegen das, was sie in den Schulbüchern lernen sollen, und gegen die Ordnungsmaßnahmen, mit denen diese Inhalte in sie reingepreßt werden.

Sie griffen gemeinsam mit der Klassen- und Deutschlehrerin die Erzählung im Lesebuch über den Faschismus an, weil die nichts sagt von der immensen Ausbeutung und der Zwangsarbeit der Arbeiterklasse. Weil sie nichts sagt vom Krieg und der Grundlage dieser Verhältnisse, dem Privateigentum, und so verhindert, daß die Schüler Stellung nehmen gegen die Verhältnisse, um einem neuen Krieg zuvorzukommen.

Die Klasse wandte sich in einem Leserbrief an alle Zeitungen gegen das Kernenergieprogramm der Bundesregierung. Beschlossen wurde außerdem, daß die ganze Klasse bekämpft, daß einzelne Schüler rausgeworfen werden, weil sie sich gegen den Unterrichtsinhalt zur Wehr gesetzt haben.

Anhand des Erscheinens des Leserbriefes in der KVZ diskutierten die Schüler über die KVZ und mehrere Schüler der Schule kauften eine KVZ.

Disziplinierungsversuche der Schulleitung gegen die Lehrerin wegen des Leserbriefes wurden mit Unterstützung der Eltern und des Personalrates abgewehrt.

Am Donnerstag, den 30.9.77 hatte die Klasse 7 den zweiten Elternabend seit Beginn des Schuljahres. Gekommen waren 50 Eltern, d.h. fast immer beide Elternteile. Schon auf dem letzten Elternabend war es zu Auseinandersetzungen zwischen der Klassenlehrerin und dem Großteil der Eltern mit dem Mitglied des CDU-Stadtrates Oberlandwirtschaftsdirektor sowie Leiter der Landwirtschaftsschule in Hameln Dr. Alpers gekommen.

Die Klassenlehrerin und der Großteil der Eltern hatten angegriffen, was die Schüler im Deutschunterricht der Klasse 7 über den Faschismus lernen sollen: „Ich habe die Erzählung im Lesebuch über den Faschismus sehr gut im Kopf, da steht nichts drin über die wirklichen Verhältnisse im Faschismus", sagte eine Mutter. „Meine Aufgabe sollte darin bestehen, daß die Schüler lernen, daß es so Sitte war, daß die Zigeuner und alle Teile des Volkes im Faschismus nicht zu essen hatten, sich von Igeln und teilweise von Diebstahl ernährten und sich im Krieg dahinmorden ließen", sagte die Deutsch- und Klassenlehrerin. „Jenö war anders als sein Freund, belege das!" stand als Aufgabe unter der Erzählung, und in ihr heißt es: „Als Jenö weg war, fehlte das Barometer über Vaters Schreibtisch ... Sie haben andere Sitten, es hat ihm eben gefallen."

Der Großteil der Eltern unterstützte es, daß die Lehrerin mit den Schülern die Erzählung angegriffen und die Grundlage des Faschismus, die Ausbeutung der Arbeiterklasse auf Grundlage des Privateigentums aufgedeckt hat. Dr. Alpers von der CDU drohte mit einer Meldung beim Regierungspräsidenten: „Ich werde mit allen Mitteln verhindern, daß die Schüler mehr über den Faschismus erfahren, als das, was im Lesebuch steht." „Ob die Lehrerin hier unterrichtet, das ist doch wohl unsere Sache und nicht die des Regierungspräsidenten!" meinte eine Mutter. „Wenn diese Lehrerin nicht Klassenlehrerin bleibt, nehme ich mein Kind von der Schule", sagte eine andere. So wurde beschlossen, daß sich Eltern, Schüler und die Lehrerin gemeinsam den Film „Hitler – eine Karriere" angucken. Die Schulleitung hat das verboten. Dann versuchte es Dr. Alpers mit einem anderen Manöver:

„Sie diskutieren mit den Schülern über Zensuren, Disziplin und Zusammenschluß der Schüler, das ist ein Verstoß gegen den Lehrplan. Über Disziplin wird nicht diskutiert, Disziplin muß herrschen, und im Unterricht muß Grammatik und Lyrik gemacht werden. Sie treten gegen schlechte Zensuren auf, ich sage, schlechte Zensuren nützen den Schülern." Er verlangte, daß ihm das Klassenbuch gebracht werde, damit er die Eintragungen der Klassenlehrerin kontrollieren könne. Die Lehrerin lehnte ab: Die anderen Eltern könnten ihren Unterricht kontrollieren, aber nicht er! Und auch die meisten Eltern waren gegen die Kontrolle durch den CDU-Stadtrat.

An der ganzen Schule hat eine Auseinandersetzung stattgefunden darüber, welche Interessen an der Schule herrschen sollen, mit dem Ergebnis, daß Schüler der Schule mit nach Bonn fahren, um gegen die Einbringung des Verbotsantrages gegen KBW, KPD und KPD/ML vorzugehen. – (Stadtzelle Hameln)



Bremen. Ca. 2000 Schüler demonstrierten am Donnerstag zum Parlament und zu Senator Thape. Die von der Gesamtschülervertretung organisierte Demonstration richtete sich gegen die Verschiebung des Abiturtermins auf Ende Juni 78 (sonst jeweils Anfang März). Mit der Verschiebung des Abiturs geht die Schulbehörde dahin, für die Abschlußklassen ein zweites Halbjahr einzuführen. Der Bewegung ist klar, daß der Kampf gegen die Verschiebung des Abiturs nicht ausreicht. Man muß ihn einreihen in den Kampf gegen die Verschärfung der Auslese und Unterdrückung an den Schulen insgesamt. An der Schule „Holter Feld" haben Basisgruppe und Schülerverwaltung eine Plattform mit der Forderung „Weg mit der NGO" und Einheitsschule entwickelt. – (KJB Bremen)

Kaum zu bekommen, zu unmöglichen Zeiten, teuer obendrein – Ein Kindergartenplatz

Westberlin. Wenn man im Westberliner Bezirk Kreuzberg einen Kinderkrippen- oder Kindergartenplatz bekommen muß, braucht man viel Zeit und Nerven. Alleine das Bekommen eines Platzes ist mit einem enormen Zeitaufwand verbunden. Man muß zum Bezirksamt und als erstes eine Lohnbescheinigung vorlegen. Das ist wichtig, weil sie einem da zwar keinen Platz zuweisen, aber das zu zahlende Geld berechnen. Dann bekommt man eine Liste mit den 30 Kindergärten in Kreuzberg, und man muß anfangen zu suchen. Telefonische Auskünfte gibt es nicht, die Suche dauert darüber ihre Zeit. Bei uns zu Hause war die Sache mit dem Kindergarten notwendig. Als Schlosser verdiene ich 10,69 DM die Stunde, was ca. 1300 DM netto sind. Damit war die Diskussion bei uns zu Ende, bevor sie anfing. Mit diesem Lohn wäre die Versorgung einer Familie nicht zu gewährleisten. Die Lebenshaltung bei uns wäre auf den denkbar niedrigsten Stand abgesunken. So war klar, daß meine Frau als Erzieherin weiterarbeiten mußte.

Mit dieser Feststellung hatten wir bloß noch nicht die Probleme geregelt. Denn wenn beide arbeiten, muß die Unterbringung des Kindes erst einmal organisiert werden. Ich selber habe einen täglichen Fahrweg zur Arbeit und zurück von 42 Kilometern. Anfangs hatten wir noch kein Auto, und wir organisierten die Hinbringung und Abholung unseres Sohnes vom Kindergarten nach Minuten. Der Kindergarten machte um 6 Uhr auf. Ohne Auto konnte ich den Kleinen nie zum Kindergarten bringen, weil meine Fahrtzeit ca. 70 Minuten dauerte, und ich um 7 Uhr anfing. Meine Frau mußte das machen. Das Abholen erledigte ich, ungewaschen nach der Arbeit tauchte ich zehn Minuten vor fünf im Kindergarten auf. Um fünf war Schluß im Kindergarten. Durch diese Tatsache hatte ich, bevor ich nach Hause kam, mir bereits einen Elfeinhalbstundentag eingehandelt. Wir mußten also ein Auto anschaffen. Das kostet Geld und ändert nicht viel. Denn nun mußte ich das Auto morgens nehmen, um meine Fahrtzeit zu verkürzen und den Jungen früher abzuholen. So mußte meine Frau den Jungen weiter früh hinbringen, ich ihn abholen und sparte so ca. eine Stunde am Tag. Was schon viel ist.

Damit das Ganze noch abgerundet wird, muß ich in die Bezirkskasse noch 190 DM einzahlen und die Windeln selber in den Kindergarten bringen. Als der Junge Sondernahrung brauchte, wurde das nicht vom Kindergarten gestellt, weil die nur eine Nahrung austeilen. Die Nahrungsmittelfirmen kommen der Reihe nach ran. Also Milupa, Alete usw. und wieder von vorn. Wenn man nun Pech hat, ist zum Anfang Milupa gefüttert worden, dann muß man eben Glück haben, daß das im Kindergarten auch so geht oder die Marke selber mitbringen.

Es ist klar, daß wir das Kind nicht gerne in die Krippe gegeben haben. Doch wir mußten. Der Arbeitskreis Neue Erziehung gibt regelmäßig an alle Eltern einen Rundbrief heraus, der als Erziehungsbeihilfe gedacht ist. Bezahlen tun es der Senat und die Bundesregierung. Die ersten Briefe haben bereits empfohlen, sich immer an eine Sozialarbeiterin zu wenden, weil die wüßte, wo man billig Babynahrung herbekommen kann. Auf der anderen Seite raten diese Briefe davon ab, die Kinder schon so früh abzugeben in die Kinderkrippe. Der Hinweis, daß Schichtarbeit besser sei als Kinderkrippe, fehlte nicht. Und wenn schon in der Kinderkrippe, dann nur in enger Zusammenarbeit mit den Behörden. Als wenn die nicht schon von alleine laufend ihre Kontrollen machen.

Diese Anstalten sind Aufbewahrungsknäste für Kleinkinder. Die Erzieher werden unterdrückt durch den bürgerlichen Staat über ständige Rationalisierungen. Wenn eine Kindergruppe von acht Babys 1,46 Planstellen hat, wobei alles schon dabei ist wie Krankheit, Urlaub, weitere Bildungsmaßnahmen für die Erzieher, reicht die Zeit nicht. Weil die Kapitalisten wohl wissen, daß die Erzieher nicht freiwillig diese Abrichtung der Kinder mitmachen, werden ständig zentrale Kontrollen durchgeführt. In Westberlin muß mindestens alle zwei Jahre ein Bericht über jeden Erzieher angefertigt werden. Durch „didaktische Einheiten" wird der Tag genau geregelt und kontrolliert. Darüber wird die Unterdrückung der Fähigkeiten der Kinder organisiert.

Die Räumlichkeiten selber sind oft genug ein Skandal. Im Haus der Familie in Kreuzberg, was das neueste und modernste ist, haben sie überhaupt keinen Rasen für Hunderte von Kindern eingeplant. Die Räume sind mit kleinen Fenstern ausgestattet. Es ist nicht selten, daß Kindergruppen die großen Räume schichtweise belegen müssen, weil sonst Kindergruppen nicht zusammen spielen können. Wenn dann tatsächlich mal ein Kind etwas langsamer ist, wie unseres, das jetzt mit elf Monaten erst anfängt zu krabbeln, kommt man in die Mühlen der staatlichen Aufsicht. Über Reihenuntersuchungen wird das als schwerer Mangel festgestellt. Das Kind muß orthopädisch turnen. Das geschieht einmal die Woche für ein paar Minuten. Die Kinder heulen alle nur rum, weil es keinen Spaß macht, dazu ist keine Zeit. Es ist nur zu klar, daß man das dem Kind nicht zumuten will. Wir gehen da nicht mehr hin.

Es wird nicht lange dauern, und eine Beamtin aus dem Sozialamt wird auftauchen und mal nachfragen, ob wir das Kind vernachlässigen. Sie wird wieder rausgebeten wie bei dem ersten Kontrollbesuch, „nur so zur Information". – (Bezirk Westberlin)

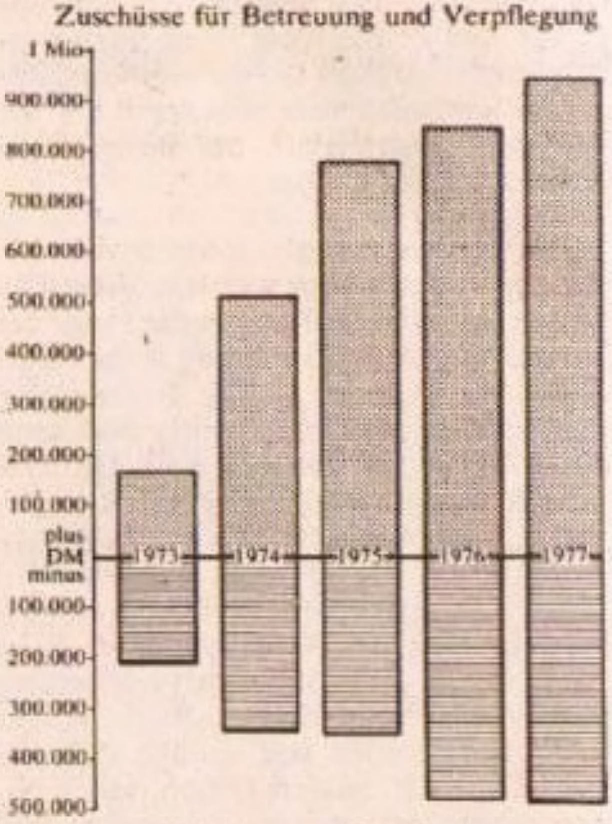
Ausgaben für freie Träger und staatliche Kindertagesstätten (ohne Lohn- und Gehaltskosten)

log Maßstab DM

15 Mio, 12 Mio, 10 Mio, 5 Mio, 2 Mio, 1 Mio, 500.000, 200.000, 100.000, 10

1973 1974 1975 1976 1977

Quelle: Haushaltspläne der Landeshauptstadt Hannover 1975-1977



Die traditionellen Träger von Kindertagesstätten: Kirchen und Arbeiterwohlfahrt bekommen Millionen von Steuergeldern vom Staat in den Rachen gestopft. So erhalten sie die Möglichkeit, mit ihrem reaktionären Gedankengut die Kinder des Volkes zu indoktrinieren. Die in dem Schaubild angegebenen Ausgaben (gestrichelt) umfassen die Betriebskosten, Instandsetzung usw. Extra erhalten die freien Träger für eigene Kindertagesstätten 65 DM je Kind, für die Verwaltung der städtischen Kindertagesstätten 61% der Personalkosten und 36 DM für jedes Kind.

Über die Zuschüsse an diese „freien Träger" bindet der bürgerliche Staat sie auf das Grundgesetz und erhält umfassende Befugnisse zur Kontrolle der Einrichtungen, der Erziehungsinhalte und über die Beschäftigten.

1977 gibt es in Hannover 13 städtische Kindertagesstätten in städtischer und 47 in fremder Verwaltung, die freien Träger unterhielten 108 Kindertagesstätten, davon die Innere Mission 43 und der Caritasverband 13.

Über die Anhebung der Gebühren für einen Kindertagesstättenplatz z.B. von 120 DM (1976) auf 140 DM (1977) für die ganztägige Betreuung und über den Abbau der Zuschüsse werden die Volksmassen verstärkt ausgeplündert. Für die staatlichen Zuschüsse müssen sich die Volksmassen vollständig kontrollieren lassen: Ein Freibetrag von 500 DM für den Haushaltsvorstand, 200 DM Familienzuschlag für Ehegatten und jedes unterhaltsberechtigte Kind, bis 415 DM für Miete und 45 DM für nichtunterhaltsberechtigte Kinder werden bei der Berechnung als Freibetrag zugrundegelegt. Die Heimleiterin beantragt dann einen Zuschuß – oder auch nicht. – (N-Red.)

EG-Milchwirtschaft: Marktordnung der Monopole

Seit dem 16. September müssen die Bauern in den Ländern der Europäischen Gemeinschaft in der Milchwirtschaft 1,5% des Erzeugerpreises als Abgabe abführen. Eingezogen wird diese Abgabe vom Zoll. Zugeschlagen wird sie dem gemeinsamen Haushalt der EG-Imperialisten. Der offizielle Name, unter dem dies Projekt läuft, heißt „Mitverantwortungsabgabe für Milch". Bis in Höhe von 4% des Erzeugerpreises kann diese „Mitverantwortung" erweitert werden. Darauf haben sich die Regierungsvertreter der westeuropäischen Imperialisten geeinigt.

„Mitverantwortung" fordern vor allem die westdeutschen Imperialisten. In ihren Molkereien betreiben sie ein Geschäft, dessen sichtbarstes Ergebnis zunächst der „Butterberg" und der „Magermilchpulverhaufen" in den Lagern in der BRD und in der Europäischen Gemeinschaft ist.

Der eingelagerte Butterbestand in „öffentlicher und privater Hand" betrug im April dieses Jahres in den Ländern der Europäischen Gemeinschaft zusammen 148400 Tonnen Butter. Davon in der BRD allein zwei Drittel mit 97600 Tonnen. Entsprechend bei Magermilchpulver: Die gesamten EG-Bestände betrugen im April 865000 Tonnen, davon in der BRD 568000 Tonnen (66%). Berechnet aufgrund der in den ersten 4 Monaten dieses Jahres durchschnittlich angelieferten Menge von 1,765 Millionen Tonnen Milch ergibt dies einen Betrag von 15,7 Millionen DM, der den Bauern in der BRD mit dieser Abgabe im Monat abgenommen wird. Diese „Mitverantwortungsabgabe" ist bezogen auf den „Richtpreis" der „EG-Marktordnung". Er ist mit gegenwärtig 59,21 DM je 100 kg Milch festgesetzt. Mit Hilfe dieser jetzt laufenden Abgabe ist der Richtpreis faktisch auf den Stand des Vorjahres von 58,34 DM je 100 kg gesenkt.

Zu 90% sind die Abnehmer der angelieferten Milch die Molkereikapitalisten. Während der „Richtwert" der Marktordnung der EG im wesentlichen eine Papiergröße und z.B. gerade nützlich dafür ist, die erhobene Abgabe von den Schwankungen der Marktpreise und dem Absinken der Erzeugerpreise unabhängig zu machen und mehr einstreichen zu können, bedeutet die EG-Marktordnung für die Kapitalisten, die die Molkereien und den Absatz in der Hand haben, das gerade Gegenteil.

Für Butter und Magermilch, in die die Kapitalisten die Milch verwandeln, für die sie aufgrund ihrer Preise für Konsummilch keinen Abnehmer finden, gilt ein „Interventionspreis" der EG-Marktordnung, d.h. die Garantierung eines Mindestpreises, zu dem diese Produkte von der EG aufgekauft werden müssen, um dann eingelagert zu werden, wenn für diesen Preis kein Käufer zu finden ist.

So ist der „Interventionspreis" von vornherein nichts anderes als Maßnahme der Sicherung der Profite der Molkereikapitalisten. Mit 1,11 DM je Liter Vollmilch halten die Kapitalisten mit Hilfe dieser Marktordnung den Milchpreis beinahe auf der doppelten Höhe des Preises, den sie den anliefernden Bauern bezahlen.

Die Kosten dieser Marktordnung der Monopole tragen die Lohnabhängigen und die kleinen und mittleren Bauern:

So ist der offiziell ermittelte Milchverbrauch von 93,3 kg je Einwohner der BRD im Jahre 1967/68 auf 84,4 kg 1975/76 zurückgegangen. Sinkender Lohn und die Preistreiberei der Monopole führen dazu, daß Trinkmilch in den Haushalten der Lohnabhängigen zu etwas Außergewöhnlichem wird gerade wie der Kaffee und Fleisch, von dem man satt wird.

Gegenüber den kleinen und mittleren Bauern, die von den Molkereikapitalisten abhängig sind, wirkt diese Marktordnung wie ein Kartell von Preisdrückern. Während z.B. von Februar 1976 auf Februar 1977 der Erzeugerpreis je kg Vollmilch von 52,3 auf 53,9 Pfennig um 3,1% gestiegen ist, hat sich im gleichen Zeitraum der Preis für das von den Bauern als Futtermittel zurückgekaufte Magermilchpulver von 165,45 auf 174,80 DM je 100 kg um 5,7%, das heißt also fast das Doppelte, erhöht.

In ihrer Profitgier schrecken die Kapitalisten dabei auch vor mit Hilfe der „Marktordnung" erzwungenem direktem Beschiß nicht zurück. Um das Magermilchpulver 1976 von einem Bestand von 1,1 Millionen Tonnen Lagerhaltung abzubauen, wurde eine Verordnung erlassen, nach der die Mischfutterhersteller, Handelsunternehmen und Ölmühlen für jede Tonne eiweißhaltiger Futtermittel, die sie erwarben, zusätzlich einen Zentner noch dazu viel zu teueres Magermilchpulver kaufen mußten. 390000 Tonnen Magermilchpulver wurden auf diese Weise in den Monaten März bis Oktober des letzten Jahres abgesetzt. Runde 1,2 Milliarden DM sollen die Kapitalisten nach Auskunft der Gerichte, die sich schließlich im Sommer dieses Jahres damit befassen mußten, dafür eingestrichen haben. Die Kapitalisten, die die Mischfutterfabriken und Ölmühlen besitzen, ließen sich nicht lumpen und gaben diese Kosten weiter. Bezahlen mußten die Bauern, die das Futtermittel für die Tierhaltung benötigen. Gleichzeitig wurde dadurch die entsprechenden „Abschöpfungen" das um zwei Drittel billigere Sojaextraktionsschrot aus dem Rennen geworfen.

Bekannt sind die „Ostgeschäfte", in denen die EG-Imperialisten sich als Preisdrücker auf dem Weltmarkt einstellen, um sich die Differenz zu dem garantierten „Interventionspreis" erstatten zu lassen als „Exportsubventionen".

Die „Mitverantwortungsabgabe", gegen die der Widerstand wächst und gegen die in Frankreich auch schon die Bauern demonstriert haben, ist ein Versuch, die kleinen und mittleren Bauern weiter auszupressen, um aus den Butterbergen, Magermilchpulverhaufen usw. einen noch größeren Profit herauszuholen und die kleinen und mittleren Bauern um so schneller in den Ruin zu treiben. In Frankreich haben dagegen bereits Bauern durch Demonstrationen den organisierten Kampf aufgenommen. In der BRD werden das auch die Kapitalisten unter Forderungen wie „echte Mitspracherechte bei der Milchabgabe" nicht verhindern können. – (Z-Red.)

189-Milliarden-Haushalt für die Expansion der imperialistischen Bourgeoisie

Letzte Woche hat die Bundesregierung ihren Entwurf für den Bundeshaushalt 1978 im Bundestag eingebracht. Er umfaßt 189 Milliarden Mark. Das sind über 10% mehr als im laufenden Jahr 1977 geplant, eine größere Steigerung, als die wissenschaftlichen Astrologen der Bourgeoisie für das Sozialprodukt prognostizieren. Der Staat soll also einen höheren Anteil des gesellschaftlichen Jahresprodukts an sich ziehen, die Staatsverschuldung einen weiteren Satz nach oben machen. Finanzminister Apel begründete dies mit der Notwendigkeit, „den Konjunkturaufschwung abzusichern". Gemäß der Glaubenslehre, die hinter dieser Aussage steckt, wird durch Besteuerung lediglich Nachfrage umgelenkt, z.B. von Lebensmittel auf Panzer. Durch Kreditfinanzierung von Staatsausgaben werde zusätzliche Nachfrage geschaffen, die den Kapitalisten die Lager räume und den Stachel des Profits wieder wirken lassen.

Entwurf Bundesetat 1978

Einzelplan	Millionen Mark	Steigerung gegenüber 1977 (in %)
Bundespräsidialamt	12,8	4,9
Bundestag	286,3	2,9
Bundesrat	8,7	– 1,1
Bundeskanzleramt	336,4	4,1
Auswärtiges Amt	1549,3	8,0
Inneres	2953,4	17,1
Justiz	291,8	1,5
Finanzen	2693,1	7,7
Wirtschaft	3567,0	16,8
Ernährung	6177,7	8,4
Arbeit	43251,7	12,6
Verkehr	24636,0	14,1
Post- u. Fernm.wes.	5,2	–
Verteidigung	34257,0	4,3
Jugd., Fam., Ges.	16096,0	10,0
Bundesverf.ger.	10,3	13,2
Bundesrechnungshof	30,5	– 0,2
Wirtsch. Zus.arb.	3917,9	21,7
Raumord., Bauwes.	4226,7	9,7
Innerdeut. Bezieh.	442,8	9,7
Forsch. u. Techn.	4835,3	14,9
Bild. u. Wissenschaft	4261,0	11,5
Bundesschuld	11605,3	19,3
Versorgung	7659,6	– 3,3
Verteidigungslasten	1064,2	9,4
Zivile Verteidigung	619,3	12,2
Allg. Finanzverw.	13821,8	6,8
Gesamtausgaben	188635,0	10,1

16 bis 17 Prozent des Sozialprodukts wird der Bundeshaushalt umfassen. Im Jahre 1913, als der Haushalt bereits durch Kriegskosten aufgebläht war, umfaßte der Haushalt des Deutschen Reiches keine 4 Prozent des Sozialprodukts. Der zunehmenden Vergesellschaftung der Produktion entspricht unter der Bedingung der Fortexistenz des Privateigentums an den Produktionsmitteln eine ständige Ausdehnung der Staatstätigkeit. Ein Verschwinden der Wirtschaftskrisen ist damit nicht verbunden. Im Gegenteil.

Die Krisen sind Überproduktion von Kapital. Denn das Streben des Kapitals nach Akkumulation ist grenzenlos, es hat aber zur Bedingung die Verelendung der Arbeiterklasse. „Der letzte Grund aller wirklichen Krisen bleibt immer die Armut und die Konsumtionsbeschränkung der Massen gegenüber dem Trieb der kapitalistischen Produktion, die Produktivkräfte so zu entwickeln, als ob nur die absolute Konsumtionsfähigkeit der Gesellschaft die Grenzen bilde." (Karl Marx, Das Kapital, Band III, S. 501) Diesen inneren Widerspruch kann eine „expansive Haushaltspolitik" natürlich nicht lösen, und das ist auch nicht der Zweck. Sie ist ausschließlich der Versuch, mit Hilfe der Gewalt des Staatsapparates die zusätzliche Ausplünderung der Volksmassen – die Zinsen für die Kredite zahlen müssen – zu betreiben, und den Kapitalisten zu fetten Aufträgen und Profiten zu verhelfen. Im Jahre 1976 hat die Bundesregierung die Verschuldung des Bundes von 72 auf 108 Milliarden DM mit Rekordrate in die Höhe getrieben – zwecks Krisenbekämpfung. Nun erzählt der Apel wieder dasselbe und will die Schulden um 27,5 Milliarden DM erhöhen, wieder im Kampf gegen die Krise usw. . . .

Wohltätig nehmen sich Posten wie für das *„Arbeits- und Sozialministerium"* oder *„Jugend, Familie, Gesundheit"* aus. In Wahrheit wird die Bespitzelung ausgebaut, an der Fortsetzung des Rentnerbeseitigungsprogramms gearbeitet, der Lohn durch Zuführung bestimmter Bestandteile des Lohns an den Staatshaushalt gesenkt. Die über 1000 zusätzlichen Stellen der „Arbeitsverwaltung" werden dem Außendienst zugeordnet, der den Arbeitslosen zuhause nachschnüffelt. 788 „Beratungsstellen" zur Durchsetzung des Paragraphen 218 gibt es inzwischen. Die Arbeitslosenversicherung soll bereits früher als ursprünglich angekündigt Zahlungen an die Rentenversicherung leisten müssen. Am Donnerstag hat Ehrenberg eine Kommission eingesetzt, die eine „weitreichende Reform der gesamten Altersversorgung" ausbrüten soll. Es gehe um „Unterversorgung" und um „Überversorgung". Frohlockend vermerkt das „Handelsblatt", Ehrenberg wolle einen „Gruppenausgleich" durchführen.

Im Bereich des *Verteidigungsministeriums* gibt es eine Reihe großer Projekte zu finanzieren. Das Fregattenprogramm läuft an (insgesamt 2,5 Milliarden DM), 1800 Leopard II für sechs bis sieben Milliarden DM werden beschafft, 420 Flakpanzer Gepard für 2,5 Milliarden, 200 Flak-Raketenpanzer Roland, 212 Kampfhubschrauber, die Panzerabwehrrakete Milan, für 7 Milliarden DM bis 1985 verschiedene Fahrzeuge.

Ganz vorne bei den Steigerungsraten ist der *Innenminister*. Hunderte Millionen erhält er mehr für mehr Polizeibeamte, Computer für Personendateien, Ausrüstung mit einem kriegsmäßigen Waffenarsenal. Im *Verkehrsetat* sind hohe Kosten für den Ausbau von Schnellwegen der Bundesbahn und des Fernstraßennetzes enthalten. Sie verkürzen die Zirkulationsdauer des Warenkapitals und erniedrigen den Kapitalisten Zirkulationskosten. Nur ein ausgebautes Fernverkehrsnetz schafft den Markt, der für die weitere Konzentration des Kapitals notwendig ist. Nicht nur, daß die Volksmassen dafür zahlen, die Felder der Bauern werden dazu rücksichtslos durchschnitten und zerstört.

Die Investitionsausgaben, auf die die Kapitalisten besonders scharf sind, weil sie ihnen Aufträge und zusätzlichen Profit wie durch den Ausbau von Verkehrswegen verheißen, steigen um 16,5% auf 28,8 Milliarden DM. Die *Bundespost*, die verpflichtet wird, 2 Milliarden DM Profit an den Haushalt abzuführen, soll 1,6 Milliarden DM investieren und entsprechende Aufträge an die Kapitalisten vergeben. Zweck der Investitionen: Einführung des Gebührentakts, also Gebührenerhöhung. Mit diesen Gebührenerhöhungen werden dann die Investitionen für die Gebührenerhöhung finanziert.

Einen wirklichen Ausweg versprechen sich die Bourgeois nur durch erhöhte Ausbeutung der Arbeiterklasse und der Unterwerfung ihrer Konkurrenten durch Handelskrieg und Krieg. Der Staatsapparat hat diese Politik zu sichern und zu betreiben. Dazu dienen die 27,5 Milliarden DM Netto-Kreditaufnahme. Soll die Ausbeutung der Arbeiter gesteigert werden, so muß die Unterdrückung gesteigert werden. Soll der Handelskrieg verschärft und der Krieg vorbereitet werden, so muß Konzentration des Kapitals gefördert werden, Export und Kapitalexport gesichert werden, die Armee aufgerüstet werden. All dies schlägt sich in der zentralen Kasse der Kapitalistenklasse, dem Staatshaushalt, nieder.

Bereits im Bundeshaushalt von 1976 waren Bürgschaftsermächtigungen enthalten, die die Höhe von 96% des Haushalts umfaßten. Für Warenexporte übernimmt die Bundesregierung die Garantie, daß die Waren auch bezahlt werden, für Kapitalexporte sichert die Bundesregierung Ersatz aus dem Bundeshaushalt zu, sei es „Revolution", sei es „Zahlungsunfähigkeit des Schuldners". Dieser Betrag wird noch gestiegen sein. In „internen Informationen" der CDU-Bundesgeschäftsstelle vom 30. September wurde dazu folgende Passage verbreitet: „Zwischen Südafrika und der Bundesrepublik bestanden schon von jeher freundschaftliche Beziehungen, die auf einer langen Tradition fußen . . . Nach meinen Informationen verbürgte der Bund deutsche Exporte nach Südafrika bereits im Volumen von 2,8 Milliarden DM gegen politische und wirtschaftliche Risiken. Der Betrag wuchs in den letzten Jahren rapide an, nachdem neuerdings weltweit eine große Kampagne gegen Pretoria betrieben wird. Bricht ein Bürgerkrieg aus, dann kann Bonn dieses Geld abschreiben! In anderen Ländern drohen weitere Verluste." Diese Bürgschaften und das Fregattenbauprogramm gehören direkt zusammen.

Auf der Einnahmeseite beschert diese „expansive Haushaltspolitik" der Bundesregierung – und darin stimmt sie mit der CDU/CSU ganz überein – den Volksmassen höhere Besteuerung. Die Lohnsteuer „senkung" ist bereits als Bluff entlarvt, die Mehrwertsteuererhöhung dagegen ist handfest. Und mit der Staatsschuld, die schneller wächst als alles sonst, ist das sichere Versprechen auf zukünftige Steuererhöhung vorweggenommen. – (Z-Red.)

Lehrerstreik in Griechenland

Über 6500 Lehrer von Privatschulen führten Ende September einen 48stündigen Streik im ganzen Land durch. Er wurde ausgelöst durch die Absicht der Regierung, die Entlastung eines Teils der Lehrer durchzusetzen. Sie fordern höhere Bezahlung und bessere Arbeitsbedingungen. Auf einer Kundgebung kündigten sie neue und längere Streikaktionen für den Fall an, daß ihre Forderungen nicht erfüllt werden.

Streiks der Arbeiterklasse in den USA

24000 Arbeiter der Boeing-Flugzeugwerke in Seattle in den USA, das sind knapp die Hälfte der Beschäftigten des Konzerns, haben am 4. Oktober den Streikkampf für höhere Löhne aufgenommen. Es ist der erste große Streik der Boeing-Arbeiter seit 12 Jahren, dessen Ausgang sich entscheidend für die Lohnkämpfe in der gesamten Luftfahrtindustrie in den USA auswirken wird. Die Gewerkschaft fordert eine Lohnerhöhung von 10% pro Jahr, wobei die Gewerkschaftsführung bereit ist, sich auf eine Laufzeit von 3 Jahren einzulassen. Die Kapitalisten wollen nur 3% Lohnerhöhung pro Jahr einräumen. Durch die Zusammenarbeit mit der Gewerkschaftsführung konnten die Kapitalisten in den letzten Jahren einen Lohnstopp in den letzten Jahren eine Senkung des Reallohnniveaus von weit über 10% durchsetzen. Die Gewerkschaftsführung hat erklärt, „daß sie mit einem langandauernden, hartnäckigen Kampf rechnet", d.h. sie die Arbeiter nicht länger zurückhalten kann. Die Produktion der Flugzeugtypen Boeing 707, 727, 737 und 747 wurde bereits eingestellt.

Am 30. September lief der Tarifvertrag der amerikanischen Dockarbeiter in der International Longshoremen's Association (ILA) mit den Hafenkapitalisten aus, ohne daß eine Einigung erzielt worden wäre. Die Gewerkschaft fordert eine Erhöhung des Grundlohns von 8 auf 10 Dollar pro Stunde sowie verschiedene Verbesserungen der Sozialleistungen. Um die Arbeiter von einem konsequenten Kampf für eine Lohnerhöhung, die Senkung ihres Reallohns während der vergangenen Jahre und im zukünftigen Zeitraum des Tarifvertrags entspricht, abzuhalten – von den Arbeitern waren weit höhere Lohnerhöhungen gefordert worden – fordert jetzt die reformistische Gewerkschaftsführung eine einheitliche Arbeitsgarantie in allen Häfen der Ostküste und am Golf von Mexiko. Dabei versucht sie den Widerstand der Arbeiter umzulenken gegen die Auslagerung eines Großteils des Umschlages aus dem Hafengelände im Zusammenhang mit der Einführung von Containerschiffen.



Am 25.9.77 demonstrierten 3100 Arbeiter und Angestellte in Gällivare, ca. 1/8 der Bevölkerung, gegen die geplanten Massenentlassungen in der Stahlindustrie von Norbotton.

Streikwelle in Polen

Wie die bürgerliche Presse in Österreich am 7.10. berichtet, gehen die polnischen Arbeiter nach einer Vielzahl kleinerer Streikaktionen während des letzten Jahres gegen den Versuch der neuen Bourgeoisie, das erkämpfte Lohnniveau drastisch zu senken und gegen die wilde Steigerung der Arbeitshetze wieder zu immer breiteren und geschlosseneren Kämpfen über. In mehreren Fabriken wurde der Versuch der Direktion, die Löhne um 50% zu drücken, zurückgeschlagen. Die Ausplünderung durch die Sozialimperialisten und die reaktionäre Politik der polnischen Revisionistenclique macht es auch unmöglich, die Versorgungskrise zu lösen, mit deren erneuter Zuspitzung im kommenden Winter gerechnet wird. Die polnische Arbeiterklasse muß hochentwickelte Produkte, Schiffe und Maschinen für die Tributzahlungen an die Sozialimperialisten produzieren, gleichzeitig werden die Bauern ausgeplündert, sie können die Mechanisierung der Landwirtschaft nicht vorantreiben, die Landwirtschaft verödet.

Änderungsantrag der SPD zum NHG: Ziel ist die Zerschlagung der Studentenbewegung

Die SPD-Fraktion im niedersächsischen Landtag hat am 31.8.77 einen Änderungsantrag zum FDP-Entwurf des Niedersächsischen Hochschulgesetzes eingebracht. Die Suppe wird gegenwärtig in den Ausschüssen weitergekocht. Daß die Studentenbewegung sie nicht einfach auslöffelt, ist bekannt. Die Bourgeoisie will die Sache in diesem Semester für sich entscheiden.

Die niedersächsische SPD wollte sich vor den Studentenmassen aufspielen als Schützer ihrer Rechte gegen das Hochschulrahmengesetz. Ordnungsrecht und Regelstudienzeit widersprächen ihren Forderungen, für's politische Mandat sei sie ja auch. Aber leider, leider ist da das HRG. „Ausschöpfen" wolle sie dies für die Studentenmassen. Geschöpft hat sie – nach Geschwafel, mit dem sie ihre reaktionären Absichten verkleistern will. In Puncto politisches Mandat denkt die SPD sich das so (aus dem Änderungsantrag):

„§ 42 (3) Die Studentenschaft hat *die Belange der Studenten wahrzunehmen und die Verwirklichung der Ziele und Aufgaben der Hochschule zu fördern. In diesem Sinne nimmt sie ein politisches Mandat wahr.* Die Studentenschaft hat *insbesondere* folgende Aufgaben:

1. die Vertretung der Gesamtheit der Studenten einer Hochschule im Rahmen ihrer gesetzlichen und satzungsmäßigen Befugnisse,
2. *die Wahrnehmung der grundrechtlich gesicherten Freiheit der Studenten nach § 4 Abs. 4* (worin festgelegt ist, daß die Freiheit nicht über die Studien- und Prüfungsordnung hinausgeht, Red.) *durch Stellungnahmen zur Forschung, Lehre, Studium, Weiterbildung und künftiger Berufstätigkeit, (...)*
6. *die Mitwirkung bei der Ausbildungsförderung der Studenten nach Maßgabe der dafür geltenden besonderen Bestimmungen...*" Letzteres hat sich die SPD neu ausgedacht. In ihrer Broschüre „Hochschulgesetzgebung" vom Februar 1977, dem Vorläufer dieses Änderungsantrags, war noch nichts dergleichen zu lesen. Die Bourgeoisie weiß, will sie den Studentenmassen für ihre Ziele und Aufgaben den Rücken krümmen, geht das nur mit materiellem Zwang und indem man ihnen obendrein noch einimpft, daß nicht sie für den bürgerlichen Staat, sondern der für sie arbeitet, wo sie sogar mitwirken können.

Die Bourgeoisie wird jetzt auf die nächst günstige Gelegenheit warten, das NHG zu verabschieden. Man wird es bekämpfen, indem man alle Rechte, die man braucht, um seine sozialen Interessen durchsetzen zu können, praktisch wahrnimmt.

braucht, um seine sozialen Interessen durchsetzen zu können, praktisch wahrnimmt.

„Junge, frische Studentenkörper für die Ehrenbergsche Medikamentenforschung gesucht."

Göttingen. Die medizinische Klinik in Göttingen nutzt die elende materielle Lage der besitzlosen Studenten aus, um deren Körper wie die von Ratten oder Kaninchen für ihre widerwärtigen Versuche anzukaufen. In der Mensa und im Institut für Leibesübung (!) werben sie dafür. Ein Student berichtete: „Über eine Zeit von zwei Wochen werden vier Versuche durchgeführt. Für jeden Versuch erscheint man drei Stunden in der Klinik, wird gespritzt, bekommt Blut abgenommen, legt sich hin, steht auf und muß rumlaufen. Zwischen dem zweiten und dritten Versuch muß man zu Hause drei Tage lang ein Anti-Rheuma-Mittel (‚Amuno') einnehmen. Für den ganzen Versuch bekommt man 100 DM.

In dem ersten Versuch mit dem Medikament „Lasix" wird man regelrecht ausgetrocknet. Ich mußte abends Unmengen von Flüssigkeit trinken. Während des zweiten Versuchs mit dem Medikament „Amuno" habe ich den „Forscher" mit unerwarteten Schwindel-Symptomen „überrascht", die sehr stark und schnell nach der Einnahme in der Klinik auftraten. Man erwartete „nur" Magenbeschwerden. Die habe ich dann später gehabt, als ich „Amuno" während der nächsten vier Tage zu Hause nehmen mußte.

Da habe ich fast nichts gegessen. (...) Unsere Gruppe bestand aus vier Studenten. Eine Frau mußte einen ganzen Tag im Bett bleiben. Zwei von den vier haben den Versuch zwischen dem zweiten und dritten Versuch abgebrochen, weil sie die verschiedenen Nebenwirkungen nicht mehr ertragen konnten. Da bekommt man nicht 100 DM, sondern nur noch 50 DM bezahlt. (...) Die Medikamente sollen gegen rheumatische Krankheiten angewandt werden, d.h. bei älteren Leuten." Das Krankenversicherungskostendämpfungsgesetz und das BAFöG ergänzen sich hier also ausgezeichnet.

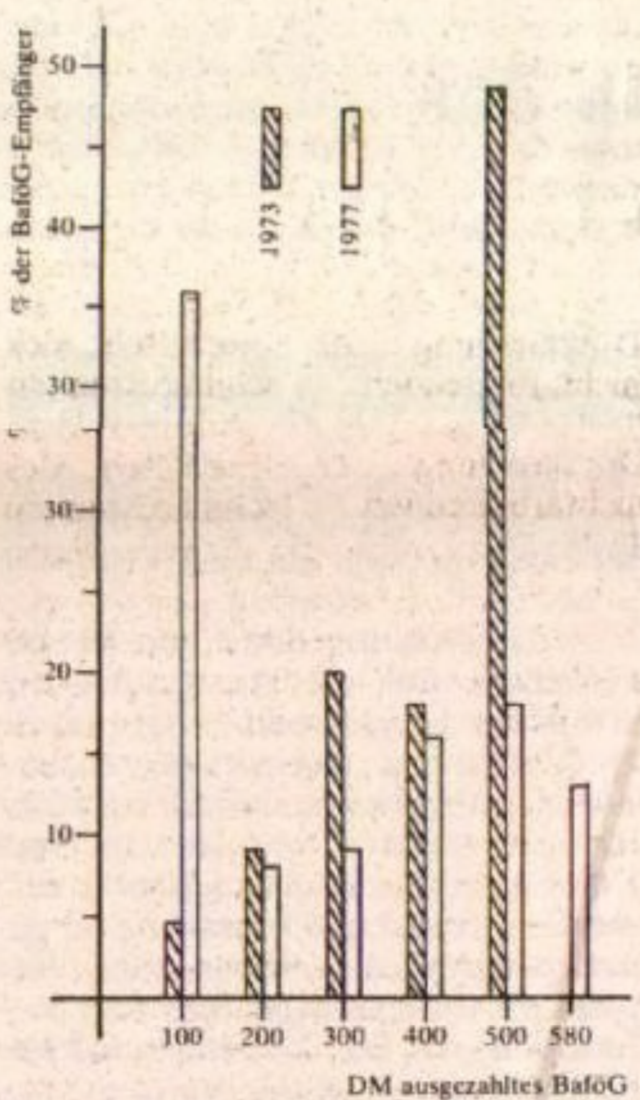
Die „Bild-Zeitung" trägt das ihrige zu solcher Menschenschinderei bei. Sie propagiert es z.B. in dem Artikel „Es ist genug, Herr Professor" (Bild am Sonntag, 21.8.77): „Wird der Mensch nicht aufhören, in seiner Herrlichkeit und Überheblichkeit millionenfache Tieropfer entgegenzunehmen, die angeblich seiner Gesundheit dienen? (...) Aber Selbstversuche sind unter Ärzten und Forschern aus der Mode gekommen. Tiere sind bequemer – ihren Schmerz spürt man nicht, ihre Schreie hört man nicht." Nehmt doch die Krüppel, die Rentner oder die Arbeitslosen oder eben Studenten, die auf jeden Groschen angewiesen sind! – das trauen sie sich nur noch nicht offen zu propagieren. Die Studenten können sie dazu zwingen auf Grund des BAFöGs. Diesen Nährboden muß man dem „Forscher"-Pack rasch entziehen.

Gegen die BAFöG-Pläne der Regierung:

Bundesweiter Streik für 100 DM mehr 1500 DM Elternfreibetrag!

Am 3.10. ist erneut die Bund-Länderkommission für Bildungsplanung und Forschungsfinanzierung zusammengetreten, um über „Ausbildungsförderung im Rahmen der Hochschulfinanzierung zu beraten".

Zwei Modelle der „Umstrukturierung" des BaföG werden in der Kommission debattiert: der sogenannte Sockelbetrag von 170 DM für jeden Studenten und das Darlehens- Gebührenmodell. Während man sich in dem Gremium noch nicht einig darüber ist, wieviel man sich gegenüber der Studentenbewegung zur Durchsetzung vornimmt, steht eines schon einstimmig fest: Der „akademische Nachwuchs" soll kräftig abgeschmiert werden. Mit einem „Heisenberg-Förderprogramm" sollen jährlich 200 habilitierte Günstlinge der Professorenreaktion ein Stipendium zwecks Karriere erhalten. Die Lage der Studentenmassen hat sich dagegen in den letzten Jahren auf Grundlage des BaföG rapide verschlechtert. Dieses Gesetz, als „Wegbereiter der Chancengleichheit" von den Sozialdemokraten gefeiert, hält in §1 fest, daß die im Studium vernutzte Arbeitskraft nicht bezahlt wird. Es hält fest, daß der Student, seine Frau und seine Eltern zunächst ausgeplündert werden, bevor der Staat einen „Zuschuß" zahlt. Dieser ist ohnehin an „Neigung, Eignung und Leistung" geknüpft, was die Grundlage der gehässigsten Schikane und Bespitzelung auf den BaföG-Ämtern bildet. Vergleichen wir das Geld, das die Studentenmassen 1973 hatten mit heute 1977:



Prozentuale Verteilung der Studenten auf verschiedene BaföG-Förderklassen, Vergleich: 1973 – 1977.

Schon jetzt ist ein beträchtlicher Teil der Studenten unter das Existenzminimum gedrückt. Das stellt einen objektiven Spaltungsdruck dar, der jede Streikaktion ernstlich gefährdet, wenn dagegen nicht bewußt der Kampf aufgenommen wird.

Der Sockelbetrag: ein raffinierter Betrug

Nach diesem Modell, was alle Bourgeois schon ganz brauchbar finden, soll jeder Student 170 DM monatlich erhalten. Darüberhinaus gibt es BaföG, das ungefähr 100 DM unter dem bisherigen Satz liegt und zur Hälfte nur als Darlehen vergeben wird. 100 DM weniger, 170 DM mehr, das hört sich gut an! Aber: Gleichzeitig werden Kindergeld und Steuerfreibetrag für die Eltern der Studenten gestrichen. Wir zeigen in der nächsten Tabelle an einem Beispiel, wie der Sockelbetrag dem Staat den direkten Zugriff auf Lohngelder verschafft.

Vergleich: Vor und nach der Durchsetzung des Sockelbetrages

Familie mit drei Kindern, lohnsteuerpflichtiges Einkommen monatl. 2250 DM

	vorher (DM)	nachher (DM)
BafüG	386 und 150 Darl.	218 und 218 Darl.
Kindergeld	150	–
Steuerermäßigung	65	–
Sockelbetrag	–	170
Summe (mit Darlehen)	601 (751)	388 (606)

Die Familie erhält also 213 DM weniger im Monat, gleichzeitig ist die Gesamtverschuldung für das Studium von 9000 auf 13080 DM angestiegen. Darauf kommt man erst, wenn man den Darlehensanteil abzieht und das gesamte Familieneinkommen betrachtet.

Das Umstrukturierungsmodell mit dem Sockelbetrag sei „weitgehend kostenneutral", sagt die Kommission. Werden sich hochdotierte Bourgeois wie z.B. der Frankfurter CDU-Professor Wolfram Engels in einer Kommission zusammenrotten, wenn hinterher etwas Kostenneutrales für das Finanzkapital herauskommt? Das glaubt kein Mensch! In der Tat: Jeder erhält die 170 DM ja auch nicht. „*Die Förderung würde, ihrem eigentlichen Zweck entsprechend, zeitlich nach Studiengang, bzw. nach Studienfortschritt und nicht nach dem Lebensalter begrenzt. Dieses bedeutet, daß für alle Studienfachrichtungen Studienfortschrittskontrollen bestehen müssen.*"

Zuviel Schindluder würde ja denn auch mit dem Kindergeld getrieben: „*Werden also die nach dem BaföG geförderten Studenten über die Förderungshöchstdauer dazu angehalten, die notwendigen Ausbildungskapazitäten nur eine begrenzte Zeit in Anspruch zu nehmen, besteht ein derartiger Anreiz bei Steuerfreibetrag und Kindergeld nicht.*"

Das Modell ist damit nicht ausgeschöpft. Besteht ein Student die Studienfortschrittskontrollen nicht, so werden die 170 DM gestrichen. Die Rechnung sieht dann so aus:

Vergleich: Vor und nach der Durchsetzung des Sockelbetrages bei Nichtbestehen der Studienfortschrittskontrollen

	vorher (DM)	nachher (DM)
BaföG	386 und 150 Darl.	218 und 218 Darl.
Kindergeld	150	–
Steuerermäßigung	65	–
Sockelbetrag	–	–
Summe	601 (751)	218 (436)
Zugriff auf Lohn der Eltern	44	144

Das sind 383 DM weniger. Zugleich entfaltet das BaföG seine Wirkung, der

Das sind 383 DM weniger. Zugleich entfaltet das BaföG seine Wirkung, der mögliche Zugriff auf Lohn steigt von 44 DM auf 144 DM monatlich, denn nach dem BaföG-Gesetz sollen die Studenten den Differenzbetrag zwischen dem „Bedarfssatz" von 580 DM und ausgezahltem BaföG bei den Eltern mit Hilfe des bürgerlichen Staates eintreiben durch den Gerichtsvollzieher. Die Leistung dieses Modells besteht also in Verschärfung der Verelendung und Plünderung, in Verstärkung der Prüfungsunterdrückung.

Das Darlehens- und Gebührenmodell – Jahrzehnte in der Schuldknechtschaft der Banken.

„Das Darlehens und Gebührenmodell ist sowohl als Nachspar- als auch als Vorspar-oder Ansparmodell (d.h. der Student bzw. seine Familie können schon vor Beginn der Ausbildung über – u.U. öffentlich subventionierte – Kapitalsparverträge den gesamten Betrag sparen) verwirklichbar. In der letzteren Variante könnte das Modell ... weitere Anreize zur Vermögensbildung in Form von Humankapital geben."

Besser könnte man die Geldsackmentalität der Kommision nicht auf den Begriff bringen! Das Modell sieht folgendes vor:

„Hauser und Adam schlagen vor, jeden Studenten mit einer monatlichen Gebühr zwischen 100 DM und 300 DM als Beitrag zu den institutionellen Hochschulkosten und weiteren 200 DM monatlich für die volle Einbeziehung in die Arbeitslosenversicherung und die Rentenversicherung zu belegen."

Man soll also durch Gebühren auch noch den eigenen Professor bezahlen. Nebenbei erwähnt: Jegliches Geld für den Lebensunterhalt ist natürlich gestrichen. Das nötige Geld (ca. 1200 DM monatlich) soll man als Darlehen bei den Banken aufnehmen – verzinst! Der Staat garantiert den Banken die Rückzahlung. Aber: „*Die staatliche Ausfallgarantie soll nur 90% der Summe umfassen. Die restlichen 10% sollen die Banken dazu anhalten, ‚die Zahlungspflichtigen auch ernsthaft zu verfolgen.*"

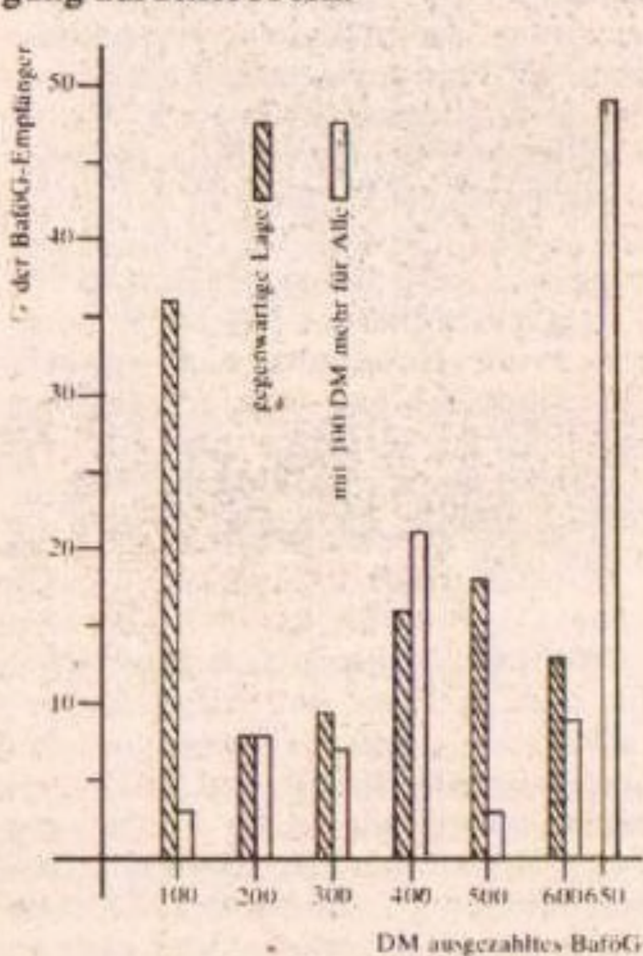
100000 DM Schulden am Ende des Studiums, davon schon ein beachtlicher Teil nur Zinsen an das Finanzkapital, soll die Abhängigkeit auch nach dem Studium perfekt machen. Was sich die Bürgerlichen erhoffen: „*(Das Modell) ... könnte kaum abschätzbare Produktivitätsreserven freimachen. Das beträfe nicht nur die Kosten des Studiums, sondern insbesondere auch die Ausbildungsqualität, die Anpassungsfähigkeit an neue Entwicklungen ...*"

Die reaktionären Studenten geben diesen Plänen Rückendeckung. Sie setzen an der elenden Lage der Studentenmassen an und versuchen sie in Burschenschaftshäuser zu locken. Ein reaktionärer Student schrieb in Heidelberg: „*Mein Konzept sieht vor, daß jeder Student, der anfängt, Studien- und Lebenserhaltungsdarlehen bekommt ... Steuermöglichkeiten innerhalb des Systems wären, daß man Rabatte für kürzere Studienzeiten gewährt. Vorteile des Systems: Man studiert nicht mehr auf dem Rücken der Arbeitermassen,*

und es entsteht ein freier Wettbewerb."
Freie Wirkung der Konkurrenz auf

und es entsteht ein freier Wettbewerb."

Freie Wirkung der Konkurrenz auf dem Arbeitsmarkt ins Studium hinein, das ist der Plan. Die Regierung kalkuliert, daß es bald so vielen so dreckig geht, daß sie froh sind, wenigstens Darlehen zu bekommen. So kann es wirklich kommen, wenn nicht endlich der bundesweite Streik für die Bezahlung der in der Ausbildung verausgabten Arbeitskraft organisiert wird. Die Opportunisten, Reformisten und Revisionisten in den ASten und in der VDS haben diesen Kampf jahrelang mit aller Macht unterdrückt. Auf der letzten a.o. MV der VDS haben sie einen Beschluß gefasst, der die Studentenbewegung der Reaktion zu Füßen legt. Gleichdrauf ist die Regierung frech geworden und hat die Zerschlagung des Verbandes angekündigt. Kein Wunder. Im bundesweiten Streik für die Durchsetzung der Forderung 100 DM mehr für alle bafögabhängigen Studenten und 1500 DM Elternfreibetrag rückwirkend ab 1.10.76! müssen die Studenten sich grundlegende Koalitionsrechte gegen den bürgerlichen Staat erkämpfen. Für diesen Kampf muß man die ASten und die VDS wieder für die Studentenbewegung zurückerobern.



Prozentuale Verteilung der Studenten auf verschiedene BaföG-Förderklassen, Vergleich: jetzige Lage – Lage nach der Durchsetzung der Forderung 100 DM mehr für alle BaföG-Empfänger.

Quelle: Berechnung der KHG Unterer Neckar aufgrund der Befragung von 400 Studenten der Universität Heidelberg

An Kliniken und medizinischen Fachbereichen: Kampf um erneuten Aufbau der Streikfront gegen das Praktische Jahr

Göttingen. Die letzte Fachtagung Medizin hatte im Juli beschlossen, um die Streikfront für einen Ausbildungs- und Tarifvertrag im Praktischen Jahr (PJ) wiederaufzubauen, zu Beginn des neuen PJ am 3. Oktober Aktionen zusammen mit den Beschäftigten der Lehrkrankenhäuser durchzuführen. Deshalb hat der Fachschaftsrat Medizin die Beschäftigten am Krankenhaus und die Medizinstudenten zu einer Versammlung aufgerufen.

Zu der Versammlung am 3. Oktober kamen 25, davon 8 Klinikskollegen und 4 PJler.

Ein PJler aus Göttingen berichtete, daß er praktisch die gleiche Arbeit wie die früheren Medizinalassistenten leisten muß; für 5 bis 7 Patienten ist er für Aufnahmeuntersuchung, Diagnose, Therapie, kleines Labor und Entlassungsbefund verantwortlich. Die Testate über 50mal Blutdruckmessen, 50mal Vene Punktieren usw., die Professor Creutzfeldt versucht hatte einzuführen, sind von den PJlern einfach nicht mitgebracht worden. Jetzt gibt es sie nicht mehr. Unter den PJlern in Göttingen soll eine Semestergruppe aufgebaut werden, um solche Kämpfe gemeinsam zu organisieren.

Auf der Versammlung waren anwesend Mitglieder des Ausschusses aller medizinischen Lehrberufe, der für den Ausbildungs- und Tarifvertrag für alle Auszubildenden eintritt. Gemeinsam mit dem Fachschaftsrat Medizin unterstützt der Ausschuß einen entsprechenden Antrag an die ÖTV-Kreisdelegiertenkonferenz Göttingen Ende Oktober. Weiterhin wurde mit den Kollegen geplant, zu Beginn des Semesters am 19.10. eine Kundgebung in der Klinik durchzuführen und am 20. Oktober eine gemeinsame Veranstaltung mit Personalräten, ÖTV, PJlern, Klinikdirektoren usw. zu machen, um die Kämpfe der verschiedenen Teile der Belegschaft gegen Lohnabbau, Rationalisierung und politische Entrechtung zu vereinheitlichen und so voranzukommen im Kampf gegen das Ehrenbergprogramm. Vorbereitet werden diese Aktionen durch eine Veranstaltung zur bürgerlichen Arbeitsmedizin und Agitation auf den Stationen. Die KBW-Zellen der Uniklinik unterstützen das durch eine eigene Veranstaltung über den Herzinfarkt.

Zum Schluß wurde bei 15 Anwesenden eine Resolution gegen die Verbotsanträge gegen KBW, KPD, KPD/ML einstimmig verabschiedet.

Heidelberg. Am 3.10. wurde ein neues Semester Medizinstudenten in das Prakti-

Heidelberg. Am 3.10. wurde ein neues Semester Medizinstudenten in das Praktische Jahr eingezogen. 120 Medizinstudenten aus Heidelberg waren verteilt auf Kliniken in 6 Städten.

Am Abend fand eine Versammlung der PJ-Absolventen statt, an der auch Vertreter der PJler aus den Lehrkrankenhäusern teilnahmen. Es wurde beschlossen, ein PJ-Info für den Semesterbeginn zu erstellen. Weiter wurde beschlossen, daß sich die PJler regelmäßig treffen und an diesen Sitzungen die Vertreter der Lehrkrankenhäuser teilnehmen, um die Erfahrungen im PJ zusammenzufassen und den Streik vorzubereiten. Berichtet wurde auf der Versammlung vom 1.Tag im PJ, wo z.B. Prof. Junghans in der Chirurgie bei der Vorbesprechung geäußert hat: „Das Studium ist jetzt vorbei, jetzt beginnt die Arbeit."

Die Fachschaft fordert die Einberufung einer Fachtagung Medizin für den 15./16.Oktober, um den Streik über die Fachschaften einheitlich vorzubereiten und um bundesweit die Voraussetzungen dafür zu schaffen, daß der Streik bundeseinheitlich und geschlossen geführt werden kann, damit der Ausbildungs- und Tarifvertrag endlich durchgesetzt wird.

Stuttgart. Am Montag, dem 3. Oktober, wurden 35 PJ-Studenten von der Stadt Stuttgart zu einem Empfang eingeladen. Bürgermeister Dr. Thieringer, der Pro-Dekan der Universität Tübingen und alle Chefs der Lehrkrankenhäuser nahmen die ideologische Ausrichtung der Studenten vor. Vergessen sollte der Streik sein für den Ausbildungs- und Tarifvertrag und daß im Sommersemester nahezu 14000 Studenten für ihre Forderungen bundesweit eingetreten sind. Zwei Methoden wandten die Bourgeoisvertreter an, um die Studenten zu fangen. 1. Bürgermeister Thieringer stellte den Beginn der PJ-Ausbildung in den Zusammenhang der Staufer-Ausstellung. Ihm war die Unterdrückung anderer Völker durch die Staufer der richtige Vergleich für die imperialistischen Ziele der BRD und die Einführung der PJler der richtige Zeitpunkt, klarzulegen, wie die Studenten ihre Aufgabe zu sehen hätten. 2. Prof. Heuck versuchte die Gehirne der Studenten zu vernebeln, indem er behauptete, Beruf des Arztes sei es, den Patienten zu dienen. Als dann die Studenten ihre Forderungen nach einem Ausbildungs- und Tarifvertrag propagierten, kamen die Herren in Bedrängnis. Bürgermeister Thieringer versuchte die Diskussion abzuwürgen, indem er sagte, dies sei hier eine kleine Einführungsfeier und kein Diskussionsforum. Im Anschluß an die Einführung wurden Adressen der Stuttgarter PJler gesammelt, als ersten Schritt zum Aufbau eines Sprecherrates. Einige Studenten boykottierten die Fortsetzung der Arbeit an diesem Nachmittag. Am Montag, dem 10.10., finden die ersten Versammlungen der PJler am Katharinen- und Bürgerhospital statt.

Rekruten auf dem Bahnhof verabschiedet

Hamburg. Im Sammeltransport wurden die Rekruten am 3.10. vom Bahnhof Altona in die Kasernen verfrachtet. Mit Abfahrt des Zuges will die Bourgeoisie sie isolieren vom Volk, um sie abzurichten gegen das Volk für den imperialistischen Krieg. Ein Hungersold von 165 DM, Schinderei und Unterdrückung erwarten die Rekruten. Entsprechend war die Stimmung der ca. 500 Rekruten auf dem Altonaer Bahnhof.



Am Donnerstag, den 6.10.77, wurde der Trecker, den der Bauer Reimers für den bewaffneten Befreiungskampf in Zimbabwe gespendet hat, endgültig nach Hamburg überführt. Durchgesetzt wurde die Überführung gegen den Widerstand der Polizei, der es vorher zweimal gelungen war, die Überführung zu stoppen. Die Aktion, die verbunden war mit einem Propagandamarsch über die Dörfer, fand große Unterstützung bei den Bauern. Viele KVZ wurden verkauft und Spenden gesammelt für die Unterstützung des bewaffneten Befreiungskampfes in Zimbabwe und die Überführung des Treckers dorthin.

Um den Kampf der Soldaten gegen diese elende Lage zu unterstützen, verabschiedete das Soldaten- und Reservistenkomitee (SRK) Hamburg die Rekruten mit einer Kundgebung auf dem Bahnsteig, wo die Rekruten dichtgedrängt standen. Der Spielmannszug des SRK war mit einem Trupp von 50 Genossen im Bahnhof aufmarschiert. Die Forderungen: Lohnfortzahlung in der Armee, Kündigungsrecht für Zeitsoldaten, Polizisten und Grenzschützer, Ersetzung des stehenden Heeres durch die allgemeine Volksbewaffnung wurden erhoben. Die Bourgeoisie hatte ein großes Aufgebot an Polizei herbeigekarrt vor dem Bahnhof, traute sich aber nicht einzugreifen. Erst nach der Kundgebung, als die Rekruten in die Waggons einstiegen, versuchte ein Trupp von zehn Bahnpolizisten, das SRK anzugreifen. Es ist ihnen schlecht bekommen. Einer hat jämmerlich die Flucht ergriffen, die Bourgeoisie mußte aufgeben. Die Kundgebung fand die Zustimmung der Rekruten. Sie wichen nicht von der Stelle, als ein Bahnpolizist Jagd auf eine Genossin machte. Nach der Aktion holten sich mehrere Rekruten noch vor dem Bahnhof die „Volksmiliz".

Das SRK zog dann in einem Demonstrationszug zum Ottensener Marktplatz, um vor der Verabschiedung der Rekruten zu berichten. Die Kundgebung fand die Zustimmung der Menschen. Die Anzahl der Teilnehmer war rasch von 30 auf 150 gewachsen. Der Zusammenschluß der Arbeiter und Soldaten ist mit der Rekrutenverabschiedung ein gutes Stück vorangekommen. Mehr als 800 Volksmilizen wurden verteilt, 300 Flugblätter gegen die Verbotsanträge der CDU, 31 KVZ wurden verkauft und zwei Menschen für die Fahrt nach Bonn mobilisiert. Die Polizei, die mittlerweile massiv versammelt war, wagte nicht einzugreifen. Sie hat mehrere Stunden den Bahnhof bewacht, weil sie eine erneute Aktion zerschlagen wollte. Wir haben derweil beim Schichtwechsel im Hafen eine weitere Aktion durchgeführt, wo 19 KVZ verkauft wurden.

Auf der Mitgliederversammlung des SRK wurde über die Aktion berichtet und beschlossen, die Bahnpolizei in unser Verteilernetz mit aufzunehmen. Es war ein Fehler, daß wir nicht vor der Aktion die Zersetzungsarbeit unter den Bahnpolizisten aufgenommen haben. – (Bezirk Hamburg-Unterelbe)

Oberstes Prinzip ist absoluter Gehorsam im Dienste des Finanzkapitals

Spurenverwischung nach dem „Skandal" von München

Auf der Bundeswehrhochschule in München, der militärischen Kaderschmiede der Finanzbourgeoisie, hatten 11 Leutnants auf einem Kameradschaftsabend Judenverbrennung gespielt, „Sieg-Heil" gejohlt und das Horst-Wessel-Lied gesungen. Die Bourgeoispolitiker und ihr Presseanhang versuchen nun, ein Rätsel aus der Angelegenheit zu machen. War dieser „antisemitische Vorfall" ein Rückfall, ein Zufall oder gar der Normalfall in einer doch eigentlich auf dem Boden der freiheitlich-demokratischen Grundordnung stehenden Armee? „Verteidigungsminister Leber erklärte, daß mit aller Schärfe und Konsequenz gegen solche Vorkommnisse vorgegangen werden soll, die dem sonst untadeligen Bild einer demokratisch gesinnten Bundeswehr schweren Schaden zufügen." (Neue Zürcher Zeitung, 2.10.77)

Der damalige Kommandeur der Schule der Bundeswehr für Innere Führung und spätere Generalinspekteur der Bundeswehr de Maizière sagte am 15.12.1961 auf der Kommandeurtagung der Luftwaffe: „Die Bundeswehr hat einen klaren Verteidigungsauftrag, d.h. für uns einen soldatischen Kampfauftrag, der auf das Bestehen im Krieg ausgerichtet sein muß. Dieser Auftrag ist nur zu erfüllen in einer hierarchischen Ordnung, die auf dem System von Befehl und Gehorsam beruht ... Der soldatische Auftrag muß aber erfüllt werden unter Voraussetzungen und Gegebenheiten, die ganz anders geartet sind als vor 25 oder 40 Jahren. Lassen Sie mich einige aufzählen: ... Wir haben einen Krieg verloren, militärisch, politisch und wirtschaftlich; wir haben die moralischen Lasten einer nationalsozialistischen Vergangenheit zu tragen ... Wir leben in einer permanenten militärischen und geistigen Bedrohung ... Nach 1945 wurden alle soldatischen Tugenden und Werte unterbewertet, ja oft als ‚verbrecherisch' diffamiert. Die Folge war eine weitverbreitete ‚Ohne-mich-Stimmung' in der deutschen Bevölkerung."

„Ohne mich" hieß, daß die Volksmassen keinen erneuten militärischen Versuch der Finanzbourgeoisie, die Weltherrschaft zu erringen, dulden würden. Die Abscheu der Volksmassen vor den Verbrechen der imperialistischen Bourgeoisie äußerte sich in einer machtvollen Bewegung der Massen gegen die Wiederbewaffnung. Für den Imperialistenknecht de Maizière war das sehr bedauerlich. Soldatische Tugenden und Werte wurden „unterbewertet", und dann hätten sie sich auch noch mit den moralischen Lasten einer nationalsozialistischen Vergangenheit herumzuschlagen. Sie taten es erzwungenermaßen – auf ihre Weise.

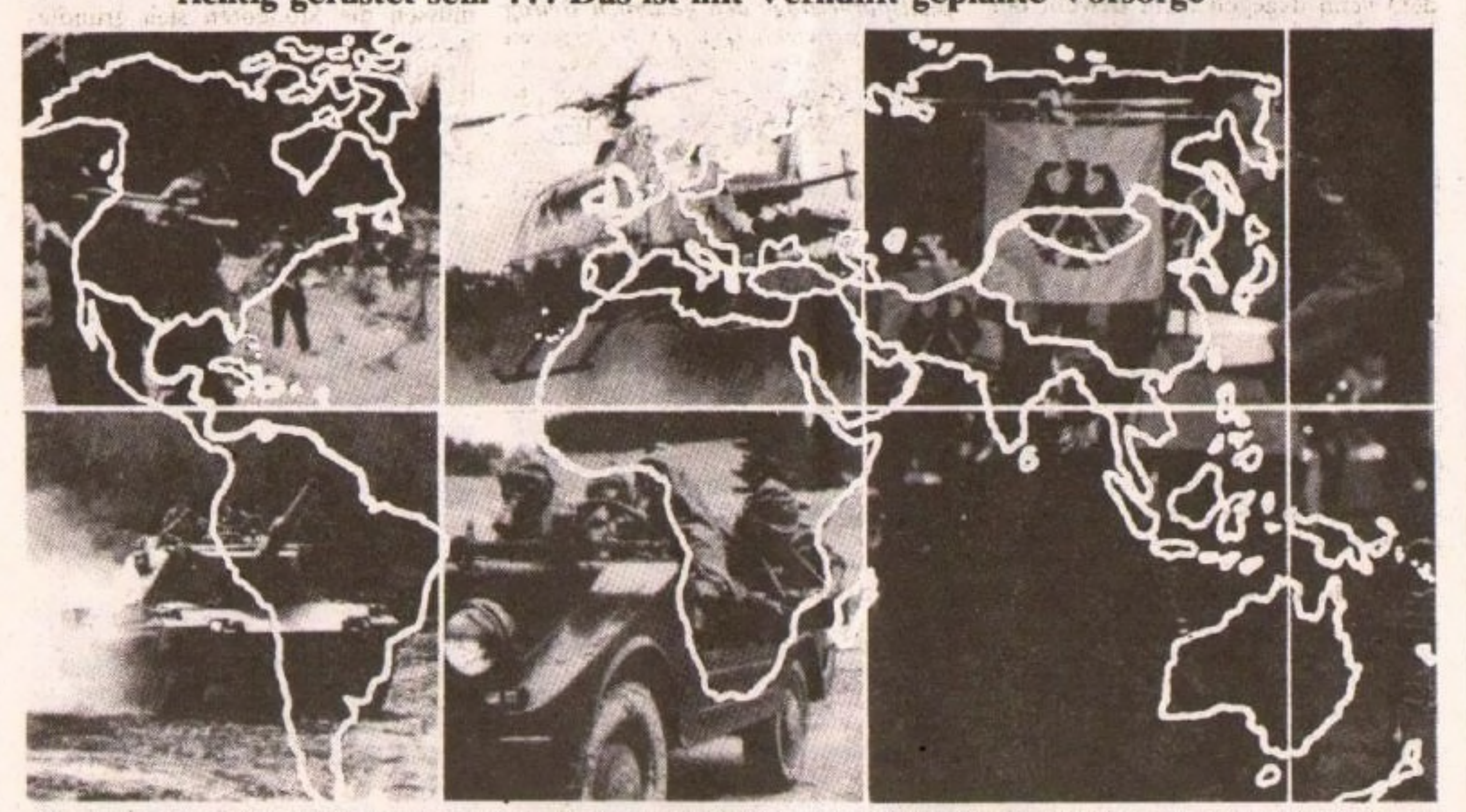
Bereits 1945 wurden die führenden deutschen Generale des Zweiten Weltkriegs von der amerikanischen Finanzbourgeoisie zu einer „Deutschen Sektion der historischen Abteilung beim europäischen Hauptquartier der US-Streitkräfte" zusammengefaßt, 1947 entstand daraus die „Kommission Sachverständiger für die Geschichte des 2. Weltkriegs", deren Leiter der Generalstabschef der Hitlerarmee, Franz Halder, war. Ihre Aufgabe: Analyse der Fehler des deutschen Imperialismus beim Versuch der Zerschlagung des Bollwerks der proletarischen Revolution, der Sowjetunion. Generale wie von Manteuffel, Speidel, Heusinger bildeten den führenden Kaderstamm, der bruchlos in das „Amt Blank", eine schon 1950 von Adenauer gebildete Behörde für die Wiederbewaffnung, und 1955 in die Bundeswehr überging.

Die Bourgeoisie hatte keinerlei Schwierigkeiten, sich der führenden militärischen Kader der Hitlerarmee zu bedienen. Sie sind eingeschworen auf die Verteidigung des Privateigentums der Kapitalisten an den Produktionsmitteln, ob unterm Kaiser, unter Adolf oder unter der freiheitlich-demokratischen Grundordnung. § 14 Grundgesetz: „Das Eigentum und das Erbrecht werden gewährleistet." § 8 Soldatengesetz: „Der Soldat muß die freiheitliche demokratische Grundordnung im Sinne des Grundgesetzes anerkennen und durch sein eigenes Verhalten für ihre Erhaltung eintreten." Na also. Das ist die ganze Kontinuität des Offizierskorps, und deshalb findet man ohne Schwierigkeiten Offiziere, die vom Kaiser bis zur „freiheitlich-demokratischen" allen imperialistischen Herren gleichermaßen treu gedient haben. Darin besteht seine Tradition, und die möchte die Bourgeoisie keinesfalls missen. Wie sie ihre eigene Herrschaft als zeitlos-endgültig darstellt, so die „soldatischen Tugenden" als „zeitlos-menschliche Werte" (Möllemann, FDP, im Bundestag, 3.2.77): „Hierzu gehören selbstverständlich Einsatzbereitschaft ... – Einsatzbereitschaft allerdings nicht als Wert an sich, sondern für Recht und Freiheit und eine demokratische Ordnung, Mut, Tapferkeit und nicht zuletzt Kameradschaftlichkeit." Darüber gibt's keinen Streit. Streit gibt's über die Taktik, mit der die Soldaten aus dem Volk für die Ziele der Finanzbourgeoisie gewonnen werden, welche „Leitbilder" propagiert werden sollen. Ludendorff? Rudel? Stauffenberg? Rommel? Hindenburg? Kriegsminister Leber in seiner Rede zur Rechtfertigung des Rausschmisses der beiden Generale Krupinski und Franke am 3.2.1977:

„Ich bin der Überzeugung, daß die erste deutsche Demokratie vor allem deswegen eingerissen werden konnte, weil in diesem Staat das Verhältnis von Arbeiterschaft ... und der bewaffneten Macht nicht in Ordnung war ... Daran habe ich nun schon seit zweieinhalb Jahrzehnten gearbeitet ... einschließlich der Notstandsgesetze, für die ich Speerspitze gewesen bin ..., weil ich weiß, daß die Stabilität dieses Staates in hohem Maß davon abhängt, ob es gelingt, einen Konsens zwischen der großen Mehrheit der Bevölkerung, ihren arbeitenden Teilen, und der Armee zustandezubringen." Das ist das Kunststück, das die Bourgeoisie vollbringen muß: den Konsens zwischen den arbeitenden und den nichtarbeitenden Teilen der Bevölkerung zwecks Durchsetzung der Interessen des nichtarbeitenden schmarotzenden Teils. Dazu zählt die Arbeiterklasse seit jeher die Offiziere.

Weil der Konsens nicht besteht und die Teilung der Gesellschaft in Klassen sich in der Bundeswehr widerspiegelt in der Teilung von Offizieren und Mannschaften, zwingt die Bourgeoisie den Soldaten über die Offiziere ihren Willen durch das System von Befehl und Gehorsam auf. Ein paar gefeuerte Nazis ändern daran überhaupt nichts, schon gar nicht an der ungebrochenen Tradition des Offizierskorps der Finanzbourgeoisie in der Verteidigung des Privateigentums. Das würde die Bourgeoisie gern verwischen. Gegenüber einer Arbeiterklasse und den Volksmassen, die den Kampf zum Sturz der Ausbeuterordnung aufgenommen haben, geht das nicht. – (Z-Red.)

„Unser Land ist in seiner räumlichen Ausdehnung nicht groß ... Deshalb müssen wir richtig gerüstet sein ... Das ist mit Vernunft geplante Vorsorge"



„Dieses hochmoderne Gerät macht uns materiell verteidigungsfähig. Dahinter jedoch steht der Mensch. Ohne ihn, ohne seine geistige und praktische Fähigkeit, diese Maschinerie zu bedienen, und ohne sein Wollen, sein sittlich und moralisch begründetes Ja zur Verteidigung ist dieses ganze Material wenig wert." (Leber in seiner Begrüßungsansprache bei der Waffenschau auf der Wahner Heide bei Köln) Bis an die Zähne rüsten sich die westdeutschen Imperialisten, im Kampf um die Weltherrschaft mitzumischen. Ihr Problem, in die salbungsvollen Worte des Minister Leber gekleidet: Wen sie bis aufs Blut auspressen, der wird für sie nicht in den imperialistischen Krieg ziehen. Der wird sich mit den Völkern gegen ihren Angriff verbünden, der wird alle daransetzen, ihre Pläne zu vereiteln und ihre Diktatur zu stürzen. Die Arbeiterklasse und die Volksmassen vom Kampf abzuschrecken, sie einzuschüchtern, ihnen Übermacht der Bourgeoisie weiszumachen, sie vor ihren Kriegskarren zu spannen, zu nichts anderem veranstalten die Imperialisten ihre waffenstarrenden Propagandamanöver wie in der Wahner Heide bei Köln. Lang wird das ihren Sturz nicht hinauszögern. Die Waffensysteme werden, was ihre Sorge, von Menschen bedient, die aus der Arbeiterklasse und dem arbeitenden Volk kommen. Deshalb werden diese Waffen ihrem Sturz dienlich sein.

Gewalt gegen Gewalt! Schüler und Lehrer unterstützen bewaffneten Befreiungskampf

Westberlin. „Nur die Dummen, die zu faul zum Nachdenken sind, wollen immer mit Gewalt ihre Wünsche durchsetzen", läßt Ursula Wölfel in ihrem Lesestück „Krieg", abgedruckt in Lesestück 6, Klett Verlag, Stuttgart 1976, der Schuljugend mitteilen. Ihre Begründung: „In einem Land wohnen in einer Stadt Menschen mit weißer Haut und Menschen mit schwarzer Haut. Die Weißen verachten die Schwarzen. Sie lassen sie nur die schlechteste Arbeit tun und geben ihnen auch noch zu wenig Lohn dafür. Die schwarzen Menschen wollen jetzt die Verachtung und Ungerechtigkeit nicht mehr länger ertragen. Sie sagen: Gewalt gegen Gewalt? Die Weißen haben angefangen. Krieg, das bedeutet auf beiden Seiten, daß alles aufhört, was das Leben schön und freundlich macht: Feierabend, Feste, Sonntagsausflug. Es gibt kaum noch Freude, nur noch Abschied und Trauer, Hunger, Flucht, Armut, Angst und Tod. Aber die Menschen fangen jetzt endlich an, vernünftig zu werden und mehr über den Frieden als über den Krieg nachzudenken. Es gibt jetzt Wissenschaftler, die Friedensforscher heißen. Sie denken darüber nach, wie man Kriege verhindern kann. Nur die Dummen, die zu faul zum Nachdenken sind, wollen immer mit Gewalt ihre Wünsche durchsetzen."

Diesen Text stellte eine Neuköllner Lehrerarbeitsgruppe auf der Veranstaltung vom 3. Oktober zur Schulbuchkritik vor: Dort waren 60 Lehrer, 50 Schüler und 20 Arbeiter und Angestellte aus den Betrieben und anderen Gewerkschaften gekommen, um gemeinsam mit den Lehrern die Erfahrungen der Schulunterdrückung, der imperialistischen Indoktrination zu diskutieren und den Kampf gegen die Entlassungen der beiden Lehrerinnen M. Köster und H. Schumacher fortzuführen, die für den bewaffneten Befreiungskampf des Volkes von Zimbabwe im Unterricht Partei ergriffen haben. In der Auseinandersetzung um den Text „Krieg", ob es denn nicht richtiger sei, Abrüstungsschritte zu fordern, um den Krieg zu verhindern, denn alle Kriege seien ungerecht, stimmten die meisten Menschen der Veranstaltung den Ausführungen der Lehrerin M. Köster zu:

„In aller Welt wurde der Kampf des vietnamesischen Volkes unterstützt, wurde Geld gesammelt, wurde praktische Solidarität in den Schulklassen beraten. Heute ist Zimbabwe der Brennpunkt im Kampf der Völker der Dritten Welt für nationale Unabhängigkeit und Selbstbestimmung."

Bewiesen haben die Arbeiter und Angestellten aus dem Kinderbuch „Freiheit für Zimbabwe" und aus KVZ-Artikeln, daß es sich nicht um einen Rassenkrieg, sondern um einen Krieg gegen die Imperialisten handelt. Und die Genossin fuhr fort:

„Die westdeutschen Imperialisten, allen voran Siemens, AEG-Telefunken und BMW sind an der direkten Ausbeutung der schwarzen Arbeiterklasse und der Ausplünderung der Rohstoffe des Landes beteiligt. Das westdeutsche Kapital, das in Zimbabwe angelegt wird, stammt aus der Ausbeutung der Arbeiter hier. Und für uns gilt, was der Genosse Tekere von der ZANU gesagt hat: Unser Kampf ist euer Kampf und euer Kampf ist unser Kampf. Viele Lehrer erstellen selbst lange Unterrichtseinheiten und Arbeitsbögen, ohne die Schulbücher zu untersuchen und zu kritisieren. Ich habe das selbst lange gemacht. Die Schüler führen schon den Kampf und die Kritik. Diesen Kampf können wir unterstützen."

Ob die Lehrer unter sich die Schulbücher diskutieren oder ob sie den Kampf der Schüler offen unterstützen, sich mit der Arbeiterklasse und den unterdrückten Völkern verbinden und dafür die Gewerkschaft einsetzen, darüber gab es heftigen Kampf auf der Veranstaltung. Die anwesenden Mitglieder des geschäftsführenden Vorstandes der GEW zogen aus der Veranstaltung aus, nachdem sich der Vorstand in einem Mitgliederrundbrief distanziert hatte: „Sie (eine Erklärung der Kommission gegen politische Disziplinierung Neukölln) proklamiert die politische Haltung des KBW gegenüber dem gerechten Befreiungskampf in Zimbabwe als gewerkschaftliches Anliegen mit nachdrücklicher Empfehlung zum Einsatz im Unterricht!"

Autobahn als Notlandeplatz

Bremen. Als Notlandeplatz haben das Leichte Kampfgeschwader 43 aus Oldenburg und die 31. Staffel der Royal Air Force in Brüggen bei Mönchengladbach mit mehreren Jagdbombern der Typen Fiat G 91 und Jaguar ein Teilstück der neuen noch nicht freigegebenen Autobahn Bremen–Bremerhaven erprobt. Zu diesem Zweck war die Autobahn auf einer Strecke von 2,5 km für einen Tag in einen Notlandeplatz umgewandelt worden, mit allen technischen Notwendigkeiten wie Leitstellen, Funkfeuer und Radar. Im Rahmen der Nato-Verteidigung soll es 24 solcher Notlandeplätze geben. Generalmajor Kallerhof, Kommandeur der 3. Luftwaffendivision erklärte, daß die Verlegung von Notlandeplätzen von großer Bedeutung sei. „Bei einem Ernstfall können diese ‚Ausweichflugplätze' innerhalb 24 Stunden einsatzbereit sein." Oberst Laube, Kommodore des Leichten Kampfgeschwaders 43, erklärte, daß im Ernstfall die militärische Sicherung des Notlandeplatzes in einem größeren Umfange erfolge, als hier zwischen Hagen und Uthlede angedeutet worden sei.

Sorgen und Neid der imperialistischen Konkurrenten über die verschärfte Reaktion des westdeutschen Finanzkapitals

Die Verkehrsform der Kapitalisten ist die Konkurrenz, in die sie ihre Jagd nach Höchstprofiten treibt. Der Konkurrenz um Rohstoffe, Märkte und Anlagesphären entspricht die Konkurrenz der Imperialisten in der Aneignung unbezahlter Arbeitskraft. Auf dem Raub an Lebenszeit, Freizeit und Lebensmitteln, bauen die Imperialisten aller Länder ihre Stärke in ihren Konkurrenzschlachten um den Weltmarkt auf.

Die Klassenkämpfe der Arbeiter gegen die Ausbeuterordnung sind unvermeidbar. Der wachsenden Ausbeutung folgt die Zunahme der Reaktion. Anerkennung, aber auch gleichzeitig Neid erhält unter den Imperialisten diejenige Finanzbourgeoisie, die sich im Betreiben dieses verkommenen Geschäfts hervortut:

Schweiz: „Mit ungewohnter Schnelligkeit ist vom Bonner Justizministerium eine Gesetzesänderung vorbereitet, von den Rechtsausschüssen des Bundestages sowie den Fraktionen beraten und am Donnerstag schließlich vom Parlament angenommen worden, die einen Zustand der Rechtsbeugung beendet, aber selbst Züge eines Ausnahmerechts trägt..." (Neue Zürcher Zeitung)

„Hut ab vor der Handvoll Parlamentarier, die es trotz der emotionsgeladenen Stimmung wagten, im Deutschen Bundestag gegen das Schnellzugsverfahren in Sachen Terrorismusbekämpfung und ihrer juristischen Auswirkungen aufzutreten. Denn was hier in einer für die langsamen Mühlen Bonns höchst ungewöhnlichen Eile durchgepeitscht wurde, ist nicht mehr und nicht weniger als das erste Notstandsgesetz – geboren aus der schieren Verzweiflung, es sei den Terroristen anders als mit massivsten Mitteln nicht mehr beizukommen... Man kann, auch mit Blick auf das Bild der BRD im Ausland nur hoffen, es möge dieses Hauruckverfahren sich nicht einbürgern." (Zürcher Tagesanzeiger)

Schweden: „Es gibt Züge im westdeutschen System, wie das Berufsverbot für Radikale, die kritisch geprüft werden müssen. Das darf jedoch nicht verschleiern, daß die westdeutsche Gesellschaft bisher trotz schwerer Provokationen auf bewundernswerte Weise ihr Gleichgewicht bewahrt hat." (Svenska Dagbladet)

„Zerschlagt die schwedische Lüge über Westdeutschland als Polizeistaat... All diesem Quatsch über schleichenden Nazismus und eine neue Hitlerzeit glaube ich einfach nicht. Hitler ist tot und der Zweite Weltkrieg ist tatsächlich schon seit 30 Jahren tot." (Expressen, Europa Korrespondent)

Israel: „Wir empfinden keine Schadenfreude, aber wir haben Erfahrungen und auch das Recht, den Deutschen zu sagen, daß wir das vorausgesehen haben. Heute zahlt Deutschland einen schrecklichen Blutzoll, weil es vor Mörderbanden kapituliert und es ihnen ermöglicht hat, in seiner Mitte zu wachsen und zu gedeihen." (Maariv)

Japan: „In einer unsicheren Zeit wie der heutigen sehnt sich der Deutsche wieder nach einem ‚starken Mann'... Die Bundesrepublik leidet unter einer hohen Arbeitslosigkeit, gegenüber dem Terror der Linksextremisten herrscht Ratlosigkeit und die Grenzen des groß herausgestrichenen Wohlfahrtsstaates zeichnen sich ab. Trotz des Wohlstandes ist die Zahl der Personen groß, die sich Sorgen machen." (Ashahi Shibun)

„Bei einer ganzen Reihe von Terrorakten seit 1974 gelang es der deutschen Polizei, lediglich eine Handvoll Terroristen zu verhaften. Die Unfähigkeit der Ordnungshüter ist zu einem Problem geworden." (Yomiuri)

England: „Diese Mitläufer des Terrors gibt es auch in unserem Lande. Müssen wir erst warten, bis ausgewachsener Terror sich auch hier breitmacht, ehe die öffentliche Meinung aufgerüttelt wird, und womöglich, das Gesetz angewandt wird?" (Daily Telegraph)

Sowjetunion: „In Bundesdeutschland wird der Faschismus jetzt freigesprochen. Reminiszenzen an den Drang nach Osten und den Kampf gegen den Bolschewismus haben Buchläden und Springer-Zeitungen überflutet." (Prawda)

„Der Bazillus der unüberwundenen Vergangenheit infiziert die politische Landschaft der BRD." (Sozialistischeskaja Industrija)

KSZE – Konferenz zur Vorbereitung des imperialistischen Krieges

Die Absichten der westdeutschen Imperialisten mit den KSZE-Verhandlungen

„Wenn bürgerliche Diplomaten einen Krieg vorbereiten, so beginnen sie besonders eifrig von ‚Frieden' und ‚freundschaftlichen Beziehungen' zu schreien. Wenn irgend ein Außenminister einer ‚Friedenskonferenz' eifrig das Wort zu reden beginnt, so weiß man unbedingt, daß ‚seine' Regierung bereits neue Dreadnoughts (Panzerkreuzer) und Eindecker in Auftrag gegeben hat. Bei einem Diplomaten *müssen* die Worte von den Taten abweichen – was für ein Diplomat wäre er denn sonst? Worte sind eines, Taten sind etwas ganz anderes. Gute Worte sind eine Maske zur Verdeckung schlimmer Taten." Was Stalin 1913, ein Jahr vor Beginn des Ersten Weltkrieges, in seinem Artikel „Die Wahlen in Petersburg" geschrieben hat, läßt sich ohne ein Fünkchen Verlust des Wahrheitsgehaltes auf die soeben angelaufene Folgekonferenz der „Konferenz für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa" (KSZE) anwenden:

Die Sozialimperialisten hatten der „Friedenskonferenz" in Helsinki das Wort geredet, um mit „guten Worten" ihr aggressives Streben nach Weltherrschaft zu verdecken. Von den US-Imperialisten sind diese „Friedenspropagandisten" mit der Menschenrechtskampagne des „Weltfriedensapostels" Carter ideologisch in die Enge getrieben worden.

Zwei Tage, nachdem die jetzige Folgekonferenz eröffnet war, hat die US-Regierung neue Aufträge für Interkontinentalraketen im Wert von 35 Mrd. DM zur Aufrüstung der US-Armee vergeben.

Viel von Frieden und Freiheit redet gegenwärtig auf der Folgekonferenz die Delegation der westdeutschen Imperialisten:

„Eines der positivsten Ergebnisse der KSZE ist es gewesen, daß die Schlußakte von Helsinki der freiheitlichen und humanistischen Tradition Europas Rechnung trägt", war die einleitende Erklärung des Delegationssprechers Günther van Well, Staatssekretär des Auswärtigen Amtes, welches er „mit einem konkreten und nüchternen Stil der Auseinandersetzung" zu vertiefen beabsichtigt.

Und wodurch zeichnet sich der „freiheitliche Charakter der Schlußakte von Helsinki" aus?

In den wesentlichen Punkten ist festgelegt:

In den wesentlichen Punkten ist festgelegt:

1. Intervention ist rechtens und jedes Imperialisten ehrliches Bestreben: „Sie (die Teilnehmerstaaten) sind der Auffassung, daß ihre Grenzen in Übereinstimmung mit dem Völkerrecht durch friedliche Mittel und durch Vereinbarung verändert werden können."

2. Kapitalexport und Warenexport ist die Devise der Stunde bei der Erringung der Vorherrschaft über Europa: „... eine ausgewogenen Aufteilung der Vorteile und Verpflichtungen... in der Absicht, den am wenigsten Ländern besondere Aufmerksamkeit zu widmen."

3. Die Unterwerfung der Mittelmeerländer und die Vorherrschaft im Mittelmeerraum muß zur Entscheidung gebracht werden als nächstes Kettenglied im Kampf um Europa: „Im Bewußtsein der geographischen, historischen, kulturellen, wirtschaftlichen und politischen Aspekte ihrer Beziehungen zu den nichtteilnehmenden Mittelmeerstaaten... erklären (die Teilnehmerstaaten) ihre Absichten..., Sicherheit im gesamten Mittelmeerraum zu fördern."

Nichtteilnehmende Staaten sind das sozialistische Albanien und die afrikanischen Mittelmeerstaaten, Gegner der Festlegungen der KSZE-Schlußakte sind Rumänien und Jugoslawien.

Und schließlich 4. Einmischung in die inneren Angelegenheiten der Länder bei jeder sich bietenden Gelegenheit: „Setzen sich zum Ziel, freiere Bewegung und Kontakte auf individueller und kollektiver, sei es auf privater oder offizieller Grundlage, zwischen Personen, Institutionen und Organisationen der Teilnehmerstaaten zu erleichtern..."

„Für ein exportorientiertes Land wie die BRD... liegt die Bedeutung des Korbs II auf der Hand", führt van Well fort. Für die westdeutsche Finanzbourgeoisie gibt es nichts Naheliegenderes, als im Kampf um die Anlageplätze und Absatzmärkte ein neues Großdeutsches Reich mit Ausbreitung nach Osten anzustreben, aus Profitgier, die ihre Tradition hat.

Dem Kapitalexport folgt die politische Einmischung. Die Delegation Rumäniens hat die Absichten der westdeutschen Imperialisten aufgedeckt und angegriffen und alle Imperialisten gewarnt, Familienzusammenführung für andere, imperialistische Zwecke zu nutzen.

Sind die Möglichkeiten der Einmischung abgeschätzt, geht es an die Klärung der militärischen Erfolgsaussichten:

„Die Bundesregierung hat sich seit Beginn der KSZE-Verhandlungen dafür eingesetzt, daß auch die militärischen Aspekte der Sicherheit in den Prozeß einbezogen werden", und van Well setzt sich ein für mehr gegenseitige Manöverbeobachtung. Verständlich, daß die westdeutschen Imperialisten in Planung ihrer Vorwärtsverteidigung zur Schaffung eines Großdeutschen Reiches Interesse haben, Anlagen, Kampfmoral der Truppe und die landschaftliche Beschaffenheit der Gebiete des Gegners genauer in Augenschein zu nehmen. Verzichtet haben die westdeutschen Imperialisten zunächst darauf, voll ins Geschäft im Kampf um den „Korb IV", die „Menschenrechtsdebatte" zwischen SU- und US-Imperialisten, zu steigen. Sie haben kein Interesse, sich sogleich mit den Bourgeois anzulegen, in deren Länder sie expandieren und mitreden wollen. Zudem, den Streiter für die Rechte der Völker hat die westdeutsche Arbeiter[illegible]se dem Carter nicht abgekauft. Die westdeutsche Bourgeoisie hatte eine Unterschriftensammlung durchgeführt, auf der sich außer ihr offensichtlich keiner eingetragen hat. 17 664 Unterschriften hat die Liste aufzuweisen.

Damit eine Spaltung vermittels „Menschrechtsverteidigung" erzielt wird, die anknüpft an den Bestrebungen der revisionistischen Länder, sich aus den raubenden und fesselnden Klauen des SU-Imperialismus zu befreien, brauchen die US-Imperialisten Zeit und treten für eine möglichst lange Konferenzdauer ein. Im Gegensatz zu den SU-Imperialisten, die sie so schnell wie möglich hinter sich bringen wollen und sich auf der Konferenz selbst zurückhalten und die bulgarische Delegation vorschicken. Die SU-Imperialisten wissen um die Widersprüche der revisionistischen Länder und deren Widerstand gegen die „internationale Arbeitsteilung" der Sozialimperialisten. Sie haben noch nicht den richtigen Dreh gefunden, wie sie aus der ideologischen Defensive, in die Carter sie mit der Menschenrechtsdebatte gebracht hat, herauskommen sollen, weshalb sie ein baldiges Ende der Konferenz wünschen.

Die KSZE-Konferenz dient den Imperialisten nicht nur zur Täuschung der Völker, was ihnen immer schlechter gelingt, sondern es sind ihre Sondierungen, wie sie ihre Vorherrschaft über die Welt gegenüber der anderen Supermacht durchsetzen können. Sie messen dabei ihre eigenen Kräfte und rasseln mit den Säbeln und versuchen die Spaltungslinien innerhalb der imperialistischen Blöcke aufzureißen und diese zu sprengen. Das alles unter dem Deckmantel Entspannung, Menschenrechte, Familienzusammenführung, Wahrung der Sicherheit.

In der Prawda veröffentlichte Lenin im April 1913, als die imperialistischen Länder sich auf den Ersten Weltkrieg hinbewegten und ihn vorbereiteten:

„Nein, in der Politik ist es nicht so wichtig, *wer* unmittelbar bestimmte Anschauungen vertritt. Wichtig ist, *wem* diese Anschauungen, diese Vorschläge, diese Maßnahmen *nützen*. Nehmen wir als Beispiel ‚Europa': Staaten, die sich ‚zivilisiert' nennen, veranstalten jetzt ein tolles Hindernisrennen um die Rüstungen. In Tausenden Tonarten, in Tausenden Zeitungen, von Tausenden von Kanzeln schreit und zetert man über Patriotismus, Kultur, Heimat, Frieden, Fortschritt – und das alles, um die Ausgabe neuer Millionen und aber Millionen Rubel für alle möglichen Vernichtungswaffen, für Kanonen, für Dreadnoughts (Panzerkreuzer neuesten Typs) usw. zu rechtfertigen.

Meine Herrschaften, wertes Publikum! – möchte man sagen, wenn man all diese Phrasen der ‚Patrioten' hört – traut nicht ihren Phrasen, schaut lieber nach, *wem es nützt!*" – (Z-Red)

Kriegsvorbereitungen im Kampf um das Mittelmeer

Mittelmeerpolitik der Supermächte

Auf der KSZE-Folgekonferenz in Belgrad werden die „Ergebnisse der KSZE von 1975" in Helsinki überprüft. Zu diesen Ergebnissen gehört unter anderem die Feststellung, daß die Sicherheit Europas in Nordafrika liege.

„In der Überzeugung, daß die Sicherheit in Europa im weiten Umfeld der Sicherheit in der Welt zu betrachten ist und daß sie mit der Sicherheit im Mittelmeerraum in seiner Gesamtheit eng verbunden ist und daß dementsprechend der Prozeß der Verbesserung der Sicherheit nicht auf Europa beschränkt sein, sondern sich auch auf andere Teile der Welt erstrecken soll, insbesondere den Mittelmeerraum..." (Aus der Schlußakte von Helsinki)

Die beiden Supermächte haben im Verein mit den verbündeten Imperialisten in den letzten zwei Jahren alles darangesetzt, diese Drohungen weiter in die Tat umzusetzen und die „Sicherheit" auch im „Mittelmeerraum zu verbessern".

Die römischen Sklavenhalter nannten das Mittelmeer „mare nostrum", „unser Meer". Sie meinten damit, daß die Lebensmittel, die Holz-, Metall-, Gold- und sonstigen Besitztümer der Völker um das Mittelmeer herum ihr Eigentum seien; vor allem aber die Völker selbst als großes Reservoir der Jagd auf Sklaven offenständen, deren Ausbeutung die Grundlage der Sklavenhalterwirtschaft war. Die Sklavenhalter haben den Ausdruck „Befriedung" dafür gebraucht, wenn ihre Legionen eines dieser Völker oder Stämme niedergemacht und die Überlebenden in die Sklaverei geführt hatte.

Ähnlich verhält es sich mit der „Friedenssicherung" der Supermächte im Mittelmeer. Sie hat keinen anderen Zweck, als an die Ölquellen, Erzvorräte, Lebensmittel dieser Völker heranzukommen, an die Arbeitskraft der Arbeiter, die über das exportierte Kapital von den Imperialisten ausgebeutet werden. Und dabei sowohl die materielle strategische Basis zu erweitern, als auch die Aufmarschplätze für die imperialistischen Kriegsmaschinerien zu gewinnen. Der Krieg um Europa wird im und am Mittelmeer zu einem großen Teil vorbereitet, und er wird dort auch, wenn es den Imperialisten gelingt, ihn vom Zaun zu brechen, zu einem großen Teil stattfinden. Nicht umsonst gehen die NATO-Planspiele von ersten Kämpfen an der türkisch-sowjetischen Grenze aus.

Die Mittelmeerländer haben weder Interesse daran, Objekt der Ausbeutung durch die Imperialisten, vor allem der beiden Supermächte, zu sein, noch sich zertreten zu lassen bei deren Aufmarsch für das Einander-an-den-Hals-Springen. Die Volksmassen sind sowieso gegen die Ausbeutung und Unterdrückung. Das zeigen sie bei großen Kämpfen gegen die imperialistische Beherrschung, wie bei den großen Demonstrationen am 1. Mai in der Türkei mit 250000 Teilnehmern allein in Istanbul, bei Massenaktionen für den Rauswurf der US-Imperialisten aus Griechenland, die in den letzten Jahren nie abrissen. Die jeweiligen einheimischen Bourgeoisien, vor allem der Länder der Dritten Welt in dieser Region, werden durch diese Kämpfe gefördert in ihrem Bestreben, zumindest in Teilbereichen den lastenden Druck der Supermächte sich zu entziehen und so in der eigenen Profitmaschine besser voranzukommen.

Jahrzehntelang hatten die US-Imperialisten Griechenland, die Türkei und Spanien fest am Band. Mit dem spanischen Regime konnten sie 1975 bereits ihren alten „Freundschaftsvertrag" nicht mehr verlängern. In dem neuen müssen die US-Imperialisten, um sich weiter Basen zu erhalten, den völligen Abzug aller Kernwaffen aus Spanien, den Abzug der Atom-U-Boote aus Roja und die spanische Zustimmungsbedürftigkeit zu den militärischen Entscheidungen in einem Krieg mit oder in Spanien zugestehen. Sie haben das zähneknirschend getan. Genauso zähneknirschend wie in dem Abkommen mit der Türkei vom März letzten Jahres der türkische Oberbefehl über die Militärbasen anerkannt werden mußte, und das gleiche in dem Vertrag mit Griechenland.

Die Sozialimperialisten sind 1972 aus Ägypten mit ihren Militärberatern herausgeflogen, und damit auch mit ihren Schiffen aus den ägyptischen Häfen; und 1975 wurde ihnen der Freundschaftsvertrag gekündigt, als sie alle Militärschulden plötzlich gezahlt haben wollten, also Ägypten erpressen wollten.

Es sind zaudernde, zögernde, aus Angst vor der Revolution halbherzige Schritte der bürgerlichen Regimes in diesen Ländern. Sie sind aber bereits hoch wirksam. Sie steigern einmal die Rivalität der Supermächte. Kaum hatten die US-Imperialisten ein Waffenembargo gegen die Türkei verhängt, um die türkische Zustimmung zu einer Grenzlösung in der Ägäis zu erpressen und damit den Weg zu den unterseeischen Ölquellen freizumachen, versuchten die Sozialimperialisten über Kreditangebote die Türkei zu ködern und selbst in die Schuldknechtschaft zu nehmen.

Die Lage der Supermächte, gerade im östlichen Mittelmeer, ist keineswegs erfreulich. Dazu trägt vor allem bei, daß der imperialistische Brückenkopf im Nahen Osten, der Staat Israel, schwere Schläge der arabischen Völker erhält.

Die Antwort der Supermächte auf diese Lage ist zweifach. Erstens werden alle Möglichkeiten der ökonomischen Erpressung und des Fügsammachens der Länder angewandt. Über die Türkei z.B. haben die Imperialisten eine Kampagne gemacht, sie stehe vor dem Staatsbankrott, um sie dann um so besser in der Hand zu haben.

Der zweite Schritt besteht darin, daß sie ihre Interventionstruppen zur See und in der Luft ausbauen. Die sowjetische Flotte im Mittelmeer ist auf über 70 Schiffe aufgestockt worden. Die 6. US-Flotte wird ebenfalls vergrößert.

Dies alles nutzt nichts, wenn die Imperialisten nicht Basen haben, von denen aus die Schiffe versorgt und die Flugzeuge gestartet werden können. Unter den imperialistischen Militärberichterstattern gelten sowohl die Stützpunkte der US-Imperialisten in Griechenland, der Türkei wie auch auf Zypern als „gefährdet". Die Vorherrschaft im östlichen Mittelmeer könne allein über Schiffe und Flugzeuge aufrechterhalten werden, sagen sie. Was ist dazu aber unabdingbare Voraussetzung? Dazu ist unabdingbare Voraussetzung, daß die US-Imperialisten *Italien* und italienische Stützpunkte zur Verfügung haben. Ohne Italien kann das Mittelmeer weder per Schiff noch Flugzeug kontrolliert werden. Das zeigen den Imperialisten auch die Erfahrungen der beiden Weltkriege. Beide Supermächte unternehmen deshalb große Anstrengungen um Italien. Die Sowjetunion hat gegenüber Italien 1976 erstmals eine positive Handelsbilanz. Die US-Imperialisten bewachen es eifersüchtig und fürchten den Einfluß der Sozialimperialisten über die Revisionisten. Die Rivalität um die Vorherrschaft über das Mittelmeer wird sich mehr und mehr als Rivalität um die Vorherrschaft über Italien abspielen. Nicht, weil die Imperialisten das östliche Mittelmeer aufgegeben hätten. Sondern weil dies der einzige Weg zu seiner Beherrschung ist.

In dem Fernsehplanspiel „Frieden ist der Ernstfall" im Juni wurde der Kriegsbeginn in der Türkei dargestellt – aber nicht türkische, sondern landende US-Truppen waren die Hauptverwickelten. Über die türkischen Truppen sind sich die Imperialisten offensichtlich nicht so sicher. Die ganze „Sicherheit" der imperialistischen Unterdrückung besteht nicht mehr. – (Z-Red.)

Was die westdeutschen Imperialisten in die Staaten treibt

Ausbeutung der Arbeiterklasse in den Vereinigten Staaten – Kampf um die Neuaufteilung der Welt

„Jahrelang zogen es die deutschen Investoren vor, sich auf leisen Sohlen in die USA einzuschleichen, jetzt treten sie selbstbewußt zur Eroberung Amerikas an", schreibt die Managerzeitung „Capital". „Es schwirrt nur so von Hinweisen, welche Firmen hier etwas vorhaben", weiß die Chase Manhattan Bank zu berichten und wittert ihrerseits fette Kreditgeschäfte.

In Westdeutschland herrscht Überproduktion von Kapital. Die Millionen lassen sich aussichtsreicher in den Ländern der Dritten Welt oder direkt in den Ländern ihrer imperialistischen Konkurrenten, z.B. den USA, anlegen. „Wir haben in Deutschland seit Jahren kein reelles Wachstum mehr und müssen raus. Die Frage ist, was wir noch alles in Amerika machen können", zeichnet W. Ziegler, Chef der Siemens Coorporation (USA), die Lage. Auch die US-Märkte sind überfüllt. Darüber jammern die US-Imperialisten selbst; der Handelskrieg zwischen den Imperialisten tobt, es geht um die Neuaufteilung der Welt.

Von dieser Sicht aus betrachtet ist für die westdeutschen Imperialisten noch eine Menge zu machen.

Die US-Imperialisten schützen ihre Märkte gegen die imperialistische Konkurrenz zusehends durch protektionistische Maßnahmen. Durch den Kapitalexport werden diese Maßnahmen unterlaufen. Es bahnt sich einiges an, seit unter Jimmy Carter der Stahlkonzern US-Steel das US-Finanzministerium verklagt hat, weil dieses nicht die inländischen Profite gesichert hat und die billigen Stahlimporte mit Schutzzöllen belegte. „Dieser Mann kann einen ganz nervös machen", bringt Schmücker seine Bedenken zum Ausdruck.

Kapitalexport ist nichts Neues für die westdeutsche Bourgeoisie. Sprunghaft hat er innerhalb der letzten Jahre zugenommen. Wurden über die westdeutschen Banken in den ersten acht Monaten des letzten Jahres 1,8 Milliarden DM transferiert, so sind es im Laufe dieses Jahres bereits 9,6 Milliarden DM (z.B. 1971 – 1973 insgesamt 11,2 Milliarden). Seit zwei Jahren übersteigen die westdeutschen Investitionen in den USA die der USA in Westdeutschland.

Von der Seite der Ausbeutung der Arbeiterklasse her sind die USA schon eine äußerst mehrwertträchtige Anlagesphäre. Hohe Produktivkraft der Arbeit, geringere Löhne als in Westdeutschland, weniger Urlaub, weniger „Lohnnebenkosten" für die Kapitalisten usw. Der durchschnittliche Lohn der Industriearbeiter beträgt derzeit 5,52 Dollar laut dem Gouverneur von Tennessee. In Tennessee selbst, preist er die Ausbeutungsbedingungen, betrage der durchschnittliche Lohn sogar nur 4,55 Dollar. Nach Vergleichsrechnung der BASF zwischen ihren westdeutschen und ihren US-Fabriken ergibt sich ein Unterschied von 10 Dollar (Westdeutschland) zu 8,63 Dollar (USA) einschließlich „Lohnnebenkosten" pro Stunde.

Nach Angaben der US-Statistik sind 26 Millionen Menschen bereits unter die Armutsgrenze gedrückt worden. Der Lohn ist seit 1973 gegenüber der Steigerung der Lebenshaltungskosten um 12% gesenkt worden.

„Der Durchschnittsamerikaner akzeptiert Konsequenzen, wenn ein Geschäft nicht mehr gut läuft." Kündigungen können bis allerspätestens innerhalb von zwei Wochen vollzogen werden. Das „akzeptiert" der Arbeiter, meint BASF-Direktor Minsinger und spielt auf den geringen Organisationsgrad der Arbeiterklasse an, der in den USA im Durchschnitt 23% und ohne die Landarbeiter 28% beträgt. Im Süden, wo die Ausbeutungsbedingungen noch günstiger sind, beträgt dieser, wie z.B. in Tennessee, gerade 18%.

Das nutzen die westdeutschen Imperialisten. VW hat versucht, die Lohnkosten beim Aufbau des Werkes durch geringer bezahlte, nicht gewerkschaftlich organisierte Arbeiter zu drücken. Die Arbeiter haben dies durch Streik verhindert. 296 westdeutsche Monopole und Kapitalisten haben in den USA bereits Zweigwerke, sind Anteilhaber an der Ausbeutung der Arbeiterklasse der USA. Den Großkonzernen wie Bayer, Hoechst, BASF oder Korf, die schon frühzeitig darangegangen sind, ihre Exportmärkte durch direkte Produktionsaufnahme in den USA auszuweiten, folgen jetzt auch mittlere und Kleinkapitalisten. Mit solchen Mammutinvestitionen, wie der VW-Konzern sie vornimmt, gelingt es, die einzelnen US-Staaten gegeneinander um billigstes Bauland, Kredite usw. auszuspielen. Die Eroberung der US-Märkte durch Kapitalexport ist die Verbreiterung der Ausgangsbasis für den Kampf des westdeutschen Imperialismus mit den Supermächten um die Neuaufteilung der Welt. – (Z-Red.)



Investitionsprojekte des westdeutschen Imperialismus in den USA

– Auszug –

2,5 Milliarden DM beträgt der bisherige Investitionswert, den die westdeutschen Imperialisten in den USA als Kapital angelegt haben. Das größte derzeit laufende Projekt sind die US-Werke des **VW-Konzerns**, wo das Werk in Pennsylvania 450 Millionen beträgt. Bei solchen Investitionen konnte der VW-Konzern die einzelnen Staaten und amerikanischen Kreditgeber hübsch gegeneinander ausspielen und seine Anlagekosten verringern. Das Werk soll auf einen Jahresausstoß von 200000 Wagen hochgetrimmt werden. Erreichen soll dies der US-Chef McLerron (ehemals General Motors), der als Produktionsfachmann bei GM die Arbeiter am schnellsten Fließband der Welt mit einer Stundenleistung von 100 Wagen vom Typ Vega schuften ließ. 71 Millionen Dollar brachte der US-Staat Pennsylvania als Starthilfe für VW auf, davon sind 46 Millionen Kredite, deren Tilgung zum größten Teil erst in 20 Jahren beginnt, 15 Millionen für den Anschluß des Werkes an die Autobahn, 10 Millionen für einen werkseigenen Gleisanschluß.

Der „Sprung" von VW in die USA hat gleich ein Dutzend Zulieferbetriebe veranlaßt, an der Eroberung des US-Marktes teilzunehmen. So die Kolbenfabrik **Mahle**, der Kupplungshersteller **LuK**, **VDO** will über sein Tochterunternehmen die Sache jetzt weiter aktivieren, **Bosch** vergrößert seine bisherigen Anlagen für Einspritzer auf doppelten Ausstoß. **Varta** hat durch den Ankauf von Barrett Batteree den Ausgangspunkt für weitere Aktivitäten gelegt.

Der Chemie-Konzern **Degussa** hatte für 360 Millionen DM seine Chemiefabrik in Alabama in Betrieb genommen.

Für 140 Millionen sicherte sich **Daimer-Benz** den Nutzfahrzeughersteller Euklid durch Ankauf. Demnächst wollen sie an dessen einstige Muttergesellschaft White Motor Corp. heran.

Für 250 Millionen kaufte **Flick** das Chemiekonglomerat Grace.

Henkel kaufte in diesem Sommer den Lebensmittelkonzern General Mills dessen gesamte Chemiesparte ab, für 165 Millionen.

Siemens will sich für 100 Millionen in die Allis-Chalmers einkaufen und über 12 in den Südstaaten liegende Werke gebieten.

Für 250 Millionen DM plant die **KWU** den Bau einer Turbinen- und Generatorenfabrik.

Nach den Großbanken geht jetzt auch die **Bayerische Hypotheken- und Wechselbank** in die USA. Begründung: „Man verliert zu viele deutsche Kunden, wenn man nicht hierher geht."

Der lange geplante Umsatz in den USA für den Computerkonzern **Nixdorf** soll jetzt mit dem Einkauf in die Elektrofirma Entrex erreicht werden.

Die Industriegruppe **Korf** erlangte im letzten Jahr einen Umsatz von 300 Millionen Dollar mit dem Stahlverkauf in den USA.

Die American **Hoechst** Corp. hat einen Umsatz von 800 Millionen Dollar erreicht.

Der aus 28 Betrieben bestehende **Bayer**-Konzern erreichte dieses Jahr einen Umsatz von über einer Milliarde Dollar und plant 50 Millionen DM zum Aufbau einer Eisenoxidpigmentefabrik in den USA. 40 Millionen DM sollen für den restlichen Erwerb der Miles Laboratories Inc. investiert werden.

Bis 100 Millionen Dollar will die **BASF** weiter in den USA, die zusammen mit dem US-Konzern Dow Chemical einen Umsatz ihrer Faserfabrik Dow Badische von 900 Millionen Dollar erzielt hat, investieren.

Unverbrüchliche Einheit der Dritten Welt im Kampf um ihre nationalen Ressourcen

Der Kampf der Völker und Staaten der Dritten Welt um die Verfügung über ihre nationalen Ressourcen gewinnt stetig an Umfang und Wucht. Zwei neue Beispiele:

Anfang September trafen sich 14 Mitgliedsstaaten (darunter Peru, Argentinien, Barbados, Bolivien, Kolumbien, Kuba, Brasilien, Ekuador, Mexiko, Panama und Venezuela) eines neugegründeten „Lateinamerikanischen Systems zur Bewirtschaftung der Fisch-Ressourcen" in Lima. Für die Völker Lateinamerikas ist die Verbesserung ihres Fischfangs innerhalb ihrer nationalen Wirtschaftszonen (Peru als größtes fischexportierendes Land der Dritten Welt war der erste Staat, der die 200-Meilen-Zone einführte) eine entscheidende Frage der Volksernährung. Die Fischvorkommen vor der Küste und in den großen Binnegewässern sind sehr reichhaltig, aber es fehlen die Produktionsmittel, um sie zu nutzen. Stattdessen treiben sich die imperialistischen Raubflotten dort herum und fischen in großem Stil ab.

Der Direktor der mexikanischen Meeresschutzbehörde, Duran, hat in einem Interview die Sowjetunion sowie Kuba, das seine Fangflotten für die sozialimperialistischen Fischreikonzerne losschicken muß, beschuldigt, daß sie maßgeblich an der Raubfischerei auf Krebse und Langusten innerhalb der Wirtschaftszone Mexikos beteiligt sind. „Die mexikanischen Fischer geben immer sehr acht, daß sie diese jungen Krebse nicht fangen, aber diese ‚Piraten' kümmern sich nicht darum, wenn die ganze Spezies ausstirbt", sagte Duran. (Hsinhua, 27. September)

Ähnliches passiert vor den Küsten fast aller lateinamerikanischen Staaten. Die Vertreter der 14 Mitgliedsstaaten des neuen gemeinsamen Systems zur Bewirtschaftung der Fischressourcen haben daher beschlossen, ihre Mittel und Kenntnisse gegenseitig nutzbar zu machen und eng in der Erforschung und rationellen Nutzung der Fischvorkommen zu kooperieren. Zu diesem Zweck haben sie die Gründung eines „Aktionskomitees" beschlossen.

Das Aufbringen sowjetischer und bulgarischer Raubfischer vor der argentinischen Küste (siehe Meldung Seite 1) ist ein Beweis, daß die Staaten Lateinamerikas ihre gesetzten Ziele auch erreichen wollen.

Anfang September trafen sich auch die Vertreter von 22 Mitgliedsstaaten der „Gruppe der lateinamerikanischen und karibischen zuckerexportierenden Länder" (Geplacea) zu ihrer 7. Sitzung in Kingston, Jamaica. Diese Sitzung diente der Vorbereitung auf eine gegenwärtig stattfindende Weltzuckerkonferenz. Daran, wie sich der Zuckerpreis auf dem kapitalistischen Weltmarkt entwickelt, hängt in diesen Ländern, die durch neokoloniale Abhängigkeit noch immer zu Monokultur verurteilt sind, das Leben hunderttausender Menschen. Daher sagte der jamaicanische Außenminister Patterson auf der Eröffnungssitzung, daß eine Einigung auf ein gemeinsames Auftreten gegenüber den imperialistischen „Industrieländern" auf der Zuckerkonferenz „ein entscheidender Schritt voran auf dem langen Marsch zu einer neuen Weltwirtschaftsordnung" wäre. Die Versammlung einigte sich auch auf eine Reihe grundlegender Forderungen: so die Festlegung eines Minimalpreises von wenigstens 13 Cents pro Pfund, weiter die Einrichtung von „bufferstocks" (Lagern, die als „Puffer" gegen imperialistische Spekulationsmanöver dienen können) sowie die Festsetzung von Exportquoten pro Land, um die Konkurrenz untereinander wesentlich einzuschränken. (Hsinhua, 5.9.77)

Die Fronten auf der Weltzuckerkonferenz stehen sich hart gegenüber. Den reaktionärsten Standpunkt vertreten die EG-Staaten, die den Mindestpreis für Zucker auf ganze 8 Cents drücken wollen (gegenwärtiger Preis, der nicht einmal die Selbstkosten der exportierenden Länder deckt: 7 Cents). Weiter sind sie gegen „bufferstocks" als Mittel der Preisregulierung und wollen höchstens der Anlage von Reservelagern zustimmen, auf die sie Zugriff haben und die ihnen womöglich noch in ihre Kriegsvorbereitungen hineinpassen. Exportquoten lehnen sie überhaupt ab, um die armen, auf die Exporte dringend angewiesenen Länder weiterhin skrupellos gegeneinander ausspielen zu können und die Bedingungen zu diktieren.

Dennoch wäre es schon gelungen, die EG-Imperialisten, die untereinander zerstritten sind, zu isolieren (die US-Imperialisten haben schon verschiedene Zugeständnisse gemacht), wenn nicht unter den zuckerexportierenden Entwicklungsländern selbst Uneinigkeit über die definitiven Exportquoten aufgebrochen wäre. In der Hauptsache geht es dabei darum, daß die anderen Länder nicht einsehen, daß Kuba als größter Zuckerexporteur einen Großteil seiner Ernte zu geringen Preisen nach langfristigen Verpflichtungen an die Sowjetunion und die anderen RGW-Staaten liefert, die diesen Zucker zum Teil auf dem Weltmarkt weiterverkaufen, es sich aber zugleich leisten können, der Konferenz fernzubleiben. Kuba wird vom Sozialimperialismus mit immer wachsenden Schulden gnadenlos im Zustand einer Zuckerplantage gehalten und muß exportieren und nochmals exportieren. Gerade dies treibt das Land aber jetzt immer häufiger an die Seite der übrigen Länder der Dritten Welt. Ihre Interesseneinheit ist objektiv und letzten Endes unverbrüchlich. – (Z-Red.)

Sozialimperialistische Politik gegenüber Israel

Heimtückischer Verrat der Interessen der arabischen Völker

Anfang Oktober haben die beiden Supermächte USA und Sowjetunion eine gemeinsame Erklärung zur „Lage im Nahen Osten" abgegeben. Darin erklären sie, bis „spätestens Dezember 1977" die „Genfer Nahost-Konferenz" wieder aufnehmen zu wollen, weil „im Interesse der Völker des Nahen Ostens und der internationalen Sicherheit dringend und so bald als möglich eine gerechte und dauerhafte Lösung des israelisch-arabischen Konflikts gefunden werden müsse". (Nach: Neue Zürcher Zeitung, 4.10.77) In welchem Geist und zu welchem Zweck sie diese Konferenz betreiben, zeigt deutlich der Inhalt der Erklärung. Die Supermächte „fordern" darin: „1. Rückzug der israelischen Streitkräfte von während des Krieges 1967 besetzten Gebieten; 2. Lösung des Palästinenserproblems einschließlich einer Sicherung der legitimen Rechte des palästinensischen Volkes; 3. Beendigung des Kriegszustandes und 4. Einrichtung normaler, friedlicher Beziehungen auf der Basis gegenseitiger Anerkennung der Prinzipien von Souveränität, territorialer Integrität und politischer Unabhängigkeit." (Neue Zürcher Zeitung) Die Supermächte heben besonders ihre „Bereitschaft" hervor, „sowohl die Grenzen im Nahen Osten wie auch die Bedingungen eines Abkommens international zu garantieren".

Die Sozialimperialisten sind seit Jahr und Tag Hauptbetreiber einer solchen Genfer Nahost-Konferenz, durch die sie ihren Einfluß im Nahen Osten zu stärken hoffen. In einer „Erklärung der sowjetischen Regierung zur Lage im Nahen Osten vom 28. April 1976" hatte sie bereits ähnliche „Vorschläge" zur „Lösung des Nahost-Konflikts" angeboten, als „internationalen Mechanismus für die Ausarbeitung entsprechender Vereinbarung" die „Genfer Nahost-Friedenskonferenz" angeboten und ihre „internationalen Garantien für die Sicherheit und Unantastbarkeit der Grenzen *aller Staaten des Nahen Ostens*, für ihre Rechte auf eine unabhängige Existenz und Entwicklung" zur Grundlage erklärt, „auf der eine Regelung erreicht werden kann". Und sie hatte gedroht: „Nur jene Kreise, die nicht auf die gefährliche Politik verzichten wollen, im Nahen Osten am Rande eines Krieges zu balancieren, können Einwände gegen diese Basis der Regelung erheben." Solche „Einwände" werden tagtäglich und tatkräftig von den palästinensischen Volksmassen erhoben. Im März 1977 hat der Palästinensische Nationalrat erklärt und seither mehrmals bekräftigt, zuletzt im August gegenüber verschiedenen Drohungen und Betrugsmanövern der US-Imperialisten: „Der Palästinensische Nationalrat beschließt die Fortsetzung des Kampfes zur Rückgewinnung der nationalen Rechte unseres Volkes, vor allem des Rechts auf Rückkehr und Selbstbestimmung und des Rechts auf die Errichtung seines unabhängigen nationalen Staates auf nationalem Boden." Er „bekräftigt die Entschlossenheit der PLO, den bewaffneten Kampf und die damit zusammenhängenden Formen des politischen und des Volkskampfes fortzusetzen, um die nationalen Rechte zu verwirklichen". Die Sozialimperialisten werden nicht müde, sich selbst als die „natürlichen Verbündeten der arabischen Völker" zu bezeichnen. Kann es einen heimtückischeren Verrat an den Interessen der arabischen Völker geben als die offen erklärte Absicht, die fortgesetzte Verletzung des Selbstbestimmungsrechts des palästinensischen Volkes „zu garantieren"?

Der zionistische Staat wurde 1948 vom Imperialismus ins Leben gerufen als Aggressionsposten gegen die arabischen Völker. Er wurde gegründet auf der Vertreibung der palästinensischen Volksmassen aus ihrem Land und der Unterdrückung seiner nationalen Rechte. Damals ist die Sowjetunion an der Seite der arabischen Völker gegen die Errichtung des Siedlerregimes aufgetreten. Heute ist sie eine seiner wesentlichen Stützen, nicht nur „internationaler Garant", sondern gleichzeitig auch unerschöpflicher Blutspender. Ohne den ständigen Zustrom jüdischer Einwanderer aus der Sowjetunion, die in den besetzten Gebieten als Speerspitze gegen die palästinensischen Einwohner eingesetzt werden, wäre das zionistische Siedlerregime zu seiner aggressiven Besatzungspolitik kaum imstande.

Mit der jüngsten gemeinsamen Erklärung zur Lage im Nahen Osten haben die Sozialimperialisten erneut bewiesen, daß es für kein Volk der Welt wünschenswert ist, wenn es die Sowjetunion plötzlich ungefragt zum „Verbündeten" und gleich noch zum „natürlichen" erhält. Heißt es doch nichts anderes, als daß die Sozialimperialisten aus dieser Selbsternennung sich das Recht ableiten, seine Rechte und Interessen zu verschachern. Dreist gehen sie dabei vor. In der zitierten Erklärung von 1976 gehen die Sozialimperialisten immerhin noch in Worten davon aus, daß die Palästinensische Befreiungsorganisation PLO legitime Vertreterin des palästinensischen Volkes ist und daß sie „als interessierte Seite" an der „Genfer Friedenskonferenz" teilnehmen könne. In der jüngsten „gemeinsamen Erklärung" – die US-Imperialisten vermerken es mit Genugtuung – „(verzichten) sie auf eine Erwähnung der Palästinensischen Befreiungsorganisation". Mit anderen Worten, sie haben bereits fundamentalste Rechte des palästinensischen Volkes verschachert. Glauben sie wirklich, die Rechnung ohne den Wirt machen zu können? „Der Palästinensische Nationalrat bekräftigt das Recht der PLO auf Teilnahme in unabhängiger und gleichberechtigter Form an allen internationalen Konferenzen und Institutionen, die sich mit der Palästina-Frage und mit dem arabisch-zionistischen Konflikt befassen, um unsere unveräußerlichen nationalen Rechte ... durchzusetzen. Der Palästinensische Nationalrat erklärt alle Lösungen und Regelungen, die die Rechte unseres palästinensischen Volkes berühren und in seiner Abwesenheit beschlossen werden, grundsätzlich für ungültig." (Erklärung vom 20. März 1977) – (Z-Red.)

Raubfischerei vor Afrikas Küste

Sozialimperialisten im Großeinsatz

Heftigen Widerstand haben die Sozialimperialisten auf der 6. UN-Seerechtskonferenz in diesem Jahr gegen die Einführung der 200-Meilen-Zone geführt. Sie bekämpften und bekämpfen sie deshalb, weil innerhalb von 200 Meilen vor den Küsten der größte Fischreichtum besteht, auf den sie am besten ungeteilt Anspruch haben wollen. Daß der „Küstenstaat" innerhalb der 200-Meilen-Zone „weitreichende Hoheitsrechte innehabe, die auch Kompetenzen über die Schiffahrt anderer Staaten einschließen solle", sind für sie „extremistische Ansprüche, die unannehmbar sind, da sie zur Anarchie und Willkür auf dem Weltmeer führen würden. In der künftigen Seerechtskonvention", so sind ihre ausgeprägt habgierigen Vorstellungen, „muß deshalb eindeutig klargestellt werden, daß die ökonomische Zone ... ein Teil des offenen Meeres ist. In der ökonomischen Zone haben alle Staaten uneingeschränktes Schiffahrts- und Überflugsrecht, das Recht der Verlegung von Kabeln und Pipelines sowie andere Freiheiten des offenen Meeres ..." (Horizont Nr. 18/77, DDR)

Die „Freiheiten des offenen Meeres" sind u.a. Fischen, wo und wieviel man will. Darauf kommt es den Sozialimperialisten an. Unter der Flagge der „Verstärkung der Zusammenarbeit mit afrikanischen Ländern" und mit heißen Schwüren, daß „die Sowjetunion nicht nach Konzessionen, Militärbasen oder irgendwelchen Sonderrechten, weder in afrikanischen Ländern noch anderswo, strebt" – so Podgorny im März 1977 auf einer Reise durch Afrika – haben die Sozialimperialisten begonnen, den westafrikanischen Fischreichtum zu plündern, der bereits von den Seefahrern aller Jahrhunderte gepriesen wurde: „Die sagenhaften Reichtümer der Meere vor der Sahara und den Kanarischen Inseln waren schon den Seefahrern des Altertums und des Mittelalters bekannt. Sie haben uns die ersten Schilderungen ihrer außerordentlich reichhaltigen atlantischen Fauna ... übermittelt. Im 15. Jahrhundert warfen flämische, baskische, andalusische, englische, französische und italienische Fischer ihre Netze in diesem Meeres-Eldorado aus." (Aus: Information über die Fischwirtschaft des Auslandes, herausgegeben vom Ministerium für Landwirtschaft und Ernährung, Nr. 2/1977) Diese Tradition wollen die Sozialimperialisten fortsetzen, wenn sie die 200-Meilen-Zone bekämpfen.

„Fische sind der natürliche Grundnahrungsstoff der westafrikanischen Küstenländer. Fischexperten heben hervor, daß nirgendwo in der Welt, außer in Südostasien, Fische eine so wichtige Eiweißquelle sind wie gerade in Westafrika. Je ärmer ein Land, desto wichtiger sind die Eiweißquellen. Nicht nur, daß Fisch in Westafrika relativ billig ist, sondern er ist allgemein zu akzeptieren, nicht wie z.B. Schweinefleisch, welches Moslems nicht akzeptieren können. Fisch wurde noch wichtiger, weil in den letzten Jahren durch die große Dürre bei den Staaten an der südlichen Zone der Sahara das Vieh fast völlig verhungert war. In Mauretanien und Mali wurde Viehzucht betrieben und damit die Westküste, die Ivory-Küste und Ghana über Ausfuhr versorgt. Die Rinderherden haben noch nicht wieder den Stand von vor der großen Dürre erreicht und in Mauretanien z.B. ist die Ausfuhr von Rindern heute immer noch verboten.

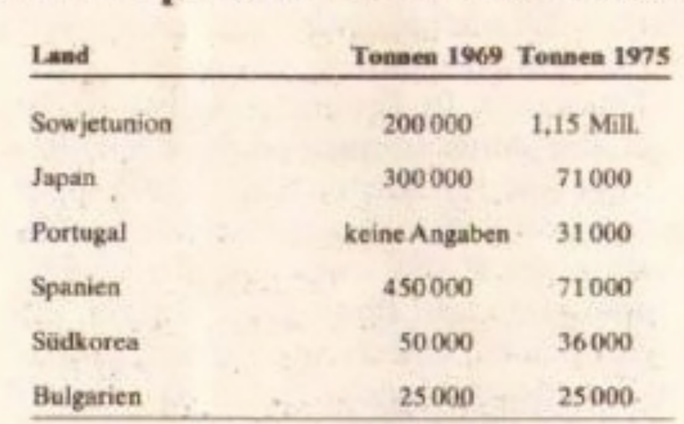
Gerade die ärmeren westafrikanischen Staaten sind es jedoch, wie Guinea-Bissau und Mauretanien, die am wenigsten in der Lage sind, ihre Fischreichtümer selbst auszubeuten oder zu schützen. So fischen viele ausländische Schiffe vor der westafrikanischen Küste, wie z.B. vor Mauretanien. Sie bezahlen auch Lizenzgebühren, um in den territorialen Gewässern fischen zu dürfen. Dies ist oft die Haupteinnahmequelle das betreffenden Landes. Der letzte mauretanische Fischereibericht stellt unheilvoll fest, daß ungeachtet dieser Einnahmequelle solche Ausbeutung keinen Nutzen für die Entwicklung der Fischerei hat. Außerdem, fährt der Bericht fort, haben die meisten der Hauptausbeuter Fabrikschiffe – dies entspricht den aufgezwungenen Bedingungen – so daß einfach der Fisch, den sie gefangen haben, an Bord verarbeitet wird und nach Hause transportiert wird, ohne daß ein fremder Hafen angelaufen wird oder daß der Fisch in Afrika in Fabriken verarbeitet wird.

Außerdem ist es so, daß Dutzende von Schiffen, die nicht berechtigt sind, vor der westafrikanischen Küste zu fischen, tagtäglich ohne Scheu die Gewässer berauben. Mauretaniens Präsident Moktar Auld Daddah berichtete, wenn es ihnen gelänge, eines der Piratenschiffe aufzubringen, ihre Freilassung gewöhnlich durch diplomatische Intervention erzwungen wird. „Wenn ein Dieb stiehlt", sagte der Minister, „macht seine Regierung nichts, um etwas für ihn zu tun, welches Recht haben sie jedoch in diesen Fällen?"

Sein Hinweis, wie ernst dieses Problem in Mauretanien ist, beweist die Tatsache, daß an einem Tag zwölf Schiffe ohne Fangerlaubnis aufgebracht wurden. Sechs spanische, vier südkoreanische und zwei griechische. Und dies ist nur die Spitze des Eisbergs.

Etwa 20 ausländische Flotten operieren vor diesem Gebiet, welches eines der wenigen Gebiete der Welt ist, wo ausländische Flotten den größten Teil der Fische fangen. Das Potential der nordwestafrikanischen Küste ist von der Welternährungsorganisation der Vereinten Nationen auf knapp 4 Millionen Tonnen geschätzt worden. Weniger als ein Zehntel davon wird von den Anliegerstaaten genutzt. Der Fischereiertrag vor der nordwestafrikanischen Küste war insgesamt 1968 1175 Tonnen, wovon nur 350 Tonnen die Anliegerstaaten selbst einholten.

Vor allem die Sowjetunion, deren Flotten aus Fabrikschiffen und Fangschiffen immer zahlreicher werden und die heute vor der Küste von Rio de Oro, dem ehemaligen Spanisch-Sahara, mit ihren hellerleuchteten Arbeitsdecks die Nacht zum Tage machen, ist daran beteiligt. Der Fischfang vor der westafrikanischen Küste betrug 1965 800000 Tonnen, 1975 3,5 Millionen Tonnen und 1976 3,7 Millionen Tonnen. Fast ein Drittel dieses Reichtums plündert die Sowjetunion.



Land	Tonnen 1969	Tonnen 1975
Sowjetunion	200000	1,15 Mill.
Japan	300000	71000
Portugal	keine Angaben	31000
Spanien	450000	71000
Südkorea	50000	36000
Bulgarien	25000	25000

Die Sozialimperialisten fischen Quantitäten. Sie haben ein bestimmtes Plansoll zu erfüllen. Der Typ und die Qualität des Fisches interessiert sie nicht und ist relativ unwichtig, sie werden alle zentral verarbeitet und soviel wie möglich wird zu Fischmehl verarbeitet. So wird der Bestand an Fischen zerstört. Dadurch, daß auch kleine Fische und alle Fische gefangen werden, ist die Nahrungskette gestört und somit Wachstum und Vermehrung gehindert.

Andere Probleme sind die Fischereiabkommen zwischen der UdSSR und den westafrikanischen Staaten. Die Regierung Guinea-Bissaus ist dabei, das Fischereiabkommen zu kündigen, welches erst vergangenen November abgeschlossen wurde. Guinea-Bissau beklagt die sozialimperialistische Überfischerei, die Lieferung von falschen Booten und daß die Sozialimperialisten den ganzen frischen Fisch wegnehmen, obwohl dies Punkte sind, die unter das Fischereiabkommen fallen. Außerdem wurde die versprochene Ausbildung der einheimischen Fischer nicht durchgeführt. Ebenso werfen die Mauretanier den Russen vor, daß sie die einheimischen Fischer nicht – wie im Abkommen enthalten – gefördert haben und ihnen nur Fisch niederer Qualität überlassen haben. In Senegal ging letztes Jahr die „Staatliche Tunfisch-Gesellschaft" bankrott, nachdem sie jahrelang Geld verloren hatte, weil die von den Russen gebauten Tunfischboote den senegalesischen Bedingungen nicht entsprachen, was jeden Gewinn ausschloß.

Die Völker Afrikas haben aus der Ausplünderung ihrer natürlichen Reichtümer durch die Sozialimperialisten ihre Konsequenzen gezogen. Als Podgorny Afrika „brüderlich" besuchte, haben „in Pressekommentaren eine Anzahl von Ländern der Dritten Welt darauf hingewiesen, daß der Zeitpunkt für Podgornys Afrika-Reise die sowjetischen Absichten zur Verstärkung der Infiltration und Expansion erkennen lasse". (Peking Rundschau Nr. 14/1977)

Anfang des Jahres haben Kapverde, Guinea-Bissau, Mauretanien, Gambia und Senegal einen Zusammenschluß in Meeresfragen gegründet, um gemeinsam ihre Meeresschätze zu verteidigen, Gebiete aufzufinden, die Förderung der handwerklich betriebenen Fischerei und den Ausbau von lokalen Handelsflotten und Industriebetrieben voranzutreiben und die Zusammenarbeit auf dem Forschungssektor und die Sammlung und den Austausch von statistischen Daten zu nutzen. Acht westafrikanische Staaten (Senegal, Elfenbeinküste, Dahomey, Mauretanien, Togo, Nigeria, Ghana und Sierra Leone) haben inzwischen einen gemeinsamen gesamten Fischereiertrag von zwei Millionen Tonnen.

Die westafrikanischen Staaten sind entschlossen, eigene Fischereizonen aufzubauen und die Meeresschätze ihrer Territorialgebiete allein zu nutzen.

In einem Bericht zur Fischereimesse in Dakar vom Februar 1977 aus der oben erwähnten Zeitschrift des Landwirtschaftsministeriums der BRD ist dieser Wille bemerkt worden, aber die imperialistischen Schreiberlinge hoffen darauf, daß die westafrikanischen Völker den Aufbau einer einheimischen Fischereiindustrie nicht schaffen: „Die meisten schwarzafrikanischen Staaten sind für den geplanten Ausbau der Fischerei meistens auf Kredite oder Geschenke anderer Länder angewiesen ... Man muß damit rechnen, daß sich Fischereientwicklungspläne in Westafrika in Zukunft stärker als bisher auf den Ausbau der handwerklich betriebenen Fischerei, die Anlage von Häfen und Fischmärkten sowie auf die für eine moderne Fischwirtschaft erforderliche Infrastruktur richten. (...) Für eine schnelle Entwicklung der industriellen Fischerei fehlt im allgemeinen die Basis. Außerdem ist sie sehr kostspielig und südlich davon werden ohnehin die Küsten schon durch industrielle Fischereiflotten aus allen Erdteilen beansprucht."

Der Zusammenschluß der westafrikanischen Staaten, die Kündigung von erpresserischen Fischereiabkommen der Sozialimperialisten, die Erkämpfung der 200-Meilen-Zone sind Zeichen genug, daß die westafrikanischen Staaten im Vertrauen auf die eigene Kraft auch den Sozialimperialismus besiegen können und die Hoffnung auf Einmischung anderer imperialistischer Staaten zunichte machen. – (Z-Red.)



Westafrikanische Fischer kehren vom Fang zurück. Nicht der gering entwickelte Stand der Produktivkräfte hindert die Völker der Welt daran, sich aus dem Elend zu befreien. Genügend Arme können Berge versetzen. Die Befreiung von imperialistischer Ausbeutung ist die Voraussetzung dafür.

Tunesien
Marokko
Algerien
Libyen
DAR Sahara
Mauretanien
Mali
Niger
Tschad
Senegal
Gambia
Obervolta
Guinea-Bissau
Dahome
Guinea
Nigeria
Sierra Leone
Kamerun
Togo
Liberia
Elfenbeinküste
Ghana
Äquat. Guinea
Gabun
Kongo



Das Mutterschiff *Wostok* einer sowjetischen Fischereiflotteneinheit, wie sie vor der Küste von Rio de Oro (DAR Sahara) eingesetzt werden. Das Schiff trägt 14 kleinere Fischfangfahrzeuge, die im Einsatzgebiet zu Wasser gelassen werden. Auf dem Bild sind zwei davon zu sehen, die übrigen sind auf Wagen, die auf Schienen laufen, im Mutterschiff verstaut worden (die kleineren Fahrzeuge unter der Kommandobrücke sind Rettungsboote). Für die Suche nach oberflächennahen Fischschwärmen wie zum Beispiel Sardinen hat *Wostok* zwei Hubschrauber an Bord. Auf dem Schiff selbst wird der Fang zu Konserven, Gefrierfisch, Fischmehl und Fett verarbeitet.

Sozialdemokratie 1945: Gegen die Revolution, für das kapitalistische Privateigentum

Sicherung der kapitalistischen Herrschaft nach dem Zweiten Weltkrieg durch Spaltung und Unterdrückung der Arbeiterbewegung

Die Bourgeoisie in Westdeutschland hat sich von ihrer Niederlage im zweiten imperialistischen Weltkrieg erholt. Gestützt auf die Ausbeutung der westdeutschen Arbeiterklasse, die sie ständig weiter verschärft, nimmt sie an der Seite der Supermacht USA, aber zusehends selbständiger und in Konkurrenz zu dieser, am Kampf um die Weltherrschaft teil; trifft sie ihre Vorbereitungen, um erfolgreich dabei zu sein, wenn die imperialistischen Mächte und allen voran die beiden Supermächte diesen Kampf mit kriegerischen Mitteln austragen. Dabei stützt sich die westdeutsche Bourgeoisie auf die Sozialdemokratie. Auf die Regierungssozialdemokratie, die ihr direkt das Geschäft der Unterdrückung und Ausplünderung der westdeutschen Volksmassen und der imperialistischen Expansion und Kriegsvorbereitungen besorgt; auf die Gewerkschaftssozialdemokratie, die diese imperialistischen Ziele durch Spaltung und ideologische Knebelung gegen die Arbeiterklasse durchzusetzen sich bemüht. Entweder wird die proletarische Revolution den Krieg verhindern, oder aber der Krieg wird die Revolution hervorbringen, sagen wir Kommunisten, und die Geschichte ist unser Zeuge. Aber ebenso wahr ist, daß die Entwicklung sich nicht im Selbstlauf vollzieht. Herrscht der Reformismus in der Arbeiterbewegung vor, bleibt die Arbeiterklasse durch die Sozialdemokratie gespalten, wird sie den erneuten Weltbrand nicht verhindern, die Ausbeuterherrschaft nicht abschütteln können.

Diese schmerzvolle Erfahrung hat die westdeutsche Arbeiterklasse bereits schon einmal machen müssen. Durch die Niederlage im zweiten imperialistischen Weltkrieg und die Niederschlagung des Hitler-Faschismus durch die sozialistische Sowjetunion, durch die Völker der Welt und die westlichen Alliierten war die Herrschaft der deutschen Bourgeoisie schwer angeschlagen. Dennoch gelang es ihr, ihre Herrschaft unter der Schirmherrschaft der imperialistischen Besatzer erneut zu errichten, *obwohl* die kapitalistische Ausbeuterherrschaft der Arbeiterklasse und breiten Teilen des Volkes zutiefst verhaßt war; *obwohl* unter ihnen der Wunsch mächtig war, die Ursachen der faschistischen Schreckensherrschaft und des imperialistischen Raubkrieges, das kapitalistische Privateigentum zu beseitigen. Dieser Haß war so mächtig, daß die Bourgeoisie nicht wagte, den Wiederaufbau der Gesellschaft als Wiederaufbau des Kapitalismus zu propagieren. So stark war ihre Furcht vor der proletarischen Revolution, daß sie auch dem bewaffneten Schutz der imperialistischen Besatzermächte nicht allein vertraute, sondern Umwege einschlug, um zum Ziel zu kommen. Wer verstand das Geschäft des Betrugs an der Arbeiterklasse besser als die Sozialdemokratie? Mit ihr konnte sich die Bourgeoisie auf eine Partei stützen, die über jahrzehntelange Erfahrung in der Spaltung der Arbeiterklasse verfügte und die jetzt, nachdem sie durch den Faschismus zerschlagen und in die Illegalität gedrängt worden war, sozusagen „sauber" dastand; deren Führer alles in ihren Kräften Stehende getan hatten, um den geschlossenen Widerstand der Arbeiterklasse gegen die faschistische Herrschaft zu sabotieren, die sich aber jetzt mit dem Widerstand vieler ihrer Mitglieder brüsten konnten.

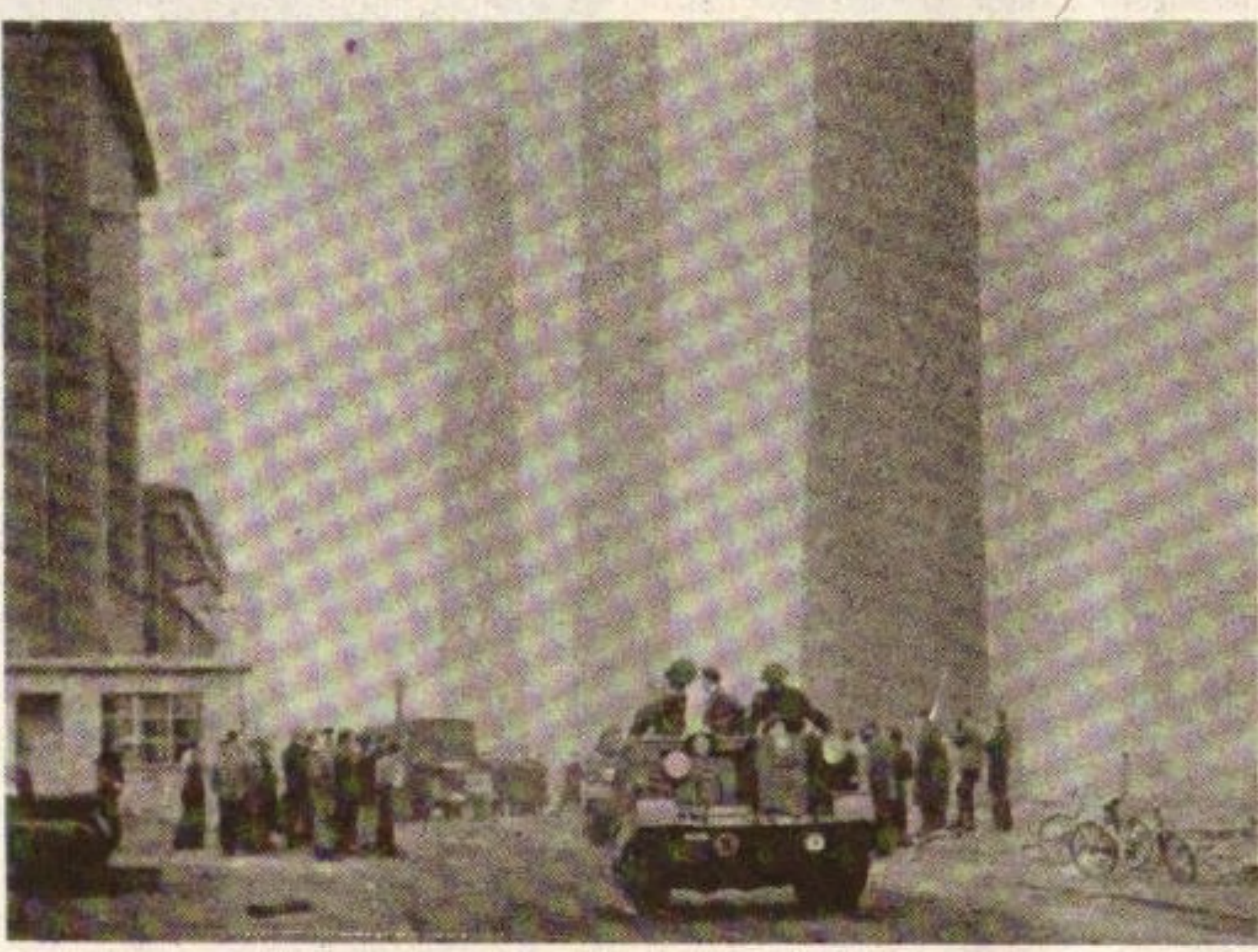
„So wird die Sozialdemokratische Partei zur schicksalsentscheidenden Kraft der deutschen Politik" (Kurt Schumacher am 15. Juni 1945)

Der Umweg, über den die westdeutsche Bourgeoisie mit Hilfe der SPD die Arbeiterklasse zur Unterwerfung unter ihre ungebrochene Profitgier zwingen wollte, hieß: „Sozialismus". In den politischen Leitsätzen, die der Gründungsparteitag der SPD in den Westzonen im Mai 1946 verabschiedete, heißt es:

„... sieht die Sozialdemokratische Partei ihre Aufgaben darin, alle demokratischen Kräfte Deutschlands im Zeichen des Sozialismus zu sammeln. Nicht nur die politischen Machtverhältnisse, sondern auch ihre ökonomischen Grundlagen müssen geändert werden. Nur eine völlige Umgestaltung gibt dem deutschen Volk die wirtschaftlichen und sozialen Lebensmöglichkeiten und sichert die Freiheit und den Frieden. (...)

Das heutige Deutschland ist nicht mehr in der Lage, eine privatkapitalistische Profitwirtschaft zu ertragen und Ausbeutungsgewinne, Kapitaldividenden und Grundrenten zu zahlen. Die jetzt noch herrschenden Eigentumsverhältnisse entsprechen nicht mehr den sonstigen gesellschaftlichen Zuständen und Bedürfnissen. Sie sind zu dem schwersten Hemmnis der Erholung und des Fortschritts geworden."

Man muß sich die Verhältnisse in Westdeutschland in diesen Jahren vor Augen halten. Durch den Krieg war ein Großteil der Produktionsmittel zerstört, die gesellschaftliche Produktion nahezu lahmgelegt. Gleich nach



Die britischen Besatzer besetzen Peine-Salzgitter, um die Demontage durchzuführen

Kriegsende war die Arbeiterklasse darangegangen, die Produktion wieder aufzubauen, die zerstörten Fabriken wieder aufzurichten, die Maschinen in Gang zu setzen, die zerstörten Wohnungen wiederherzustellen, die Nahrungsmittelproduktion und damit die Ernährung der Volksmassen sicherzustellen. Selbständig, in dauerndem Kampf mit den westlichen Besatzermächten, die die Demontage betrieben, in Abwesenheit der Kapitalisten, die sich teilweise abgesetzt hatten und teilweise im Gefängnis saßen. Dieser Erfahrung, daß die Arbeiterklasse die entscheidende Produktivkraft ist, mußten die bürgerlichen Ideologen Rechnung tragen. Sie ließ ihnen auf Jahre hinaus keinen Raum für die Propaganda der Notwendigkeit der Kapitalisten. Der SPD unter Führung von Kurt Schumacher oblag die Aufgabe, weitergehende Schlüsse zu verhindern, den Schluß nämlich, daß die Arbeiterklasse die Herrschaft der Kapitalistenklasse stürzen muß.

„Die Vergesellschaftung der Produktionsmittel erfolgt auf verschiedene Weise und in verschiedenen Formen. Es gibt für den Sozialismus keine Einförmigkeit und keine Unfreiheit, keinen kommandierenden Kasernensozialismus, keine Uniformität. Es gibt keine sozialistische Gesellschaft ohne die mannigfaltigsten Betriebsarten und -formen der Produktion. Der Sozialismus will soviel wirtschaftliche Selbstverwaltung wie möglich unter stärkster Beteiligung der Arbeiter und Verbraucher."

Der „Sozialismus" auf sozialdemokratische Art deckt sich entschieden mit den Interessen der westdeutschen Bourgeoisie; noch war ihre Herrschaft angeschlagen, noch herrschten die imperialistischen Besatzermächte. Die Produktionsmittel waren nach wie vor im Privateigentum der Kapitalisten, und diese warteten sehnsüchtig darauf, sie wieder in Besitz zu nehmen, um sich die Früchte der gewaltigen Arbeit der westdeutschen Arbeiterklasse anzueignen. Die Förderung der Produktion in den „mannigfaltigsten Betriebsarten und -formen", die „Vermehrung der Produktionsmittel und Verbrauchsgüter", die die Sozialdemokratie zum Ziel des „Sozialismus" erklärte, förderte schließlich allein den Kapitalismus und die Herrschaft der westdeutschen Bourgeoisie. Unter dem Schlagwort der *„einen* Demokratie" predigten die Sozialdemokraten der Arbeiterklasse, daß nichts weniger notwendig sei, als diese Herrschaft zu bekämpfen und zu stürzen. So Kurt Schumacher am 6. Mai 1945 auf der Gründungsversammlung der SPD Hannover, wenige Tage vor der endgültigen Kapitulation des deutschen Imperialismus:

Auf der Kundgebung am 1. Mai in München entfaltet die KPD ein Transparent

„... daß es von vorneherein keine bloß ‚formale' oder ‚kapitalistische' oder ‚proletarische' Demokratie gibt. (...) Es gibt nur eine Demokratie schlechthin und das, was die Einsicht und die Kraft einer Klasse aus ihr machen."

Nachdem die offen terroristische Diktatur der Bourgeoisie, der Faschismus, geschlagen war, betrieben die Sozialdemokraten die Unterwerfung der Arbeiterklasse unter die andere Form der bürgerlichen Herrschaft, unter die bürgerlich-parlamentarische Demokratie, und hinderten sie, den imperialistischen Staatsapparat zu zerschlagen.

„Wir deutschen Sozialdemokraten sind nicht britisch und nicht russisch, nicht amerikanisch und nicht französisch" (Kurt Schumacher)

Die imperialistischen Besatzermächte hatten ihren deutschen Konkurrenten im Bündnis mit der sozialistischen Sowjetunion niedergeschlagen und ihre Herrschaft in den westlichen Zonen errichtet. In der Folge gingen sie gemeinsam mit ihrem geschlagenen Konkurrenten, auf den sie sich mehr und mehr stützten, daran, die Arbeiterklasse an der Revolution zu hindern und gleichzeitig ihre Besatzung zu einem Angriffsposten gegen die Sowjetunion auszubauen. „Mit der Ablösung der Herrschaft der deutschen Finanzbourgeoisie durch die imperialistischen Besatzer hörte die deutsche Finanzbourgeoisie nicht auf, der Hauptfeind der deutschen Arbeiterklasse und des deutschen Volkes zu sein. Aber mit diesem Hauptfeind und den Produktionsverhältnissen, auf denen seine Herrschaft beruhte, konnte die Arbeiterklasse bloß Schluß machen, wenn sie an der Spitze des Volkes für den Abzug der imperialistischen Besatzertruppen kämpfte und damit die Voraussetzungen für die Herrschaft der Arbeiter und Bauern schuf." (Kommunismus und Klassenkampf 8/77)

Die KPD hat die nationale Frage und das Selbstbestimmungsrecht des deutschen Volkes lange vernachlässigt, was ein wesentlicher Grund dafür war, daß sie die Arbeiterklasse nicht zum Sturz der imperialistischen Ausbeuterherrschaft hat führen können. Demgegenüber hat die SPD, die sich als „Vertreter des deutschen arbeitenden Volkes und damit der deutschen Nation" bezeichnete, unter Kurt Schumacher von Beginn an eine nationale Demagogie entfaltet, die sich gegen die Sojwetunion richtete und auf die Unterdrückung der deutschen Arbeiterbewegung und ihre Spaltung zielte. Die Sowjetunion war die einzige Besatzungsmacht, auf die sich die Arbeiterklasse in ihrem Kampf gegen die imperialistische Herrschaft stützen konnte. In der von ihr besetzten Zone entfalteten die Arbeiter früh eine rege politische und gewerkschaftliche Tätigkeit, entwickelte und festigte sich im Kampf gegen den faschistischen Staatsapparat die Einheit der Arbeiter.

In ganz Deutschland drängte die Arbeiterklasse an die Überwindung der Spaltung, in der sie zu Recht die Ursache für die Niederlage gegen den Faschismus sah, drängte sie auf Einheit.

Der „linke" Sozialdemokrat Peter von Oertzen schildert freimütig, wie die Tätigkeit des „Büros Schumacher" von Anfang an gegen dieses Streben nach Einheit und Zusammenschluß der Arbeiterklasse sich richtete: „Diese Notwendigkeit (schnell eine schlagkräftige sozialdemokratische Partei aus dem Boden zu stampfen – Red.) bestand schon angesichts der staatlichen Desorganisation und der politischen Apathie; ihre zwingende Gewalt erhielt sie aber erst durch die Einheitsfrontpolitik der Kommunisten. Sollten deren gut gedrillte Kader nicht die Sehnsucht nach der ‚Einheit der Arbeiterklasse' ungehindert ausnutzen und die sozialdemokratischen Massen einfach vereinnahmen können, wie es ihnen in der Ostzone unter dem Schutz der Roten Armee gelungen war, dann mußte rasch gehandelt werden ... Es besteht kein Zweifel, daß ohne die harte Hand und den leidenschaftlichen Antibolschewismus der Gruppe um Schumacher die Sozialdemokratie in den ersten Jahren nach 1945 schweren Schaden erlitten hätte." Das Verdienst der Sozialdemokratie besteht darin, durch die Spaltung der Arbeiterklasse diesen „schweren Schaden" von der westdeutschen Monopolbourgeoisie abgewendet, durch nationale Demagogie und chauvinistische Hetze gegen die sozialistische Sowjetunion die Spaltung Deutschlands und damit die Errichtung eines imperialistischen westdeutschen Staates als Bastion des Imperialismus und der Aggression gegen die Sowjetunion und die Staaten der Volksdemokratien gefördert zu haben.



Unterdrückung der Kämpfe der Arbeiterklasse

Im Gegensatz zur sowjetisch besetzten Zone wurde die Arbeiterbewegung in den von den westlichen Alliierten besetzten Zonen gewaltsam unterdrückt. Der britische Militärgouverneur Montgomery schrieb in seinen Memoiren: „Die Russen unterstützten die Gewerkschaften, ich beschloß, das nicht zu tun. Ich war zwar sehr dafür, daß sie den Verhältnissen entsprechend wachsen sollten, aber dagegen, daß sie forciert würden. Dafür hoffte ich zu erreichen, daß im Laufe der Zeit aus ihren eigenen Reihen die richtigen Leute an die Spitze kamen. Gingen wir jedoch zu schnell vor, so bestand die Gefahr, daß sie in falsche Hände gerieten und daraus Schwierigkeiten entstanden." Seine Furcht rührte daher, daß der Einfluß der KPD direkt nach dem Krieg sehr hoch war und in zahlreichen Großbetrieben die Mehrheit der Betriebsräte kommunistisch war; rührte daher, daß die Arbeiterklasse begonnen hatte, Einheitsgewerkschaften auf dem Boden des Klassenkampfes aufzubauen.

Die gewerkschaftliche Organisierung wurde verboten bzw. eingeschränkt und ihre Genehmigung an bestimmte Bedingungen gebunden.

Die britische Militärregierung untersagte 1946 die Bildung von zentralisierten Einheitsgewerkschaften und sorgte durch Unterdrückung und Verfolgung kommunistischer betrieblicher und gewerkschaftlicher Kader dafür, daß „die richtigen Leute an die Spitze kamen", daß die Sozialdemokraten ihre Herrschaft in den Gewerkschaften in der Aufbauphase errichten konnten. Zum Dank leiteten zum Beispiel die sozialdemokratischen Gewerkschaftsführer der IG Metall 1948 mittels Unvereinbarkeitsbeschlüssen eine große Ausschlußwelle kommunistischer Gewerkschaftsmitglieder ein.

1947 erklärte der US-Gouverneur Oberst Dr. James R. Newman in einer Rundfunkansprache: „Streiks oder andere Umtriebe gegen die Politik der Militärregierung, die in irgend einer Weise die Forderungen oder Pläne der Besatzungsmacht gefährden könnten, werden in Hessen nicht geduldet werden (...) Jede Person oder Gruppe von Personen, die so handelt, wird bestraft werden, und vergessen Sie nicht, daß nach den Gesetzen der Besatzungsarmee und der Militärregierung die Schuldigen sogar mit der Todesstrafe belegt werden können." Trotz aller Unterdrückung hatten die Kämpfe gegen die erneute Inbesitznahme der Betriebe durch die Monopolkapitalisten (die in vielen Betrieben, so z.B. bei Krupp, nur unter dem bewaffneten Schutz der Besatzer durchgeführt werden konnte), gegen die Demontage, gegen den Lohnstopp und die unerträgliche Ernährungslage einen großen Aufschwung genommen. Anfang 1947 streikten hunderttausende Arbeiter, fanden große Demonstrationen statt, gegen die die Alliierten teilweise bewaffnet vorgingen. Die SPD hat diese Kämpfe systematisch sabotiert. Hans Böckler, der damalige DGB-Vorsitzende, verfaßt eine „Anti-Streik-Resolution", in der er die Streiks verurteilte, „weil sie die Notlage nicht bessern könnten". Den Arbeitern, die an den Streiks teilnahmen, wurde der Ausschluß aus den gewerkschaftlichen Organisationen angedroht.

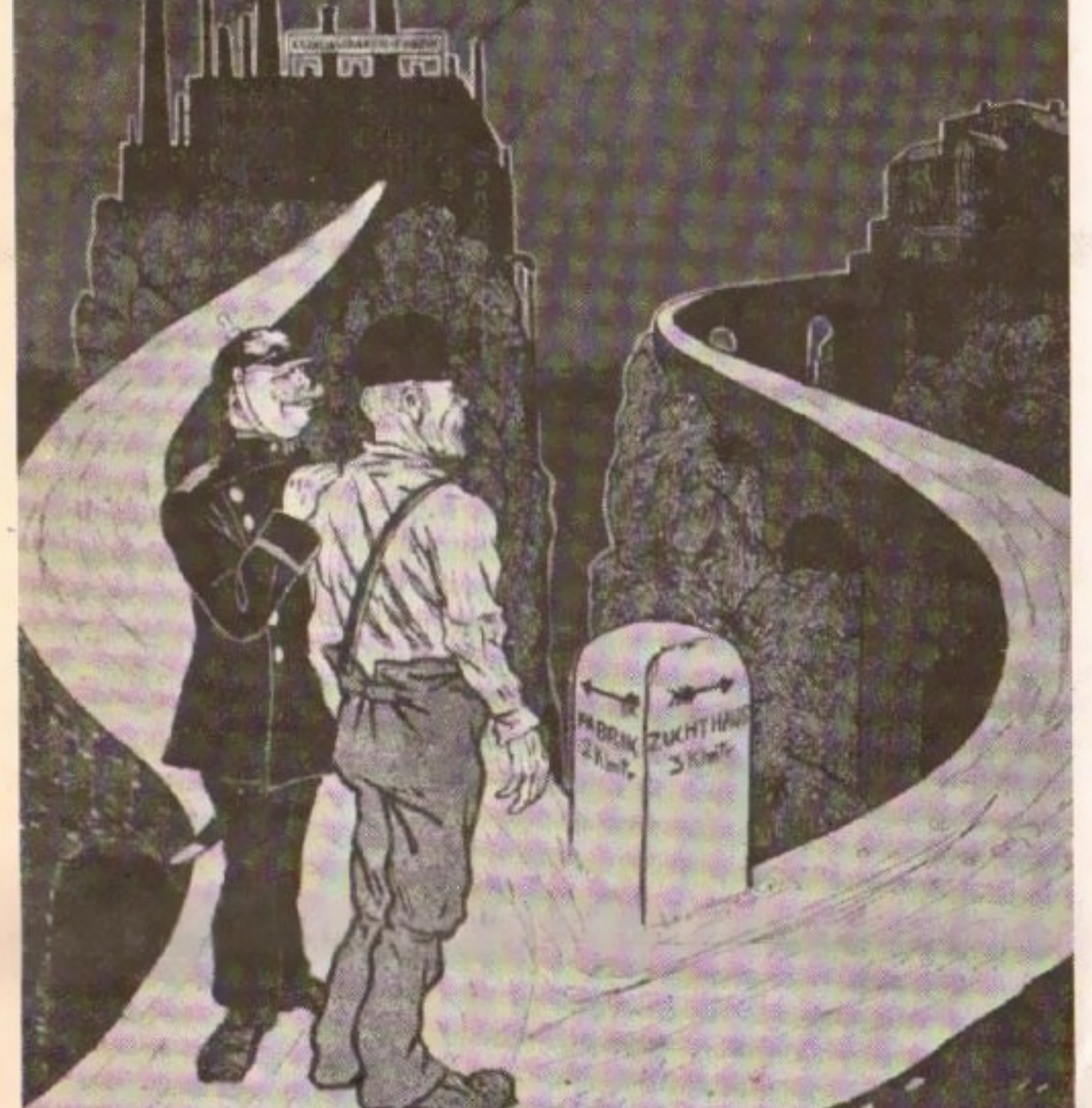
Die Sozialdemokratie hat der deutschen Monopolbourgeoisie in der kurzen Zeit nach dem Zweiten Weltkrieg über die zweitschwerste Krise der imperialistischen Herrschaft hinweggeholfen. Ihre Herrschaft *war* angeschlagen, und die Frage stand, ihr durch die proletarische Revolution den Todesstoß zu versetzen. Durch Betrug, durch Spaltung und Unterdrückung der Arbeiterbewegung hat die SPD die Revolution verhindern können. „Im Sinne der deutschen Politik ist die Kommunistische Partei überflüssig. Ihr Lehrgebäude ist zertrümmert, ihre Linie durch die Geschichte widerlegt", hatte Kurt Schumacher die KPD und mit ihr die Arbeiterklasse verhöhnt. Heute existiert ein kommunistisches Programm und wird die Kommunistische Partei, die ideologisch zu zersetzen und schließlich zu zerschlagen der Bourgeoisie gelungen war, erneut aufgebaut. Gute Bedingungen, um aus den Erfahrungen der Niederlagen der Arbeiterklasse zu lernen und das geplante Kriegsabenteuer der Imperialisten durch die Revolution zu vereiteln. – (Z-Red.)

Sozialistengesetz: stumpfe Waffe gegen den wissenschaftlichen Sozialismus und die Organisation der Arbeiterklasse

1871 hatte das preußische Junkertum unter Führung Bismarcks die Einigung Deutschlands zuwegegebracht. Sie war geboren aus Blut und Eisen, dem Eroberungskrieg gegen Frankreich, und getränkt mit dem Blut der Pariser Kommune. Das Reich war keine demokratische Republik, sondern „ein mit parlamentarischen Formen verbrämter, mit feudalem Beisatz vermischter, schon von der Bourgeoisie beeinflußter, bürokratisch gezimmerter, polizeilich behüteter Militärdespotismus" (Marx). Die Bourgeoisie war zufrieden mit ihrer schäbigen Rolle an der Seite und am Bändel der regierenden Junkerkaste. Denn sie hatte erreicht, was sie brauchte: Einheitliches Zollwesen, einheitliches Handelsrecht, einheitliche Währung gaben dem Kapital alle Entfaltungsmöglichkeiten; und die regierende Kaste schien stark und brutal genug, um die Arbeiterklasse unterdrückt zu halten.

„Ich komme zu der Frage zurück, wann und warum ich meine Bemühungen um soziale Verhältnisse aufgegeben habe, und wann überhaupt meine Stellung zur sozialen Frage eine andere geworden ist. Es stammt dies von dem Augenblick her, wo in versammeltem Reichstag ... ich weiß nicht, war es der Abg. Bebel oder Liebknecht, in pathetischem Appell die französische Kommune als Vorbild politischer Einrichtungen hinstellte und sich selbst offen vor dem Volke zu dem Evangelium dieser Mörder und Mordbrenner bekannte. Von diesem Augenblick an habe ich die Wucht der Überzeugung von der Gefahr, die uns bedroht, empfunden; jener Anruf der Kommune war ein Lichtstrahl, der in die Sache fiel, und von diesem Augenblick an habe ich in den sozialdemokratischen Elementen einen Feind erkannt, gegen den der Staat, die Gesellschaft, sich im Stande der Notwehr befindet." (Bismarck am 17. September 1878 im Reichstag zur Begründung der Sozialistengesetze)

Zwei Attentate auf Kaiser Wilhelm I. boten Bismarck 1878 den Vorwand, gleich am nächsten Tag ein Ausnahmegesetz gegen die Sozialdemokratie vorzulegen und in kürzester Frist beschließen zu lassen. Bis auf die Beteiligung an den Wahlen zu den Parlamenten war jede Tätigkeit der Sozialdemokratie und praktisch auch der Gewerkschaften verboten.



In den Jahren nach 1871 blühten das Geschäft und der Schwindel im großen Maßstab, und Bismarck betrieb die systematische Verfolgung der revolutionären Sozialdemokratie. Hochverratsprozeß 1872 gegen Bebel und W. Liebknecht mit Gefängnisstrafen von 2 Jahren, eine Flut von Prozessen wegen Gottes-, Majestäts- und Bismarckbeleidigungen gegen die revolutionäre Presse der Arbeiterklasse.

Die revolutionäre Arbeiterbewegung war den herrschenden Klassen das entscheidende Hindernis für die verschärfte Ausbeutung der Arbeiterklasse und die Plünderung der Volksmassen, für die Expansionspläne des preußischen Militarismus und der Großbourgeoisie. Zudem war auf das „Gründerfieber", die goldenen Jahre der Profitmacherei und der schnellen Bereicherung, die unvermeidliche Krise gefolgt mit dem Zusammenbruch tausender Unternehmen, der Vernichtung der Existenz von zehntausenden Kleinbourgeois und dem Darniederliegen der Produktion; die Profitmacherei stockte, und um so wütender verlangte die Reaktion die Zerschlagung der Sozialdemokratie.

Aus dem Gesetz gegen die gemeingefährlichen Bestrebungen der Sozialdemokratie vom 21.10.1878 („Sozialistengesetz")

§ 1. Vereine, welche durch sozialdemokratische, sozialistische oder kommunistische Bestrebungen den Umsturz der bestehenden Staats- oder Gesellschaftsordnung bezwecken, sind zu verbieten. (...)

§ 9. Versammlungen, in denen sozialdemokratische, sozialistische oder kommunistische, auf den Umsturz der bestehenden Staats- oder Gesellschaftsordnung gerichtete Bestrebungen zu Tage treten, sind aufzulösen. (...)

§ 11. Druckschriften, in welchen sozialdemokratische, sozialistische oder kommunistische auf den Umsturz der bestehenden Staats- oder Gesellschaftsordnung gerichtete Bestrebungen in einer den öffentlichen Frieden, insbesondere die Eintracht der Bevölkerungsklassen gefährdenden Weise zu Tage treten, sind zu verbieten. (...)

Auf der Grundlage des Gesetzes hat die Reaktion gewütet und hunderte Terrorurteile gegen die Arbeiterbewegung verhängt. Mit dem Gesetz im Kreuz hat die Regierung im Auftrag der Monopolbourgeois und Großgrundbesitzer Schutzzölle durchgesetzt und dadurch die Ausplünderung der arbeitenden Klassen kräftig verschärft. Ohne die Waffe ihrer Organisationen mußten die Arbeiter eine große Senkung der Löhne und massive Verlängerung des Arbeitstages hinnehmen.

Aber die Junker und die Großbourgeois hatten sich gründlich verrechnet, damit der Partei der Arbeiterklasse den Todesstoß versetzt zu haben. Zwar wollten die Vertreter der bürgerlichen Linie in der Partei das Gesetz durch Mäßigung, das heißt Aufgabe der revolutionären Politik unterlaufen, aber die revolutionären Sozialdemokraten bauten eine illegale Organisation auf, die am revolutionären Kurs festhielt und das Ansehen der Sozialdemokratie in der Arbeiterklasse noch weiter stärkte. Wöchentlich erschien die Zeitung „Der Sozialdemokrat", zuerst im Ausland und später in Deutschland gedruckt. „Kein Tag vergeht, ohne daß aus einer ganzen Reihe von Städten und Orten gemeldet wird, daß von unsichtbaren Händen der ‚Sozialdemokrat', ‚Tod allem Ungeziefer', ‚Der Sieg der Sozialdemokratie', ‚An das deutsche Volk' und ähnliche Schriften in Hunderten und Tausenden in den Häusern und Fabriken, auf den Straßen und Plätzen, in den Omnibussen und Lohnwagen, ja sogar in Kirchen (!) verbreitet oder daß ‚aufreizende' Plakate nächtlicherweise an Straßenecken, Anzeigentafeln, Ladentüren und Plakatsäulen angeheftet worden sind. (Sozialdemokrat, 8.8.1880)

Die Reaktion mußte ihre Politik ändern: Zur Peitsche der Sozialistengesetze kamen Sozialreformen als Zuckerbrot hinzu. Die Antwort der revolutionären Arbeiterklasse: „Niemals werden wir um das Linsengericht einer Unfall- oder Invalidenversicherung von höchst zweifelhaftem Wert das Recht des Volkes auf Arbeit und Existenz, niemals das Recht und die Pflicht des Volkes, seine Forderungen im Notfalle mit Gewalt durchzusetzen, preisgeben."

Die Rechnung der Reaktion mit dem Sozialistengesetz ging nicht auf. Die Sozialdemokratie verband sich immer fester mit der Arbeiterbewegung. Die großen Streikkämpfe am Ende der 80er Jahre, vor allem der gegen den Einsatz preußischen Militärs geführte Streik von 100000 Bergarbeitern 1889 für Lohnerhöhungen und Achtstundentag, verstärkten unter den Großbourgeois die Zweifel, ob mit der Methode der zügellosen Reaktion der Arbeiterbewegung beizukommen sei. Die herrschenden Klassen zerstritten sich, wie die Arbeiterbewegung am besten zu bekämpfen sei. 1890 fiel unter dem Druck der Arbeiterbewegung das Sozialistengesetz, und einen Monat später schickten die herrschenden Klassen Bismarck wegen seines Scheiterns in die Wüste.

„Jeder Sozialdemokrat weiß, daß es die Sozialdemokratie war, welche das Sozialistengesetz getötet. Hätte sie sich mit Hammelsgeduld unterworfen und in stiller Ergebenheit gewartet, bis von oben herab die Lösung und der Knebel uns abgenommen werde – noch heute wäre das Sozialistengesetz in Kraft und noch heute spielte Fürst Bismarck seine unheilvolle Rolle fort. Aber die deutsche Sozialdemokratie unterwarf sich nicht, sie pfiff auf das Gesetz, sie wehrte sich ihrer Haut ..." (Vorwärts, 30. September 1890)



Kopf einer illegalen satirischen Zeitung. Untertext:

Mit argen Schurkenstreichen prahlt
Ihr Schurken und ihr Frommen!
Ihr habt mich an die Wand gemalt,
Nun denn, so will ich kommen!
Wie oft ich komme, sag' ich nicht,
Bin trotzig wie die Rothen,
Ich tret' hervor und halt' Gericht,
Wenn's mir erscheint geboten.

Gar oft werd' von der Polizei
Ich jedenfalls gestohlen.
Drum will ich einstens frisch und frei
Die Polizei auch holen.
Die Teufelei wird permanent
Noch lang ihr Wesen treiben,
Drum soll ein jeder Abonnent
Dem Teufel sich verschreiben.

Nach den Attentaten 1878 wütet die Justiz wegen Majestätsbeleidigung:

„Die folgenden Personen sind fast sämtlich sofort verhaftet (in Essen allein 11 Personen) und bereits angeklagt (insgesamt 89, Anm. der Red.):

(...) 2. Der Fabrikarbeiter *Ludwig* aus *Essen* äußerte am 2. Juni: ‚Meinetwegen können sie den Kaiser beschissen haben. Für 100 Mk erschieße ich auch einen.' Er ist heute zu 2 1/2 Jahren Gefängnis verurteilt.

3. Der Häusler *Winnenfeld* zu *Essen* äußerte am 3. Juni: ‚Es wäre gut gewesen, wenn die Kugel den Kaiser getroffen hätte. Er bedauere sehr, daß der Kaiser nicht totgeschossen sei.' Er ist heute zu 2 1/2 Jahren Gefängnis verurteilt.



4. Der Maurer *Köchling* zu *Dortmund* äußerte: ‚Es ist schade, daß der Kaiser nicht getroffen ist, dann wäre mancher Baugefangener frei gekommen.' Köchling ist am 5. Juni zu 1 1/2 Jahren Gefängnis verurteilt.

5. Rangierer Friedrich *Müller* zu *Hagen* äußerte am 2. Juni: ‚Das schadet dem Kaiser nichts, dann brauchen wir nicht so viele Steuern zu bezahlen!' Er ist sofort angeklagt und bereits am 6. Juni zu 1 Jahre Gefängnis verurteilt.

6. Ehefrau des Kutschers *Hotzer* aus *Dortmund* nannte am 5. d.Mts. zu Essen den Kaiser ‚so ein dummes Luder'. Sofort angeklagt, ist sie bereits am 11. zu 2 Jahren Gefängnis verurteilt." (Aus dem Bericht des Oberstaatsanwalts in Hamm, 13. Juni 1878)

Bismarck und Wilhelm I. – Einigung Deutschlands unter der preußischen Pickelhaube und der Kaiser als Schlächter und Bedroher der Völker Europas

der Kaiser als Schlächter und Bedroher der Völker Europas



Die Reaktion, die ansonsten jede sozialdemokratische Betätigung verboten hatte, mußte bei den Reichstagswahlen angstschlotternd die Erfolge der Sozialdemokratie erleben.



Jugendliche greifen eine Militärpatrouille an, die gegen die streikenden Bergarbeiter eingesetzt wird.

Kommunistische Volkszeitung